

An das
Oberlandesgericht
7000 Stuttgart

Aktenzeichen: 2 StE (OLG Stgt) 1/74

Wir beantragen - übrigens zum ersten Mal - Brandt und Schmidt als Regierungschefs der Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher zu laden zum Beweis, dass

1. die RAF seit 1972 nach einer grundgesetzwidrigen und grundgesetzfeindlichen Konzeption der antisubversiven Kriegsführung verfolgt wird, die technisch, methodisch und organisatorisch dem internationalen Standard der amerikanischen Counterinsurgency entspricht und die
 - a. die repressive und manipulative 'Immunisierung' (Brandt) der Gesellschaft gegen antikapitalistische Fundamentalopposition bezweckt und die
 - b. durch eine komplexe Strategie politischer, wirtschaftlicher, militärpolitischer und juristischer Initiativen auf die Integration der Apparate der 'inneren und äußeren Sicherheit' und der staatlichen Datenverarbeitungssysteme innerhalb der Nato-Staaten zielt, um die permanente Einmischung der amerikanischen Außenpolitik in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen Länder zu institutionalisieren, die
 - c. dass in diesem Zusammenhang die Bundesrepublik sich z.B. in die inneren Angelegenheiten Griechenlands eingemischt hat, indem sie den EG-Beitritt Griechenlands und die Gewährung eines Millionenkredits mit einem Auslieferungsbegehren gegen Pohle verbunden hat, dass
 - d. unmittelbar den Zweck hat, die kommunistischen und radikaldemokratischen Widerstandsgruppen zu neutralisieren und zu vernichten, die sich seit dem Zerfall der legalen Vietnamopposition

clandestin organisiert und bewaffnet haben, um gegen die amerikanische Strategie gegenüber dem Süden, dem Osten und den Arbeitern Westeuropas, die die Innen - und Aussenpolitik der Bundesrepublik direkt bestimmt, zu kämpfen.

2. über Counterinsurgency Beratungen mit amerikanischen Regierungsstellen stattgefunden haben und dass in die Entscheidungsabläufe der antisubversiven Aktion
 - der Stab des Oberkommandierenden der US-Armee in der Bundesrepublik,
 - amerikanische Regierungspolitiker, Diplomaten und Geheimdienstbeamte,
 - das NATO-Generalsekretariat in Brüssel und
 - das Action Committee der NATO (AC - 46), in das seit 1971/72 die Führungsebene der Nachrichtendienste der Bundesrepublik integriert ist, und
 - das PSV-Referat in der Stabsabteilung III des Führungsstabs der Streitkräfte (FüS) einbezogen waren;
dass
3. amerikanische Spezialeinheiten für Counterinsurgency in der Bundesrepublik operieren, unter anderem die offiziell seit August 1975 als Marineattachés der US-Botschaft in Bad Godesberg zugeteilten Spezialisten für 'Gegenaktionen, z.b. Entführungen', dass
4. über Counterinsurgency im europäischen Rat, in der europäischen Innen - und Justizministerkonferenz und den entsprechenden politischen und militärischen Gremien der NATO ein Konsens hergestellt wurde, an dessen Zustandekommen die Bundesrepublik initiativ beteiligt war;
dass
5. a. im Rahmen der Konzeption der antisubversiven Aktion auf Initiative der amerikanischen Regierung und Armee über die Bundesrepublik zuerst bilateral gegenüber westeuropäischen Staaten, dann innerhalb der militärischen und politischen europäischen Metaorganismen - der NATO und der EG - durchgesetzt wurde, Spezialeinheiten aufzustellen, die nach einer einheitlichen Doktrin und nach einheitlichen technischen und strategischen Gesichtspunkten eingesetzt werden und dass
 - b. in der Bundesrepublik die Antiterrorereinheiten - GSG 9, MEK's, in Baden-Württemberg die OEG's, u.s.w. - und die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei in Zusammenarbeit mit amerikanischen Dienststellen kon-

zipiert wurden;
dass

6. leitende und ausführende Angehörige dieser Einheiten an amerikanischen Special Warfare Schulen in den USA von der Armee und Geheimdiensten in Strategie und Taktik der anti-subversiven Kriegsführung ausgebildet worden sind und dass sie dort in der Anwendung von Techniken der psychologischen Kampfführung geschult wurden, zu denen wissenschaftlich entwickelte Methoden der Manipulation von Massenkommunikation und Meinungsbildung gehören;
dass
7. im Rahmen der antisubversiven Aktion Kampagnen in den Massenmedien nach den Strategien der psychologischen Kriegsführung zentral beschlossen und gesteuert werden und das Falschmeldungen wie
 - a. die RAF hätte geplant, in der Stuttgarter Innenstadt drei Bomben zu zünden (Juni 72)
 - b. die RAF hätte geplant, während der Fußballweltmeisterschaft Raketenangriffe auf besetzte Fußballstadien durchzuführen (Sommer 74)
 - c. die RAF hätte geplant, das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften (Sommer 74)
 - d. die RAF hätte Senfgas gestohlen und geplant, das Gas einzusetzen (Sommer 75)
 - e. das Kommando Holger Meins hätte das Botschaftsgebäude in Stockholm selbst gesprengt (April 75)
 - f. es gäbe 'Spannungen' innerhalb der Gruppe der Angeklagten (Feb. 72, und seit Ulrike Meinhofs Tod)
 - g. die RAF hätte einen Überfall auf einen Kinderspielplatz und die Geiselnahme von Kindern geplant (März 77)
 - h. die RAF hätte Angriffe auf Kernkraftwerke und den Einsatz nuklearer, chemischer und bakteriologischer Waffen geplant (seit Januar 76)
 - i. die RAF hätte geplant, den Bodensee mit atomarem Müll zu verseuchen (Spiegel Nr. 39/75)und Provokationen von Nachrichtendiensten wie
 - j. Sprengstoffanschläge auf Hauptbahnhöfe (Bremen Dezember 74, Hamburg September 75, Nürnberg, Augsburg, München, Köln)

k. Sprengstoff- bzw. Brandanschläge auf die gerichtlich bestellten Zwangsverteidiger Langner in Hamburg (19. Juni 76), Peters in Düsseldorf (16.2.77)

im Zusammenhang der Fahndung und der Prozesse initiiert worden sind,
um

'diese Gruppen völlig zu entsolidarisieren, sie von all dem zu isolieren, was es sonst an radikalen Meinungen in diesem Lande auch geben mag. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben.'

(Ehmke, als Chef des Kanzlersamts Koordinator der Geheimdienste, Bundestag, 7.6.72)

'den Sumpf aus(zu)trocknen - und ich sage es ganz hart - aus dem die Blüten der Baader-Meinhof-Bande emporgestiegen sind.'

(Kohl, Fernsehinterview, 25.4.75)

'... eine scharfe, unzweideutige, klare Trennung zwischen den Mitgliedern dieser Bande und der gesamten übrigen Bevölkerung ...' zu ziehen.

(Carstens, am 25.4.75 im Bundestag)

'es kommt - ich spreche es aus - auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an.'

(Schmidt, Regierungserklärung 13.3.75)

'Aktionen gegen die RAF müssen immer so abgewickelt werden, dass Sympathisantenpositionen abgedrückt werden.'

(Herold, Chef des BKA während der Innenministerkonferenz, Januar 72)

'die Nervenknotten des Gegners heraus(zu)isolieren und sie dann gezielt mit Massnahmen an(zu)gehen, sie (zu) paralysieren, (zu) neutralisieren.'

(Herold, Hessenforum, Mai 1975)

und dass

1. Planung und Einsatz dieser Kampagnen den im ISC-Report vom Mai 1975 für den Natobereich festgestellten Richtlinien zur 'Entsolidarisierung, Isolation und Eliminierung' der illegalen Gruppen entspricht.

+ auf Langner, um Margrit Schillers Aussage gegen den Kronzeugen Müller unmittelbar vor dessen Auftritt in Stammheim zu neutralisieren; auf Peters, um die entscheidenden Beweisangebote der Verteidigung in Düsseldorf zu diskreditieren und als Funktion der exemplarischen Hetzkampagne gegen Croissant;

8. dass innerhalb der antisubversiven Aktion die Justiz nicht nach ihrem im Grundgesetz postulierten Auftrag eingesetzt wird, nicht dritte Gewalt und unabhängig ist, sondern als ein geschlossener Instanzenzug handelt, der den Direktiven der Regierung unmittelbar unterliegt und über ein Netz von Sondergerichten und besonderen Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften, an deren Aufbau, Personalführung und Indoktrination der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt unmittelbar beteiligt sind, einer umfassenden Planung im Rahmen der Counterinsurgency unterliegt,

dass

9. zu diesem Zweck
 - a. in der Justizpressekonferenz Karlsruhe ein Netz von Staatsschutzjournalisten institutionalisiert wurde, das die Funktion hat, die Rezeption der Prozesse über eine homogene Berichterstattung zu steuern und
 - b. versucht wurde, über die Chefredakteurskonferenz die Prozessberichterstattung nach der Direktive des Generalbundesanwalts, 'dass die Journalisten sich darauf beschränken, Mittler sein zu wollen, zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Bevölkerung' (Buback in Kennzeichen D, 6.5.75) zu strukturieren; dass
10. die Vorverurteilung der Gefangenen durch gezielte Falschmeldungen, Indiskretionen, lancierte Gerüchte und die Veröffentlichung von Prozessakten nach Methoden der psychologischen Kriegsführung vorbereitet und gesteuert wurde, dass zu diesem Zweck

11. die Erhebung der Anklage 3 1/2 Jahre verschleppt und das Verfahren gegen die RAF in einzelne Prozesse aufgespalten worden ist, die nach politisch propagandistischen Gesichtspunkten terminiert wurden, und daß
12. in einer koordinierten Maßnahme
 - a. ein Gesetz zum Ausschluss von Verteidigern, zur Beschränkung der Zahl der Verteidiger auf drei und zum Verbot der Kollektivverteidigung verabschiedet wurde,
 - b. der Ausschluss Croissants, Groenewolds und Ströbeles aus dem Stammheimer Prozess von der Bundesanwaltschaft zum 'taktisch günstigsten Zeitpunkt' (Buback) veranlasst und durchgesetzt wurde,
 - c. durch eine gezielte Personalpolitik die Ehrengerichte der Anwaltskammern in Hamburg und Frankfurt neu besetzt wurden,
 - d. Zwangsverteidiger bestellt wurden, an deren Auswahl die Anklagebehörde z.T. unmittelbar beteiligt war,
um eine effektive oder auch nur auf den Prozess vorbereitete Verteidigung zu verhindern,
und dass
 - e. Gespräche zwischen Vertrauensverteidigern und Angeklagten und, die Kanzleien, Wohnungen und Telefone der Anwälte abgehört worden sind,
um Initiativen der Verteidigung innerhalb und außerhalb des Prozesses unterlaufen zu können und dass nach den Erkenntnissen der abgehörten Gespräche
 1. Zeugenaussagen beeinflusst bzw Entlastungszeugen aus dem Prozess ferngehalten wurden (Müller, Schiller) und
 2. Freunde, Bekannte und Angestellte von Rechtsanwälten von Nachrichtendiensten angesprochen wurden um sie anzuwerben (Wolfgang Pfeiffer, Natascha Zerrer, Ingrid Doctors)
und dass
 - f. Croissant und Ströbele gezielt verhaftet wurden, um eine Reihe internationaler Pressekonferenzen zu verhindern, die sie organisiert hatten, um die Öffentlichkeit der westeuropäischen Staaten über die Staatsschutzprozesse in der Bundesrepublik und die Verantwortlichkeit der Bundesanwaltschaft für den Tod von Holger Meins und Siegfried Hausner zu informieren,
dass
13. infolge der Beweisnot im Stammheimer Verfahren auf Initiative des Bundeskriminalamts ein Kronzeugengesetz nach Müllers Bedingungen projiziert wurde,

das erst mit der Einsicht des Generalbundesanwalts, dass im Rahmen der Staatsschutzjustiz keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung besteht, weil es einfacher schien, mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel ungesetzlich Kronzeugen zu produzieren, wieder verworfen wurde,
dass

14. auf Weisung des Generalbundesanwalts dem Hamburger Gericht die Akten über das Geständnis Müllers vorenthalten und von Bundesjustizminister Vogel mit einem Sperrvermerk versehen wurde, um einen Freispruch Müllers von der Anklage des Mordes, den er zur Bedingung seiner Aussage in Stammheim gemacht hatte, zu ermöglichen,
dass
15. die Bundesanwaltschaft als die Schaltstelle, die die justiziell - öffentliche Verwertung nachrichtendienstlicher Aktionen mit der Regierungspolitik koordiniert, über die Abhöraktion und ihre wesentlichen Ergebnisse von Anfang an informiert war, und zwar
 - a. unmittelbar durch die Berichte des Bundesnachrichtendienst und des Verfassungsschutz,
 - b. durch die Informationspflicht des Bundeskriminalamts, demgegenüber eine Informationspflicht der Landeskriminalämter besteht,
 - c. über die Lagebesprechung, die monatlich zwischen dem Generalbundesanwalt und den Leitern der drei westdeutschen Nachrichtendienste stattfindet
16. im Rahmen der Fahndung und der Vorbereitung öffentlicher Hauptverhandlungen
 - a. Gefangene zur Informationsbeschaffung Methoden der psychischen, medikamentösen und physischen Aussageerpressung unterworfen wurden, dass
 - b. Programme der sensorischen Deprivation, der Isolation der Gruppenisolation, der Stressmanipulation mit dem Ziel eingesetzt wurden, die Angeklagten psychisch und intellektuell zu brechen, dass
 - c. diese Programme durch eine vollständige Überwachung jeder Lebensäußerung und aller Kontakte der Gefangenen innerhalb ihrer Zellen, in den Anwalts- und Besuchszellen, aber auch, in den Käfigen, in denen sie sich im Freien bewegen können, von Psychiatern und besonders ausgebildeten Staatsschutzbeamten ausgewertet und gesteuert wurden und dass die Konzeption, Auswertung und Weiterentwicklung dieser Programme und ein Austausch der Ergebnisse mit wissenschaftlichen Forschungsprojekten - wie

z.B. des Sonderforschungsbereichs 14 der Universität in Hamburg-Eppendorf - abgestimmt wird, dass

d. beispielsweise die Unterbringung von Ulrike Meinhof und später Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin im Toten Trakt in Köln-Ossendorf von einem Forschungsprojekt an der Hamburger Universitätsklinik begleitet wurde ('Projekt A8 : soziale Interaktion in einer modellhaften inkompatiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität'), in dem die Lebens- und Interaktionsbedingungen der beiden Gefangenen exakt simuliert wurden, dass

17. die Einführung des § 231 a, der es ermöglicht, in Zukunft die Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten nach einem nichtöffentlichen, sogenannten 'Anhörungsstermin' durchzuführen, und

die Sondergesetze § 138 und § 146, die es ermöglichen, Verteidiger auf bloßen Verdacht hin auszuschließen, den Zweck haben, diese Methoden des Staatsschutz nicht öffentlich werden zu lassen; dass

18. Formulierungen wie
' das Äusserste dagegen unternehmen '
' bis an die Grenzen des Rechtsstaats '
' mit allen Mitteln '
' tilgen '
' härtestes Durchgreifen des Staates, der sich in einer Verteidigungsposition nicht scheuen kann, selbst zu töten ' (Schmidt, Regierungserklärung 13.3.1975)

die Entscheidung und den Konsens auf höchster Regierungsebene ausdrücken, innerhalb der antisubversiven Aktion Mitglieder illegaler Gruppen im In- und Ausland und Gefangene gezielt und verdeckt zu töten; und dass

19. der Tod von Ulrike Meinhof
Holger Meins
Siegfried Hausner und
Ullrich Wessel
eine Konsequenz dieser Entscheidung ist; dass

20. für die Dramaturgie des Todeszeitpunkts Ulrike Meinhofs massgebend war,

a. eine bevorstehende Kommandoaktion zur Befreiung der Stammheimer Gefangenen, über die die Nachrichtendienste informiert waren,

b. der Austausch der Stammheimer Gefangenen, um den sich die DDR bemüht hatte,

c, der Druckerstreik,

dass im besonderen ulrike meinhof wegen ihrer orientie-
rungsfunktion innerhalb der ausserparlamentarischen
opposition seit der antiatombewegung und wegen ihrer
funktion innerhalb der gruppe nach ihrer verhaftung
auf veranlassung der bundesanwaltschaft 8 monate im akustisch
isolierten trakt psychiatrischer folter unterworfen
wurde, um sie zu brechen und zu *psych. erörtern*
und dass ihr bewusstsein als dieses projekt an ihrem
widerstand und ihren anwälten scheiterte durch eine
stereotaktische gehirnoperation zerstört werden sollte.

d. die unmittelbar davor von den Gefangenen im Prozess gestellten Beweisanträge und die Zeugenladungen der ehemaligen amerikanischen Geheimdienstmitglieder Agee, Peck, Osborne, Thomas, die

- die begrenzte Souveränität der Bundesrepublik im Verhältnis zu den USA,
- die Durchdringung von Regierung, Parteien und Gewerkschaften durch amerikanische Geheimdienste und
- die Rolle der Bundesrepublik im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie im Allgemeinen und im Besonderen während des Vietnamkriegs zum Thema hatten,

dass

21. die Entscheidung, neben der gesamten über das BKA und die Sonderkommissionen zentral geführten Polizei, dem BGS, den Spezialeinheiten der Bundeswehr und den Medien auch die Justiz, Teile der amerikanischen Armee (Stgt. Ztg. 30.5.1972 und 3.6.1972 und Stgt. Nachr. 3.6.72 und 5.6.72), alle deutschen und amerikanischen Nachrichtendienste und alle, oder 'äußerste nachrichtendienstliche Mittel im Rahmen von international organisierter Counterinsurgency einzusetzen, die Massnahmen der Regierung gegen die Gruppe als eine verdeckte, menschenrechtswidrige Kriegshandlung definiert, gegen die, weil in ihr die Verfassung der Bundesrepublik beseitigt ist, Widerstand legitim ist.

dokumentation
zum beweis Antrag brandt und schmidt zu laden
in stammheim am 29.3.77

13.8.75

Sonderschutz für US-Botschafter

52

13.8.75 New York (ddp)

Amerikanische Botschaften in unruhigen Ländern sollen künftig von Elite-Einsatzgruppen geschützt werden; die ihre Ausbildung bei der US-Marine erhielten. Wie die New York Times meldete, soll dieses Projekt nach der spektakulären Geiselnahme in der US-Botschaft in Kuala Lumpur beschleunigt vorangetrieben werden. Die Elitetruppe mit der Bezeichnung SEAL (Abkürzung für Sea-Air-Land) umfaßt angeblich 2500 Mann, meistens ehemalige Vietnamkämpfer. Ihre Angehörigen sollen als Marineattachés den Botschaften zugeteilt werden und — vermutlich in enger Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst CIA — Aktivitäten von Guerillas und Revolutionären in ihren Gastländern beobachten, deren Regierungen beraten und US-Bürger schützen. Dem Bericht zufolge sind die Elite-Soldaten auch Spezialisten in Operationen wie etwa Entführungen. Ihre Einsatzorte sollen die europäische Hauptstädte sowie Länder des Nahen Ostens, Lateinamerikas und des pazifischen Raums werden.

Die amerikanische Regierung hat erneut ihre absolute Opposition gegen jede Asylgewährung für Terroristen unterstrichen. Der Sprecher des Außenministeriums betonte, daß Washington nach wie vor eine internationale Vereinbarung über die Ablehnung jeder Asylgewährung für Terroristen als einzige und wirksame Abschreckungsmaßnahme befürwortet.

zun punkt 3 : us- spezialeinheiten für counterinsurgancy

zu punkt 5 a : über bilaterale vereinbarungen
dann über nato + eg durchsetzung eines einheitliche
antisubversionsstrategie

13765

Terrorismus-Bekämpfung zentrales Thema

Schwedens Justizminister Geijer beendet Besuch der Bundesrepublik

Die BONN, 16. Mai. Im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Bundesjustizminister Vogel und seinem schwedischen Amtskollegen Geijer in Bonn hat ein Austausch der bei der Abwehr des Anschlags auf die deutsche Botschaft in Stockholm und bei der Terrorismus-Bekämpfung in beiden Ländern im allgemeinen gemachten Erfahrungen gestanden. Neue Maßnahmen wurden, wie Geijer zum Abschluß seines dreitägigen Besuchs vor Journalisten mitteilte, dabei nicht diskutiert. Der schwedische Justizminister, der sich zum Zeitpunkt des Sprengstoff-Anschlags im Gebäude der deutschen Botschaft befunden hatte, nahm bei einem Treffen mit Bundeskanzler Schmidt noch einmal dessen Dank für seinen persönlichen Einsatz entgegen. Geijer teilte mit, daß der Bundeskanzler Anfang Juli auf Einladung von Ministerpräsident Palme zu einem Besuch Schwedens nach Stockholm kommen werde. Auch Justizminister Vogel habe eine entsprechende Einladung angenommen und werde ihr voraussichtlich im Winter oder im Frühjahr 1976 folgen.

Geijer sagte, daß es in Schweden keine mit den Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande vergleichbaren „eigenen“ Terroristen gebe. Die Polizei

suche nach wie vor nach Sympathisanten der deutschen Anarchisten, und sie habe dabei die Hilfe der schwedischen Bevölkerung, die den Zielen der Terroristen eindeutig ablehnend gegenüberstehe. Auch die Überwachung der Grenzpassanten sei verstärkt worden. Die Zusammenarbeit der schwedischen mit der deutschen Polizei bezeichnete der Minister insgesamt als gut; sie solle fortgesetzt werden.

Zu der Entscheidung der Bundesregierung, bei dem Stockholmer Erpressungsversuch unnachgiebig zu bleiben, gab Geijer keinen Kommentar. Jeder Fall liege anders und erfordere eine spezielle Reaktion, sagte er. Zur Überführung des schwerverletzten Terroristen Hausner in die Bundesrepublik wies der Minister auf Hinweise der Ärzte hin, die von einer Transportfähigkeit des später gestorbenen Mannes gesprochen hätten. Von akuter Lebensgefahr sei keine Rede gewesen.

Der schwedische Justizminister interessierte sich nach Angaben des Bundesjustizministeriums bei der Begegnung mit Vogel vor allem auch für Fragen der Justizorganisation in der Bundesrepublik, für die Reformen des Ehe- und Familienrechts sowie des Strafrechts und des Strafvollzugs.

FAZ 17.5.75

Wiener Justizminister bei Vogel

227 hll. Bonn (Eigener Bericht)
Der österreichische Justizminister Christian Broda hält sich zu einem zweitägigen Besuch in Bonn auf. Mit seinem Amtskollegen Hans-Jochen Vogel erörtert er Probleme der Strafrechtsreform, des Adoptionsrechts sowie der Gesetzgebung im Bereich der Ehe- und Familienpolitik. Auch die Möglichkeiten der Bekämpfung des Terrorismus durch Gesetzesänderung sind Gesprächsthema.

22.7.75

FRZ. Gemeinsam gegen den Terror 13.8.75

Treffen zwischen Maihofer und Poniatowski / Absprachen angestrebt

rmc. BONN, 12. August. Mit dem für den 22. August anberaumten Gespräch mit dem französischen Innenminister Poniatowski setzt Bundesinnenminister Maihofer seine Bemühungen fort, durch eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit den Kampf gegen den Terrorismus wirksamer zu gestalten. Ähnliche Kontakte mit ausländischen Sicherheitsbehörden bestehen bereits seit einiger Zeit mit der Schweiz, Italien, Schweden, Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien. Die deutsche Absicht, mit einer Initiative beim Europäischen Ministerrat auf der Ebene der neun Staaten zu einer Koordinierung der Terrorabwehr zu gelangen, soll in absehbarer Zeit ebenfalls verwirklicht werden.

Das Treffen zwischen den beiden Ministern wird der Intensivierung vor allem des Informationsaustausches über die Aktivitäten von terroristischen Verbrecherbanden dienen. Die Zusammenarbeit über die nationalen Grenzen ist dringend geboten, seitdem sich auch die Angehörigen der „Anarcho-Szene“ zunehmend international betätigen. Beispiele dafür sind der Fall

des flüchtigen Bandenanführers mit dem Namen „Carlos“, dessen Aktivitäten vornehmlich in Großbritannien und Frankreich vermutet werden.

Ein weiterer beschäftigt die Sicherheitsbehörden in Gestalt des ehemaligen Pflichtverteidigers von Andreas Baader im Stammheimer Prozeß, Siegfried Haag, der, nachdem aufgedeckt wurde, daß er für Bader-Meinhof-Terroristen Waffen aus der Schweiz illegal beschafft haben soll, im Untergrund verschwand.

Maihofer beabsichtigt, im Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen einen festen Rahmen für die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Terroristenbekämpfung zu stecken. In Bonn wird in erster Linie daran gedacht, bestimmte Informationen aus der neugebildeten Abteilung Terror des Bundeskriminalamtes, soweit sie auf Aktivitäten von Terroristen außerhalb der Bundesrepublik hindeuten, automatisch an die Behörden des Nachbarlandes weiterzugeben. Mit der gleichen Unterstützung aus Frankreich hofft man in Bonn.

Bonn und Paris gemeinsam gegen Terroristen

17.29.28.6.8.

BONN (Reuter). Durch einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Behörden der Bundesrepublik und Frankreichs wollen sich beide Länder nach Auskunft ihrer Justizminister wirksamer gegen Terrorismus schützen. Auf einer Pressekonferenz mit seinem französischen Kollegen Jean Lecanuet teilte Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel am Donnerstag in Bonn mit, vor allem müßten die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend geändert werden, daß Täter nach Terroranschlägen entweder ausgeliefert oder abgeurteilt würden. Vogel bezeichnete es als „unerträglich“, daß sich Terroristen durch Flucht über die Landesgrenze der Bestrafung entziehen könnten. Lecanuet bestätigte, daß es solche Fälle gegeben habe. Wie wenig auch sein Land dagegen gerüstet sei, illustrierte er an einem Beispiel: Wenn die Geiselnahmer nach dem Anschlag auf die französische Botschaft in Den Haag nach Frankreich geflohen wären und dort politisches Asyl erhalten hätten, wären sie der Bestrafung womöglich entgangen.

FR 6.2.76

NATO versucht das internationale Terroristen-Netz zu entwirren

Nach geheimen Berichten, die innerhalb der NATO verteilt worden sind, existiert ein von mehreren radikalen Regierungen unterstütztes internationales Terroristen-Netz mit weltweiten Ambitionen. Nach diesen Informationen können die verflochtenen terroristische Gruppierungen auf die Hilfe Iraks, Syriens, Libyens, der Volksrepublik Südchina und Kubas zählen und haben Zugang zu Waffen aus Osteuropa.

Informationen für die geheimen Berichte wurden von Sicherheitsbehörden verschiedener NATO-Länder zur

Verfügung gestellt, im Hauptquartier der NATO gesichtet, von einer Regierung des Bündnisses Zusammengefaßt und an die Regierungen der übrigen 14 Mitgliedstaaten weitergeleitet. Associated Press erhielt Einblick in ein Exemplar dieser zusammenfassenden Darstellung, die unter anderem Hinweise auf mit den Terroristen sympathisierende Staaten enthält.

In den Berichten heißt es, das internationale Netz habe keine allgemein anerkannte Bezeichnung. Im Nahen Osten stütze es sich auf den „Arm der arabischen Revolution“. Dies sei jene

Gruppierung, die die Verantwortung für den Überfall auf die OPEC-Konferenz im Dezember in Wien übernahm. Anführer bei diesem Anschlag war der vor 26 Jahren in Venezuela geborene Iljitsch Ramirez Sanchez alias Carlos Martinez, der eine bedeutende Rolle im internationalen Terrorismus spielt.

Zu den maßgeblichen Kräften in dem Netz gehöre auch die von George Habasch geführte Volksfront für die Befreiung Palästinas. Sie soll den Berichten zufolge Mittel und Waffen zur Verfügung gestellt und für Übungs-

möglichkeiten und Fluchtrouten gesorgt haben.

Als weitere aktive Gruppierungen innerhalb der internationalen Verflechtung gelten die Baader-Meinhof-Gruppe in der Bundesrepublik, die japanische „Rote Armee“ und südamerikanische Organisationen, in deren Stützpunkt des Netzes sei Paris, wo sich Angehörige der untereinander verbundenen Organisationen mit Vertretern der illegalen Irisch-Republikanischen Armee, türkischen Terrorgruppen und maoistischen und anderen linksgerichteten Gruppierungen

aus mehreren Ländern — von Skandinavien bis Spanien — getroffen hätten.

In den Berichten wird versucht, aufzuzeigen, wie finanzielle und organisatorische Operationen des internationalen Netzes abgewickelt werden. So wird erläutert, daß die Organisation Habaschs Hauptlieferant von Waffen aus Osteuropa sei. Unter anderem stelle sie sowjetische Raketenwerfer des Typs RPG-7 zur Verfügung, wie sie von Terroristen in Nordirland verwendet würden.

ARTUR GAVSHON (AP)

Das doppelte Geisel-Drama: Holländer holen deutsche Anti-Terror-Spezialisten

Wobes
7.12.

Bei den zu Rate gezogenen deutschen Beamten soll es sich, wie am Samstagnachmittag aus der Einsatzzentrale im Rathaus von Beilen verriet, um Spezialisten handeln, die schon während der Geiselnahme im Olympischen Dorf von München 1972 und bei der Verfolgung von Angehörigen der Baader-Meinhof-Bande eingesetzt waren.

Am Samstag wurde ein weiterer Versuch, mit den Terroristen im Zug bei Beilen zu verhandeln, ergebnislos abgebrochen. Die Ambonesen erklärten sich zwar bereit, auf ihre Forderung nach dem Druck von Flugblättern und dem völligen Rückzug aller Polizeieinheiten zu verzichten, beharrten aber auf ihrer Forderung nach freiem Abzug, Unterstützung durch Holland im Kampf um die Unabhängigkeit der Süd-Molukken und Freilassung aller in Holland inhaftierten Ambonesen. Die



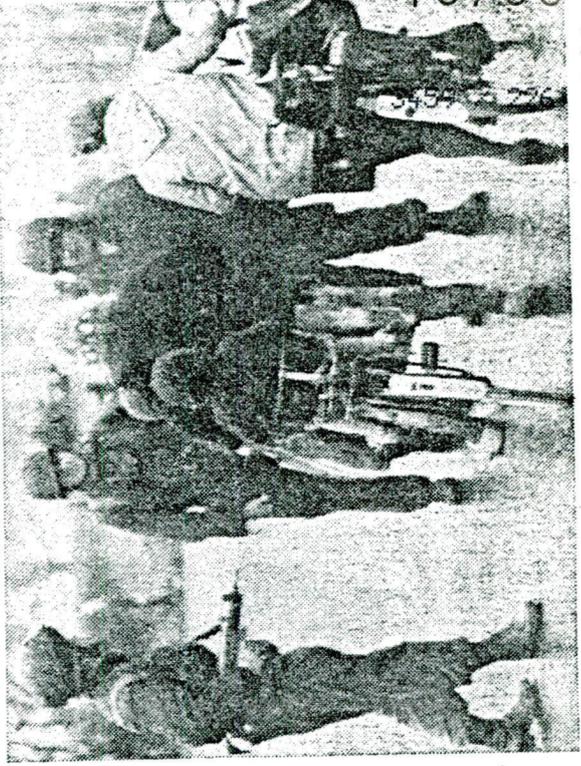
Seit Dienstag auf einsamer Strecke in der Nähe von Beilen: der von den ambonesischen Terroristen gekaperte Intercity-Zug

Wams/SAD, Amsterdam-Beilen, 6. Dezember
Am Samstagnachmittag hat Bonn deutsche Anti-Terror-Spezialisten nach Amsterdam und Beilen geschickt, um die Holländer bei der Lösung des doppelten Geiseldramas zu beraten. Während ambonesische Terroristen mehr als 50 Geiseln im indonesischen Konsulat in Amsterdam und im gekaperten Intercity-Zug bei Beilen weiter festhielten, äußerte Regierungschef den Uyl Sorgen vor weiteren Gewaltakten der Molukker.

Wörtlich sagte der niederländische Regierungschef: „Gott möge verhindern, daß noch mehr passiert.“ In Regierungskreisen zirkulierten am Wochenende Berichte, die fanatisierten Ambonesen planten auch außerhalb der

Niederlande Geiselnahmen, um auf ihre politischen Forderungen hinzuweisen.

Die Warnungen werden offenbar sehr ernst genommen. Seit dem Wochenende wird die Grenze zwischen den Niederlanden und Belgien in ihrer ganzen Länge von Einheiten der belgischen Aufbruchpolizei scharf überwacht. Aufschlangen bildeten sich auch an den Grenzen zu Luxemburg, wo alle Personenwagen durchsucht wurden.



Soldaten kontrollieren alle Straßen in der Umgebung des Zuges, in dem die Geiseln festgehalten werden.

Der Terror kennt keine Grenzen

Bonn und London wollen Lücken schließen

Von Karl-Heinz Krumm

Niemand weiß, wo er sich gerade aufhält und was er plant, doch als unsichtbarer Gast, als bedeutsames Argument ist er stets präsent, wenn sich europäische Politiker treffen, um dem international organisierten Terrorismus ein überstaatliches System von Information und Kooperation entgegenzusetzen: Illich Ramirez-Sanchez, genannt „Carlos“, weltweit gesucht als dreifacher Mörder, Organisator zahlreicher Bombenattentate und Anführer der Wiener Geiselnahme.

Als Bundesinnenminister Werner Maihofer, der besonders hartnäckig auf einen internationalen Anti-Terrorismus-Pakt drängt, im August vergangenen Jahres in Paris seinen französischen Kollegen Michel Poniatowski besuchte, blieben auch „Carlos“, seine Aktivität und die dabei erfahrenen Unzulänglichkeiten staatlicher Abwehr nicht unerwähnt. Einen Monat zuvor nämlich hatten die ahnungslosen Franzosen den Frankfurter Wilfried Böse in Paris mit einem falschen Paß, den er von eben jenem Carlos erhalten haben will, erwischt und kurzerhand in die Bundesrepublik abgeschoben, ohne die deutschen Sicherheitsbehörden von ihrer Erkenntnis zu berichten.

Ähnlich spontan und arglos verfahren die Franzosen mit einer Hamburgerin, die einen Tag nach den tödlichen Schüssen des Carlos in dessen Pariser Wohnung angetroffen wurde. Und da auch eine zu gleicher Zeit erbetene Beobachtung eines Ferienhauses des flüchtigen Rechtsanwalts Siegfried Haag in Südf frankreich nicht gerade optimale Ergebnisse brachte, waren sich Poniatowski und Maihofer damals im August rasch einig und beschlossen eine Anti-Terror-Zusammenarbeit, die der deutsche Innenminister später euphorisch als „ohne Beispiel in der Kriminalgeschichte“ bezeichnete.

In der Tat hat es lange gedauert, bis bei den Partnern der Europäischen Gemeinschaft und ihren Freunden die Erkenntnis dämmerte, daß terroristische Gewalt nicht nur ein ärgerliches Problem des jeweiligen Landes bedeutet, in dem sie geschieht, sondern in Form von



„Ächtung jeder terroristischen Gewalt beschließen“: Innenminister Maihofer.

Waffen, Sprengstoff und Personen immer intensiver über die offenen Grenzen wechselt. Als förmliches Hindernis auf dem Wege zu dieser Erkenntnis erwies sich nicht zuletzt die traditionelle Auffassung, die im Paragraphen drei des Interpol-Statuts formuliert wurde: Eine Zusammenarbeit bei „politischen Straftaten“ ist nicht vorgesehen.

Anfang dieser Woche nun startete Maihofer nach London, um hier mit seinem britischen Kollegen Roy Jenkins über ein Anti-Terror-Bündnis zu sprechen. Die Briten hatten schon bald nach der deutsch-französischen Übereinkunft, die außer dem ständigen Austausch von Information und kriminaltechnischem Wissen auch gemeinsame Operationen gegen Terroristen vorsieht, Staatssekretär Lord Harris nach Bonn entsandt und durch ihn ein lebhaftes Interesse an gemeinsamen Initiativen zur Ächtung und Bekämpfung des Terrorismus bekundet.

Nach solider Vorarbeit durch Experten beider Seiten — auch EKA-Vizepräsident Dr. Heindl hielt sich zu Vorgesprächen in London auf — konnte Maihofer mit berechtigtem Optimismus am Montag im Home Office die Gespräche mit Jenkins aufnehmen, obwohl die gemeinsamen Erfahrungen mit dem Terror weniger Übereinstimmung aufwiesen als mit den Franzosen. Denn abgesehen von der anarchistischen „Angry Brigade“ (Zornige Brigade), die vor einem knappen Jahrzehnt in Großbritannien Bombenattentate verübte, und den Gewaltakten antizionistischer Gruppen, die im vergangenen Jahr Anschläge gegen wohlhabende britische Juden durchführten, haben sich die Engländer fast ausschließlich mit irischen Terroristen auseinanderzusetzen, deren historischer Hintergrund, Motivation und Ideologie nicht mit der bundesdeutschen Anarcho-Szene zu vergleichen sind.

Angesichts dieser Unterschiede, aber auch wohl angesichts der beruhigenden Tatsache, daß bisher personelle oder organisatorische Verbindungen zwischen bundesdeutschen und britischen Terroristen nicht festgestellt werden konnten, schien also, zumindest aus britischer Sicht, eine rasche Vereinbarung über enge organisatorische und informatorische Kooperation nicht zwingend geboten. Erst der Hinweis Maihofers auf jenen „Carlos“, der vor seinen Pariser Mordtaten lange Zeit in London lebte und sein dortiges Quartier offensichtlich als Operationsbasis nutzte, stimmte die britischen Gesprächspartner „nachdenklich“.

Der deutsch-französischen Kooperation wird also nun eine deutsch-britische Vereinbarung folgen, auch wenn diese Vereinbarung weniger breit gefächert ist und gemeinsame Anti-Terror-Kommandos zunächst nicht vorsieht. Gleichwohl ist Maihofer überzeugt, daß ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan wurde, zumal er hofft, daß multinationale Übereinkünfte gegen den Terror um so leichter zu erzielen sind, je mehr bilaterale Beschlüsse bereits vorliegen. Eine bereits bestehende französisch-italienische Abmachung möchte deshalb der deutsche Innenminister für geplante Gespräche mit Rom nutzen, um so Stück für Stück eine breite Plattform für die im Sommer vorgesehene Konferenz der EG-Innenminister zu bauen.

Auf dieser Konferenz soll nach Ansicht Maihofers „eine Ächtung terroristischer Gewalt gleich welcher Vorzeichen“ beschlossen werden, eine Absicht, die auch seine britischen Gesprächspartner energisch unterstützen. Da die EG-Partner, so Maihofers hoffnungs-

volle Vision, unterschiedlich enge Beziehungen zu anderen Ländern, etwa in der arabischen Welt, unterhalten, glaubt der Bundesinnenminister an eine reelle Chance, allmählich auch weltweit „Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus“ zu bewirken. An einem solchen Bekenntnis, sagt der Minister mit einem deutlichen Blick nach Algerien, das die deutschen Sicherheitsbehörden nach der Wiener Geiselnahme schmählich hinter das Licht führte, zeige sich nämlich, „was einen geordneten Staat von einer Räuberbande unterscheidet“.

Zwischen einem generellen Bekenntnis und seiner realen Ausformung liegen freilich selbst bei den europäischen Partnern noch hohe Hürden. So setzt etwa der rasche Austausch von Informationen gleiche oder zumindest ähnliche Informationssysteme voraus, doch hat bisher kein Staat Europas eine sofort abrufbereite Computer-Speicherung wie im Wiesbadener Bundeskriminalamt. Föderative Polizei-Organisation, eine Vielfalt von nationalen und regionalen Zuständigkeiten und höchst unterschiedliche Rechtssysteme bringen weitere, höchst schwierige Probleme.

Fast zwangsläufig vollzieht sich denn auch die politische Diskussion über eine wirkungsvolle Abwehr des Terrorismus auf mehreren Ebenen. So trafen sich im vergangenen Jahr auch die Justizminister der EG in Obernai bei Straßburg und berieten, wie die Auslieferung gefaßter Terroristen erleichtert werden könnte. Da die meisten der geltenden zwischenstaatlichen Verträge eine Auslieferung nach politisch motivierten Delikten nicht erlauben, haben die Justizminister den Mitgliedern des Europarats dringend geraten, künftig nicht mehr Terrorakte als politische Straftaten anzuerkennen.

Ein Ausschuß wird eine entsprechende Konvention vorbereiten, die der Europarat im Sommer verabschieden soll. Schließlich ist der Europäische Ausschuß für Strafrechtsfragen unter dem Vorsitz des Bonner Ministerialrats Paul-Günther Pötz, Referent für internationales Strafrecht im Bundesjustizministerium, seit einiger Zeit damit beschäftigt, durch Fragebögen die rechtlichen Vorschriften der europäischen Länder für die Terror-Bekämpfung zu erfassen, um eine allmähliche Harmonisierung dieser Vorschriften anzustreben.

Auch bei diesen recht umfangreichen Bemühungen wirkt eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit als kräftiger Impuls: Bereits zweimal trat sich Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel mit seinem französischen Kollegen Lecanuet.

Eile, wirkungsvollere Dämme gegen den internationalen Terrorismus zu schaffen, ist ohnehin geboten, soll der europäische Fahrplan nicht unnötig verzögert werden. Ministeraldirigent von Loewenich aus der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Bundesinnenministerium nennt deshalb den Beschluß der EG-Regierungschefs von Rom im Dezember vergangenen Jahres, einen einheitlichen Paß für die Bürger der EG-Länder einzuführen, einen „heilsamen Zwang zur Aktivität“. Denn einheitlicher Paß heißt, soll er nicht bloße Förmlichkeit bleiben, offene Grenzen innerhalb der EG, von denen international operierende Terroristen erheblich profitieren könnten. Schon deshalb, meint von Loewenich, müßten die EG-Länder ihr Meldesystem oder die bisher recht unterschiedlichen Vorschriften etwa über Sichtvermerke für Araber rasch vereinheitlichen.

EG-Pakt gegen Terrorismus?

Anregung Minister Maihofers: Weg über UN dauert zu lange

STUTTGART, 4. Januar (AP). Einen Pakt der Staaten der Europäischen Gemeinschaft gegen den Terrorismus als Vorstufe einer allgemeinen internationalen Konvention hat Bundesinnenminister Werner Maihofer gefordert. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte der Minister am Sonntag, so wie sich der Terror international organisiere, müsse auch die Bekämpfung des Terrorismus internationalisiert werden. Der internationale Terrorismus werde erst dann ein Ende finden, wenn jeder, der beispielsweise eine Geiselnahme plane, wisse, daß er in keinem zivilisierten Land der Welt Aufnahme finden werde. Jede Nation, die sich zivilisiert nenne, müsse deshalb in die internationale Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus genommen werden.

Maihofer kündigte an, daß er bei der nächsten Konferenz der Innenminister der EG-Länder den Abschluß eines solchen Paktes vorschlagen werde. Dieser

Weg ist nach Ansicht Maihofers den Bemühungen vorzuziehen, in den Vereinten Nationen eine solche Abmachung zustande zu bringen, da man sonst wahrscheinlich Jahre warten müsse, ehe man zu Erfolgen komme.

*
WASHINGTON (dpa). Die USA werden das Ziel internationaler Terroristen bleiben, sehen sich jedoch nur einer „begrenzten Bedrohung“ durch Terroristen des eigenen Landes gegenüber. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des amerikanischen Enterprise-Instituts, einer überparteilichen Forschungs- und Bildungsorganisation. Der Autor der Studie sieht in der „Betrachtungsweise des internationalen Systems durch die dritte Welt“ den Grund dafür, daß die USA ein revolutionäres Ziel bleiben, gleich welche Stellung sie einnehmen. Er sieht darin jedoch keine systemverändernde Drohung und empfiehlt, es als „natürliche Kalamität“ zu behandeln.

(Siehe auch Seite 3)

Im Wortlaut:

Die EG und der Terrorismus

Die in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs der neun Länder der Europäischen Gemeinschaft haben am Dienstag zum Abschluß ihrer zweitägigen Gipfelkonferenz eine „Erklärung des Europäischen Rates über den internationalen Terrorismus“ verabschiedet. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft erklären, daß sie die unmenschliche Methode, Geiseln zu nehmen, um — mit welcher politischen oder nichtpolitischen Zielsetzung und aus welchem Grunde auch immer — einen Druck auf Regierungen auszuüben, als absolut unannehmbar betrachten.

2. Es ist im Interesse aller Regierungen, sich gegen derartige Methoden energisch zur Wehr zu setzen. Es ist im Interesse aller Regierungen, bei der Bekämpfung des verwerflichen Phänomens des Terrorismus zusammenzuarbeiten.

3. Die jüngsten Ereignisse haben wiederum gezeigt, daß kein Land, kein Volk, keine Regierung hoffen kann, von Terroranschlägen und Entführungen, die in seinem Hoheitsgebiet ausgeführt werden

und gegen seine Bürger und Interessen gerichtet sind, verschont zu bleiben, solange sich nicht alle Länder über entsprechende Gegenmaßnahmen einigen.

4. In diesem Zusammenhang erklären die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, daß sie bereit sind, gemeinsam mit anderen Ländern wirksame, weltweite Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhinderung von internationalen Terroranschlägen und Entführungen zu treffen. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Personen, die an Geiselnahmen beteiligt sind, zu verfolgen oder auszuliefern. Die Regierungschefs ersuchen die Justizminister, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zwischen den neun Mitgliedstaaten auszuarbeiten. Sie werden sich dafür einsetzen, diesem Grundsatz weltweite Geltung zu verschaffen. AP

SR
28.1.77

Europarat verabschiedet Anti-Terror-Konvention

Straßburg (dpa)

Zur Bekämpfung des Terrorismus haben die Außenminister von 17 der 19 Europaratsstaaten am Donnerstag in Straßburg eine Anti-Terror-Konvention unterzeichnet. Darin verpflichten sich die Staaten, Terroristen entweder auszuliefern oder vor eigenen Gerichten anzuklagen. Erstmals umschreibt die europäische Anti-Terror-Konvention die Tattatbestände in strafrechtlich faßbarer Weise, die für die Zwecke der Auslieferung nicht mehr als „politische oder politisch motivierte Straftaten“ anerkannt werden sollen.

Einzig die Republik Irland und Malta haben die Konvention nicht unterzeichnet. Für die Bundesrepublik Deutschland hat Bundesaußen-

minister Hans Dietrich Genscher die europäische Anti-Terror-Konvention in Straßburg unterschrieben. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Zustimmungsgesetz noch vor der Sommerpause im Bundestag einzubringen, erklärte Genscher in Straßburg.

Norwegen und Italien haben sich bei der Unterzeichnung die Einzelprüfung jedes Falles vorbehalten und nur dazu verpflichtet, wenn sie nicht ausliefern, den betreffenden Terroristen im eigenen Lande den Strafverfolgungsbehörden zu übergeben. Portugal hat sich vorbehalten, in kein Land auszuliefern, in dem die Todesstrafe besteht.

Frankreich hat keinen Vorbehalt angemeldet, jedoch in einer „Erklärung“ angekündigt, die Anti-Terror-Konvention des Europarates erst dann zu ratifizieren, wenn eine entsprechende Vereinbarung auch im Rahmen der EG-Staaten fertiggestellt worden ist.

Welt 10. 2. 77
 Regierung und NATO
 unterzeichneten ein
 Geheimabkommen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundesregierung und die NATO haben gestern in Bonn ein wichtiges Geheimabkommen unterzeichnet. Es regelt die Zusammenarbeit zwischen nationalen alliierten militärischen Befehlshabern auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Von deutscher Seite gehörten zu den Unterzeichnern des sogenannten Saccor-Abkommens der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Walter Gehlhoff, und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Harald Wust. Für die NATO unterschrieb der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, der amerikanische General Alexander Haig, den Vertrag.

Grundlage für das Abkommen ist das bereits vor einigen Jahren vom NATO-Rat verabschiedete Dokument MC 36/2. Es enthält Empfehlungen über die Regelung der Zuständigkeiten der alliierten und nationalen Befehlshaber in der Allianz. Diese Empfehlungen sind in den jetzt in Bonn unterzeichneten Vertrag eingegangen und gewinnen damit für die Bundesrepublik förmlichen Rechtscharakter. Über Einzelheiten der Bestimmungen verweigerte die Bundesregierung unter Hinweis auf die Geheimhaltung Auskunft.

Die Bundesregierung ist überzeugt, daß das Abkommen der militärischen Zusammenarbeit im Bündnis neue Impulse geben wird. Daraus schlossen Beobachter auf seine Bedeutung für die Verbesserung der sogenannten „Gesamtverteidigung“ im NATO-Abschnitt Europa-Mitte. Unter Gesamtverteidigung verstehen die Fachleute das koordinierte System aller Verteidigungsmaßnahmen. Sie schließen neben dem militärischen auch den zivilen Bereich ein.

52 NATO regelt mit Bonn
 Befehlsgewalt im Krieg

10. 2. 77

Bonn (Reuter)

Die für den Kriegsfall geltenden Zuständigkeiten von NATO-Befehlshabern im Gebiet der Bundesrepublik sind in einem in Bonn unterzeichneten Abkommen geregelt worden. Für die Bundesrepublik unterschrieben Staatssekretär Walter Gehlhoff vom Auswärtigen Amt und Bundeswehrgeneralinspekteur Harald Wust, für die NATO der oberste alliierte Befehlshaber des Bündnisses, General Alexander Haig, die Vereinbarung. Der Text wird nicht veröffentlicht. In einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes hieß es, mit dem Abkommen sei eine bisher auf dem Gebiet der Gesamtverteidigung bestehende Lücke geschlossen worden.

52 Ostberlin wirft Bonn
 Kriegsvorbereitungen vor

pp. Berlin/DDR (Eigener Bericht)

Das SED-Zentralorgan Neues Deutschland hat die Bundesrepublik bezichtigt, sie bereite sich auf einen Krieg vor. Dieser Vorwurf ist in einer Meldung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN enthalten, in der über den Abschluß eines Vertrages über die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Bundeswehr berichtet wird. „Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen verlautet, daß der Hauptinhalt des Abkommens darin besteht, daß im Kriegsfall die NATO die Regierungsgewalt über die Bundesrepublik übernimmt“, heißt es bei ADN. Beobachter werten diese Attacke als Antwort auf Berichte westlicher Zeitungen, in denen auf verstärkte Aktivitäten der Nationalen Volksarmee zur Modernisierung des Mobilmachungssystems verwiesen wurde. Diese verstärkten Sicherheitsvorkehrungen, die auch häufigere Übungen der Kampfgruppen einschließen, haben in der DDR-Bevölkerung erhebliche Unruhe hervorgerufen.

walde, nd-report , s. 203 :

das kabinett erörterte ein papier des staatssekretärsausschuss zur überarbeitung der unkeler richtlinien und der koordinationsbestimmungen der nd's und der strafverfolgungsbehörden -
'... gebilligt (vom kabinett) wurde sein vorschlag, die drei amtsleiter und der generalbundesanwalt sollten monatlich einmal gemeinsam zur koordinierung der spionageabwehr konferieren . '

(zitiert bei walde nach : spiegel 47 / 1.8.68 und
sz , 14.11. 68)

zu punkt 5b und 6 : gsg 9 als counterinsurgency-einheiten
 + aufstellung von polizeieinheiten nach
 us-planung

Spiegel 15.1.73

Wann, wo und unter welchen Umständen die Schützen — ob bei Übungen oder im Ernstfall — hintupfen können und dürfen, muß laut Geheimprotokoll erst geprüft werden: Reguläre Schießmöglichkeiten für die Präzisionsschützen (vor dem Einsatz in der Prinzregentenstraße übten sie kurz in einer Kiesgrube am Stadtrand) müssen ebenso erst erkundet werden wie die Rechtslage beim „Schußwaffengebrauch unter dem Gesichtspunkt extensiver Auslegung von Notwehr und Nothilfe im Verhältnis zum Polizeirecht“.

Überdies sollen die Präzisionsschützenkommandos künftig nach dem Muster der „Anti-Sniper-Squads“ des amerikanischen-FBI von Führern („mindestens im Rang eines Amtmanns“) und Beobachtern („Inspektor oder Oberinspektor“) im Einsatz angeleitet und koordiniert werden. Die dazu nötigen Geräte — neben Gewehren, kugelsicheren Westen, Helmen und Sandsäcken vor allem auch die Handfunkgeräte (Schmidt: „In Fürstenfeldbruck haben wir die in der Schnelle nicht herbeschaffen können“) — sollen künftig in speziellen „Basiswagen“ zum Einsatzort gebracht werden.

Auch Planspiel-Lagen für den Ernstfall — „Flugzeugentführung in Riem“ und „Geiselnahme im Stadtgebiet“ — wurden nun von Schreibers Spitzenkonferenz per „Weisung an die Direktion Schutzpolizei“ in Auftrag gegeben. Vor Olympia hatte man eine vom damaligen Polizeipsychologen Georg Sieber entworfene Lage, die sich nachträglich als exakte Prognose des dann eingetretenen Falls erwies, als „zu unrealistisch“ abgelehnt.

alles aus Ulrich Wegener,
spezialeinheiten im Rahmen des Sicherheitskonzeptes der BRD, in:
 Tophoven, Politik und Gewalt, Bonn 76) :

die GSG 9

- verfügt über 'technische Gruppen mit Sprengstoffspezialisten, .. die einmal die Aufgabe haben, Einheiten als Spezialkommandos zu unterstützen, z.B. durch Sprengungen'
 - führt 'gemeinsame Übungen mit den Polizeien der Länder durch'
 - steht in 'ständigem Austausch mit ausländischen Sicherheitsorganen'
 - ist auf Einsätze im Ausland trainiert, zumindest was BRD-Einrichtungen wie Botschaften und Lufthansastützpunkte betrifft: antihijacking-Ausbildung, 'Ausbildung von Flugzeugsteward, um für 'zivile' Einsätze auf Auslandsflügen der Lufthansa bereit zu sein um im Ernstfall Luftterroristen an Ort und Stelle wirkungsvoll zu bekämpfen' (Welt 12.10.74)
- + wieder Wegener: 'die GSG 9 hat in den letzten Jahren eine Reihe von Einsätzen durchgeführt, die zwar nur präventiver und nicht

spektakulärer Art waren. Verständlicherweise bestand dabei nicht immer Interesse daran, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu wecken.

- der Erfahrungsaustausch mit ausländischen Sicherheitsorganen über neue Taktiken und technische Einsatzmittel und die Ausbildung von Führungspersonal an ausländischen Trainingszentren z.B. an der FBI-Akademie Quantico, sowie die Ausbildung ausländischen Personals bei der GSG 9 bieten die Gewähr, nicht betriebsblind zu werden.

GENERAL FRANK KITSON IN DER
 BUNDESREPUBLIK

LÜBBECKE Der berühmt-berüchtigte General Frank Kitson, 1. Februar internationaler Experte für Counterinsurgency und Anti-Subversion, Architekt von Folter und Terror in Nordirland, Autor des Buches „Im Vorfeld des Krieges“ tut seit neuestem Dienst in der BRD. Er ist jetzt Kommandeur der 2. Division der britischen Rheinarmee mit Hauptquartier in der idyllischen Brauerstadt Lübbecke am Wiehengebirge. Gerade hat Kitson in London ein neues Buch veröffentlicht: „Bunch of Five“, wieder ein Lehrbuch a la „Im Vorfeld des Krieges“. Es soll, laut Verlagsmitteilung, ein Bestseller werden. General Kitson geht in Lübbecke häufig seinen Hobbys nach: Reiten und Angeln. Nach Auskunft der Neuen Westfälischen Zeitung tut er dies „in größter Ruhe und Offenheit“.

WISK, Postfach 35, 6370 Oberursel

133/77

Nach Informationen der Bürgerinitiative UNTERELBE soll Kitson sich mehrfach in Begleitung westdeutscher Offiziere in Brokdorf aufgehalten haben: zum Zweck des "Informationsaustausches"!

BRICHT

WISK - Nachrichten März 77

Agenten für die Polizei?

Stuttgarter Kripo-Chef für konspirative Methoden

BADEN-BADEN, 9. Januar (Reuter). Die Aufstellung von Polizeisonder-

einheiten nach Art von Geheimdiensten schlug der Leiter des Landeskriminalamtes in Baden-Württemberg, Bruno Bux, vor.

In einem am Sonntag ausgestrahlten Interview des Südwestfunks sagte der Beamte, solche aus dem Polizeiverband ausgegliederten Verfügungstruppen seien notwendig, um die konspirative Kriminalität wie Rauschgift- und Waffenhandel sowie Bandendiebstahl einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Insbesondere die Rauschgiftändler hätten Methoden entwickelt, die der Polizei ein Eindringen in ihre Kreise unmöglich machten. Deshalb müssen sich die Ermittlungsorgane nach Ansicht Bux' ebenfalls konspirativer Methoden bedienen wie etwa die Nachrichtendienste.

Gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter fügte der Beamte hinzu, er stelle sich zunächst eine Einheit in der Größenordnung von zehn bis 20 Mann vor, die mit verdeckten Methoden in die Rauschgiftszene eingeschleust werden sollten.

Nach den Vorstellungen Bux' müssen diese Sondertrupps vom Verfolgungs-

zwang befreit werden. Sie sollen außerdem keine Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaften sein, wie dies gesetzlich geregelt ist. Bux regte an, die betreffenden Spezialbeamten von ihren Aufgaben als Vollzugsbeamte zu entbinden. Er konnte jedoch nicht sagen, in welche Ämter die Verfügungsbeamten integriert werden sollen.

Um die hier aufgebauten rechtsstaatlichen Barrieren zu beseitigen, forderte der Chef des Landeskriminalamtes die Politiker auf, Abhilfe zu schaffen und solche Einsatzgruppen zu ermöglichen, die eine ähnliche Organisation und ähnliche Statuten hätten wie Geheimdienste.

In seinem Interview mit dem Südwestfunk sprach sich Bux überdies für die Wiedereinführung der Identitätskontrolle in Hotels und Pensionen und die Schaffung von fälschungssicheren Autokennzeichen aus. Bux' Worten zufolge werden derzeit in der Bundesrepublik 131 000 gestohlene Kraftfahrzeuge gesucht.

9. 1. 77
FR

Streiflicht.)

„Konspiration“ unter Erfolgszwang

wu. Stuttgart (Eigener Bericht)

„Stolze Erfolge“ meldete der Leiter des baden-württembergischen Landeskriminalamtes, Kuno Bux, über die Tätigkeit der bisher einzigen Operativen Ermittlungsgruppe (OEG) in der Bundesrepublik. Bux, der allerdings keine Einzelheiten über die Zahl und die „konspirativen Methoden“ seiner Beamten bekanntgeben wollte, teilte mit, die OEG spüre kriminelle Machenschaften bereits im Vorfeld auf und gewinne Ansatzpunkte zur Einleitung von Ermittlungsverfahren. Sie arbeite verdeckt und befasse sich vor allem mit Bereichen der Wirtschaftskriminalität, mit Autoknackerbanden, mit Rauschgift- und Waffenhandel. Durch das kaschierte Vorgehen der OEG sei es möglich gewesen, auch Hintermänner ausfindig zu machen, sagte Bux. Er räumte ein, daß der Erfolgszwang oft eine Reihe juristischer Probleme bei dieser Arbeit mit sich bringe. Innenminister Schieß lobte das Landeskriminalamt, da es den ihm gestellten Aufgaben voll gerecht werde, zumal da die Zahl der Beamten seit 1972 um 68 Prozent stieg.

4.2.77 12-10:00

Zu 'Phoenix' aus
Coral, Bez. 76

+
SZ 15.2.77

Zurzeit CH/Heideberg
+ BRD-Polizei bei der
Kontaktaufnahme.

Die Polizei soll jetzt mit Verbrochern konspirieren

Stuttgart — Polizisten, die wie Agenten von Nachrichtendiensten konspirativ mit Verbrochern zusammenarbeiten dürfen, hat der Leiter des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, Bruno Bux, in einem Interview gefordert.

Zur Bekämpfung der Bandenkriminalität forderte Bux eine aus dem Polizeiverband ausgegliederte Verfügungstruppe.

Nach den Vorstellungen des Stuttgarter Kripo-Chefs sollten diese Sondertrupps von der Verpflichtung befreit werden, jede Straftat zu verfolgen. Bux zur MORGENPOST: „Wir müssen mal wegkommen vom Legalitätsprinzip, das bedeutet immer nur Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind.“

Dazu Helmut Schirmmayer, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: „Konspirativ zu arbeiten wie Nachrichtendienste, das würde ich der Polizei nicht empfehlen.“ Der Geschäftsführer der Hauptabteilung Polizei in der OTV, Werner Beecken: „Da gerät der Rechtsstaat in Gefahr!“

11.1.77



Comitee für Solidarität mit Argentinien + Lateinamerika
 Das Phönix - Programm

Am 22. August 1972 wurden 16 politische Gefangene in der Marinebasis von Trelew kaltblütig erschossen. Am 19. August 1976 wurden die Leichen von 55 jungen Frauen und Männern am Stadtrand von Buenos Aires gefunden. Die 16 Opfer des "Massakers von Trelew" waren als die jungen Führer der Opposition gegen General Lanusse bekannt. Ihr Tod hatte eine schwerwiegende Wirkung auf das argentinische Volk und die Weltöffentlichkeit. Die 55 von Kugeln zerfetzten Körper vom 19. August wurden von den Nachrichtenagenturen als "nicht identifizierbar" bezeichnet. Die meisten argentinischen Zeitungen berichteten nicht über die Ermordungen.

In den zwischen den Ereignissen liegenden 4 Jahren sind mehr als 5.000 Menschen dem rechtsextremistischen und staatlichen Terror zum Opfer gefallen - durchschnittlich 4 politische Morde pro Tag. Z.Zt liegt diese Zahl bei durchschnittlich 10 Toten. Wenn man diese Zahlen auf den Bereich der Länder ausdehnt, deren repressive Gewalt offensichtlich ist - Chile, Bolivien, Uruguay, Brasilien, Paraguay, Guatemala, Nicaragua und Haiti - so reicht die Zahl der Toten im gleichen Zeitraum an Hunderttausend! Exakte Zahlen liegen nicht vor.

In diesem Zusammenhang ist es zu sehen, wenn der MANCHESTER GUARDIAN über ein "Phönix-Programm" für Lateinamerika schreibt und der brasilianische Senator Paulo Broussard die Existenz einer "internationalen Todeschwadron" brandmarkt, die gänzlich ungestraft in Lateinamerika und sogar in Europa operiert.

Das "Phönix-Programm", auf das sich der MANCHESTER GUARDIAN bezieht, wurde nach der TET-OFFENSIVE 1968 in Vietnam begonnen. Es war die direkte Verwirklichung militärischer Analysen, daß der Widerstandswille des vietnamesischen Volkes alle Erwartungen der Geheimdienste übertraf. Ziel dieses Programms war die physische Vernichtung der Führung des vietnamesischen Widerstandes, um seine Kampfkraft zu zerstören.

William Colby, ehemaliger Direktor der Central Intelligence Agency (CIA), sagte in einem Hearing des US-Senats aus, daß mehr als 20.000 Vietnamesen von CIA-gelenkten "Mörder-Teams" umgebracht worden sind. Und Kenneth Barton, Offizier des US-Army-Geheimdienstes enthüllte, daß er der Koordinator eines Netzes von Geheimagenten und Informanten in Vietnam gewesen war.

Es gibt eine Anzahl von Ähnlichkeiten zwischen dem "Phönix-Programm" in Vietnam und den systematischen Ermordungen in Lateinamerika, insbesondere in Argentinien. Der stärkste Aspekt jedoch ist hierbei, daß nach dem gleichen Konzept gearbeitet wird - in beiden Fällen geht es darum, die Lebensdauer eines menschenfeindlichen Militärregimes zu verlängern, indem die Führung der oppositionellen Kräfte eliminiert wird.

In Lateinamerika wie in Vietnam bietet der paramilitärische Terrorismus den repressiven Streitkräften viele Vorteile: Wenn die Hauptschlagkräfte der Polizei und des Militärs in den Untergrund gehen, verschwinden rechtliche Beschränkungen - es gibt keine Verhaftungen, nur Entführungen; weniger Gefängnisse, dafür aber umso mehr geheime Verhör- und Folterzentren; keine offiziellen Fahrzeuge, nur unidentifizierbare Automobile. Auf diese Weise können Präsidenten, Minister und andere Regierungsbeamte am Abend mündlich die Exekutionsbefehle geben und am nächsten Morgen sprechen sie den Überlebenden Familiennmitgliedern ihr Beileid aus. Das ist das System, das es dem bolivianischen Präsidenten, General Banzer, gestattet, drei Tage der nationalen Trauer auszurufen, nachdem in Buenos Aires Juan José Torres ermordet worden war. Torres war der General, gegen den Banzer 1971 einen blutigen Staatsstreich geführt hatte.

1973 hatte der US-Congress auf den Druck der Menschenrechtsbewegungen und der Anti-Kriegs-Bewegung die Benutzung von Auslandshilfsmitteln zur Ausbildung ausländischer Polizeikräfte verboten. Ein Jahr später stimmte der Congress der Abschaffung aller öffentlichen Sicherheitsprogramme zu, einschließlich der Ausbildung fremder Polizeikräfte in den USA. Von dieser Maßnahme wurde das Office for Public Safety (OPS) betroffen, in dessen Rahmen das "Phönix-Programm" durchgeführt wurde. Es diente als Tarnung für die CIA. Das OPS war verantwortlich für die Eröffnung einer "Internationalen Polizei-Akademie", zuerst in der Panama-Kanalzone und später in der Hauptstadt Washington.

Die Aktivitäten des OPS waren auf folgende Bereiche konzentriert: Kontrolle von Aufständen, nachrichtendienstliche Tätigkeiten, Bekämpfung von Stadt- und Landguerrilla (Counter-Insurgency).

Das Gesetz von 1974 betraf jedoch in keiner Weise die Aufgaben der "Organisation zur Bekämpfung des Drogenhandels" (DEA) in Übersee, deren Aufgaben darin bestanden, den Strom von Drogen in die USA zu unterbinden. Im Jahr 1975 hatte die DEA 400 Agenten im Ausland, ungefähr die gleiche Zahl, die vom OPS entlassen worden war. Die "Allgemeine Rechnungsbehörde" (GAO) der USA bestätigte, daß DEA-Agenten in den gleichen Bereichen tätig

seien, wie zuvor die Agenten des OPS.

In Argentinien können die Aktivitäten der "Organisation zur Bekämpfung des Drogenhandels" (DEA) in direktem Zusammenhang mit der Entstehung der paramilitärischen Todesschwadron "Antikommunistische Allianz Argentiniens" (AAA - "Triple A") gesehen werden, die für mehrere tausend Ermordungen in den letzten 2 Jahren verantwortlich ist.

Bei Untersuchungen des argentinischen Kongresses vor der Machtübernahme der Militärs im März 1976 stellte sich heraus, daß das Ministerium für Soziale Wohlfahrt unter Vorsitz von José Lopez Rega die Aktivitäten der "Triple A" gedeckt hatte. Die Untersuchungen ergaben außerdem, daß Lopez Rega persönlich verantwortlich für die ursprüngliche Organisation der "Triple A" gewesen war.

Lopez Rega, ein früherer Obergefreiter der Polizei, traf Mr. Robert Hill in Spanien. Zu dieser Zeit war der erste persönliche Sekretär des im spanischen Exil lebenden ehemaligen argentinischen Präsidenten Juan Domingo Perón, der zweite war persönlicher Sekretär des US-Botschafters in Spanien. Im Jahre 1973 wurde Robert Hill zum Botschafter in Argentinien, Lopez Rega wurde Wohlfahrtsminister.

Im Mai 1974 traten der US-Botschafter Robert Hill und der Wohlfahrtsminister Lopez Rega gemeinsam im argentinischen nationalen Fernsehen auf, um ein Anti-Drogen-Abkommen zwischen der USA und Argentinien zu unterzeichnen. Dieses Abkommen schloß US-Finanzmittel, Ausrüstung und Ausbildung mit ein. Damals erklärte Lopez Rega im Fernsehen: "Wir hoffen in Argentinien mit dem Drogenhandel aufzuräumen. Nach Kämpfen haben wir Guerrilleros gefangengenommen, die unter Drogeneinfluß standen. Die Guerrilla ist der hauptsächlichste Benutzer von Drogen in Argentinien. Daher wird diese Anti-Drogen-Kampagne gleichzeitig eine Anti-Guerrilla-Kampagne sein." Offizielle Zahlen beweisen, daß der Gebrauch von harten Drogen und Drogenabhängigkeit gänzlich unbedeutend ist.

Die Anti-Drogen-Kampagne, von der US-Botschaft mit großer Geheimhaltung behandelt, trifft zeitlich genau mit dem Erscheinen der sehr effizienten und gut ausgerüsteten "Triple A" zusammen. Offiziell endeten die Aktionen der "Triple A" als Lopez Rega, durch öffentlichen Protest gezwungen, das Land verlassen mußte. Die terroristischen Aktivitäten wurden jedoch ununterbrochen fortgesetzt - bis zu dem Zeitpunkt, an dem Militär und Polizei die totale Verantwortung für den repressiven Apparat übernahmen. Und seitdem hat sich in der Tat die Herrschaft des Terrors, mit der die Opposition ausgelöscht und eingeschüchtert werden soll, noch verstärkt. Im Gegensatz zu Lopez Rega, der in Ugnade gefallen ist, geht Mr. Robert Hill weiterhin seinen Geschäften

als US-Botschafter in Argentinien nach.

Wir verfügen über bisher unbestätigte Meldungen, die das gegenwärtige Ausmaß der Beteiligung der CIA an der jetzt stattfindenden Repression betreffen. Diese Informationen müssen durch umfassende Untersuchungen der verantwortlichen Regierungsstellen (der US-Regierung; Anm. COSAL) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wir rufen alle US-Senatoren und Abgeordneten auf, die einer wahren demokratischen Außenpolitik offen gegenüberstehen, die die Menschenrechte aller Völker der Welt respektieren, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Untersuchungen einzuleiten. Gleichzeitig rufen wir alle verantwortungsvollen Journalisten auf, die US-Öffentlichkeit über die gegenwärtige Situation aufzuklären und die umfassenden Untersuchungen zu unterstützen.

Im Besonderen rufen wir Thomas E. Morgan, den Vorsitzenden des "Komitees für Internationale Beziehungen" des US-Repräsentantenhauses, und John Sparkman, den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses des Senats auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um diese Untersuchungen zu beginnen.

(Der vorliegende Text ist "OUTREACH No. 3" entnommen, dem Organ des "Comitee for Solidarity with the Argentine People", San Francisco, USA)



Demonstration in Argentinien

zu punkt 7

falschmeldungen seit 72 im rahmen der
psychologischen kriegsführung

Keine Beweise für Tod Ulrike Meinhofs

Weiterhin intensive Fahndung der Bundesanwaltschaft nach der Gruppe

Von unserem Korrespondenten Walter Schallies

13783

3459 / 234

SZ 14.4.72

Karlsruhe, 13. April

„Ob Ulrike Meinhof tot ist oder noch lebt, wissen wir nicht“, erklärte am Donnerstag auf Anfrage der stellvertretende Pressereferent der Bundesanwaltschaft, Regierungsdirektor Reiner Schulte. Trotz mehrwöchiger intensiver Ermittlungen der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes und der Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei liegen der Obersten Anklagebehörde in Karlsruhe keine Beweise dafür vor, daß die 37-jährige Journalistin Ende Februar dieses Jahres gestorben und unter einem falschen Namen beerdigt worden ist.

Über den angeblichen Tod von Ulrike Meinhof, nach der seit Mai 1970 gefahndet wird, kursieren zwei Versionen. Sie soll an einem Tumor gestorben sein oder — wie von anderer Seite behauptet wird — Selbstmord verübt haben, nachdem ihr bekannt wurde, daß sie an einer unheilbaren Krankheit leide.

In Kreisen der Bundesanwaltschaft hält man es für möglich, daß Ulrike Meinhof nach einem natürlichen Tod unter Verwendung gefälschter Personalpapiere bestattet worden sein könnte. Auch dies sei bei der Bürokratie der Standesämter und der Friedhofsverwaltungen nur schwer in die Wege zu leiten.

Die Bundesanwaltschaft läßt den Fall weiterhin von der Sicherungsgruppe und der Hamburger Polizei untersuchen. Bevor nicht der Tod von Ulrike Meinhof einwandfrei feststeht, wird ihre Akte nicht abgeschlossen. Die Fahndung nach der Journalistin läuft nach wie vor.

In Karlsruhe fragt man sich, welcher Zweck mit der Ausbreitung des Gerüchts von einer angeblichen Beerdigung Ulrike Meinhofs unter falschem Namen beabsichtigt sei. Die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe seien intelligent genug, um zu wissen, daß auf eine reine Vermutung hin die Verfolgung weder eingeschränkt noch aufgegeben werde. Eher intensiviere man die Suche, wie es auch geschehe.

Polizei: Ulrike Meinhof nicht in Hamburg beigelegt

k. Hamburg (Eigener Bericht)

Die von der Bild-Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen verbreitete Meldung, wonach Ulrike Meinhof nach einem Selbstmord unter falschem Namen in Hamburg beerdigt worden sei, ist nach einer Untersuchung der Hamburger Polizei als unzutreffend festgestellt worden.

Gerüchte um Ulrike Meinhof

Sollen Tips von links die Verfolger verunsichern?

Von unserem Redaktionsmitglied Olaf Ihlau

SZ 14.4.72

Frankfurt, 13. Oktober

„Daß sie uns nicht kriegen, das gehört sozusagen zum Erfolg der Geschichte“, ließ Ulrike Meinhof die deutsche Öffentlichkeit wissen, als sie vor knapp zwei Jahren nach der gewaltsamen Befreiung des Kaufhaus-Brandstifters Andreas Baader mit ihrer „Roten-Armee-Fraktion“ in den Untergrund ging. Seitdem gelang der ehemaligen Journalistin, die dieser Gesellschaft den offenen Krieg erklärte und damit zur meistgesuchten Frau der Bundesrepublik avancierte, immer wieder die Flucht. Mehrfach allerdings, wie etwa bei Verkehrsroutekontrollen in Niedersachsen und dem Ruhrgebiet, hatte die mit gefälschten Pässen und einer Unzahl von Perücken stets gut getarnte 37-jährige Chefin der Anarchistengruppe schlichtweg Glück. Und manchmal trennten sie nur wenige Minuten von ihren Verfolgern, den Beamten einer Sonderkommission der Bad Godesberger Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes.

In den letzten Wochen kursierte in einigen Zeitungsredaktionen das Gerücht, die Jagd sei...

schem Namen in einem Hamburger Krematorium eingäschert und danach auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg beerdigt worden sein soll, ist nach Angaben der Hamburger Polizei haltlos.

Erste Ermittlungen der Staatsschutzabteilung der Hamburger Kriminalpolizei ergaben, daß an dem von einem anonymen Anrufer genannten Tage tatsächlich eine Elisabeth Nehls beerdigt worden war. Nach einer genauen Überprüfung wurde nach Angaben eines Polizeisprechers „einwandfrei und ohne jeden Zweifel“ festgestellt, daß es sich bei jener Elisabeth Nehls nicht um Ulrike Meinhof handelt, sondern um eine junge Frau, die nach einer schweren Krankheit eines natürlichen Todes gestorben war. Mit Rücksicht auf die in Hamburg ansässige Familie der Toten wurden nähere Einzelheiten nicht bekanntgegeben. (Siehe auch Seite 3)

Fahnder endgültig entzogen habe. „Beginnt Ulrike Meinhof Selbstmord?“ überraschte Bild an diesem Donnerstag seine Leser mit der Schlagzeile, und auch die seriöse FAZ berichtete in einer 18-Zeilen-Meldung von Informationen aus Bonn, nach denen die Anführerin der gesuchten Gruppe bereits Ende Februar gestorben sei. Als Todesursache werden an der Gerüchtebörse mehrere Versionen offeriert: Tod durch Tumor etwa, oder Selbstmord durch Vergiften nach Depressionen über eine unheilbare Krankheit. Anschließend, so verwies Bild auf angebliche Tips aus linksradikalen Kreisen an die Hamburger Polizei, sei „Ulrike Meinhof unter falschem Namen in einem Hamburger Krematorium verbrannt und beerdigt worden“.

Indessen auch Bild besitzt sichtlich Vorbehalte gegenüber dieser Nachricht, deren Wahrheitsgehalt vor allem von der letztlich für die gesamte Baader-Meinhof-Fahndung zuständigen Karlsruher Bundesanwaltschaft bezweifelt wird. „Da ist nichts dran“, erklärte Bundesanwalt Kaul schon zu Wochenbeginn der SZ bei entsprechenden Recherchen. Ob an den Gerüchten nun tatsächlich etwas stimmt oder nicht — Herkunft, Verbreitung und Variationen der Selbstmordtheorie allein sind beinahe ein Krimidrebbuch wert.

Als einer der ersten hat im März offenbar Der Spiegel Hinweise auf das angebliche Ableben der früheren Konkret-Kolumnistin erhalten.

Außer der Nachricht ging den Magazinleuten nach komplizierten Rückfragen über die Mittelsmänner ihres Hamburger Informanten noch ein ganzes Bündel möglicher Erklärungen und Motive zu. So lautete neben der Krankheitstheorie eine andere These, Ulrike Meinhof habe sich nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten von den übrigen Gruppenmitgliedern getrennt, politisch resigniert und in völliger Isolation Schluß gemacht. Gewissermaßen als „letzter Liebesdienst“ sei daraufhin von Baader, Gudrun Ensslin und Co. unter Mithilfe eines Arztes die Einäscherung der Toten auf dem Hamburger Friedhof Ohlsdorf arrangiert worden.

Spiegel-Reporter überprüften vorsichtshalber einige Krematoriumslisten, informierten die Bad Godesberger Sicherungsgruppe und brachten dann als Kontrollmaßnahme gegenüber dem Tipgeber den willkürlich ausgewählten Namen „Elisabeth Nehls“ ins Spiel. Eine Frau dieses Namens, gut zehn Jahre älter als Ulrike Meinhof, war vor einigen Wochen gestorben, jedoch normal beigelegt und nicht feuerbestattet worden. Elisabeth Nehls hat, das steht inzwischen wohl zweifelstfrei fest, mit Ulrike Meinhof nichts zu tun.



Ulrike Meinhof

schriebenes Lebenszeichen von sich geben würde, könnte das die Kriminalbeamten nicht vollends befriedigen: Es fehlt nämlich die eindeutige Vergleichsmöglichkeit, denn bevor Ulrike Meinhof sich zum Untergrundkampf entschloß, war sie nicht straffällig gewesen und somit auch nicht „eisenmündungsdienstlich“ behandelt worden.

Selbstmord die Polizei auf eine falsche Spur zu locken. Eines zumindest stimmt auch die Kripoportuliers etwas bedenklich: Seit der Jahreswende gab es keinen ganz sicheren Hinweis mehr auf Ulrike Meinhofs Existenz. Den letzten Anhaltspunkt bot ein chiffrierter Zettel („Dicke 1330“) der im Zusammenhang mit dem Kaiserslauterner Banküberfall gefunden wurde. Die Handschrift soll von Ulrike Meinhof stammen. Zwar meldeten seitdem zwischen Gran Canaria und Wien beinahe täglich aufmerksame Zeitgenossen der Polizei, sie hätten das Gruppenoberhaupt „eindeutig auf der Straße erkannt“, doch blieb es bislang immer beim blinden Alarm. Selbst wenn Ulrike Meinhof nun, wie Ende Januar Andreas Baader in seinem Brief an das Münchner Büro der „Deutschen Presseagentur“

Könnte die Anarchistenführerin dennoch unter einem anderen Namen eingäschert worden sein? Diese Chance ist so dünn, daß ich nicht einmal wage, sie in Prozentbruchteilen auszudrücken“, winkt ein leitender Beamter der Sicherungsgruppe auf diese Möglichkeit angesprochen ab. Zwar werde man in dieser Richtung weiter ermitteln, wenn es neue Anhaltspunkte gebe, aber im übrigen sei diese Geschichte doch ziemlich „makaber“.

In Bad Godesberg glaubt man demgegenüber viel eher, daß der Urheber dieser Gerüchte wohl unter den Baader-Meinhof-Mitgliedern beziehungsweise ihren Nachfolgegruppen selbst zu suchen ist. Ziel: die Fahnder zu verwirren. So wird den Gesuchten sogar zugebraut, daß sie beispielsweise ein im Haschrausch gestorbenes Mädchen unter anderem Namen verbräuen und in anderen Medien um anschließend mit dem...

dpa/lsw 066 id

22

baader-meinhof

karlsruhe: "gewisse spannungen" zwischen baader und meinhof =

karlsruhe/bonn, 9. mai 76 dpa/qsw - zwischen ulrike meinhof und

den uebrigen angeklagten im stuttgarter anarchistenprozess bestanden

nach erkenntnissen der bundesanwaltschaft bereits wochen vor dem

selbstmord der 41jaehrigen "gewisse spannungen". bundesanwalt felix kaul reagierte mit dieser feststellung am sonntag auf informationen der in bonn erscheinenden tageszeitung "die welt" die unter berufung auf vertrauliche angaben der sicherheitsbehoerden von "tiefgreifenden auseinandersetzungen" zwischen ulrike meinhof, andreas baader, jan carl raspe und gudrun ensslin berichtete.

kaul sprach in diesem zusammenhang von einer "gewissen entfremdung" zwischen ulrike meinhof und andreas baader. nach einem kommentar der "welt", den die zeitung der deutschen presseagentur (dpa) uebermittelte, fuehlte sich ulrike meinhof zunehmend isoliert und bei der vorbereitung der erklaerung gudrun ensslins im prozess uebergegangen, die bombenanschlaege im mai 1972 gingen auf das konto der "roten-armee-fraktion" (raf).

als "reine spekulationen" wertete der bundesanwalt den "von der welt unterstellten kontakt" ulrike meinhofs zu arabischen guerillia-organisationen. davon sei "amtlich nichts zu verifizieren"; nach angaben des blattes hatten arabische untergrundorganisationen die bedingungslose unterordnung deutscher anarchisten verlangt, und sich gegen selbstaendige wktionen deutscher gruppen ausgesprochen. dpa/lsw js pl 9. mai 76 1645 nnnn

Für den kommenden Freitag sind drei Bombenanschläge angekündigt

Terroristen bedrohen Stuttgart mit Bomber

Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett appelliert an die Bevölkerung: Jeder muß bei der Fahndung helfen

Ein solcher Brief ist noch nie an die Bürger von Stuttgart gegangen: die schriftliche Drohung, daß in dieser Stadt Angst und Schrecken einzziehen werden. Die „Rote Armee Fraktion“ (oder: Baader-Meinhof-Bande) hat angekündigt, am kommenden Freitag, 2. Juni, in Stuttgart drei Bombenautos explodieren zu lassen. Die Stuttgarter

Vom Inhalt des am Samstag in Heidelberg per Eilboten aufgegebenen und an die Deutsche Presse-Agentur adressierten Briefes erfuhren Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Klett „so etwa um 11 Uhr“ am Sonntagvormittag. Was er hörte, hatte die Polizei bereits zu Blitzkonferenzen veranlaßt: am 2. Juni sollen in den Straßen der Stuttgarter Innenstadt drei Bombenautos hochgehen. Hinter dem angekündigten Attentat steht die Baader-Meinhof-Fande, die sich offiziell „Rote Armee Fraktion“ nennt.

In dem Brief der Bande „an die Bürger in Stuttgart“ (Wortlaut siehe untenstehender Kasten) wird erklärt, die in den Autos angebrachten Bomben hätten eine Sprengkraft von 30 Kilogramm TNT. Sie sollen zwischen 13 und 14 Uhr am 2. Juni explodieren. Zwar schreibt die Rote Armee Fraktion: „Niemand soll getötet werden.“ Ob sie dieses Versprechen aber auch einhalten kann oder will, ist völlig offen.

Neuere Sicherheitskonferenz

Ein Sprecher der Sonderkommission des Landes kriminalamts erklärte gestern zu der Bombendrohung, sie dürfe aufgrund der Anschläge während der vergangenen Wochen nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Ministerpräsident Filbberger hat für heute eine Sicherheitskonferenz

werden aufgefodert, zwischen 13 und 14 Uhr am Freitag die Straßen zu meiden, die Fenster zu öffnen und in die Keller zu gehen. Während die Polizei fieberhaft ermittelt, hat Oberbürgermeister Dr. Klett in einem ernststen Appell die Bevölkerung aufgefordert, sich „in keiner Weise aus der Ruhe bringen zu lassen“.

Kein Kavaliersdelikt

„Die Polizei hat mit vielen solchen Drohungen zu tun. Nicht alle sind ernst zu nehmen. Wenn eine Sache aber so aufgezeigt wird, daß die Öffentlichkeit vorher orientiert wird, was passieren soll von seiten dieser — ich muß so sagen — Verbrecher, dann muß dem Bedeutung beigemessen werden“, erklärte Dr. Klett. „Es ist notwendig, daß unsere Polizei alles tut für die Sicherheit der Bevölkerung und die Sachwerte in unserer Stadt. Daß dies alles geschieht, darauf vertraue ich.“ Der Oberbürgermeister verteilte das geplante Attentat auf Stuttgart: „Da geht es nicht um politische Kavaliersdelikte, sondern um das reine Verbrechen, das hier angedroht ist.“

Er sagte aber auch, er hoffe, „daß sich die Bevölkerung durch so eine Sache in keiner Weise aus der Ruhe bringen läßt“. Der OB mahnte: „Jeder muß an seinem Platze dafür sorgen, daß solche Leute, die verbrecherisch gegen die Bevölkerung und eine ganze Stadt vorgehen wollen, in keiner Weise unterstützt werden.“ Dr. Klett forderte die Stuttgarter auf, „keine Zurückhaltung“ zu üben und kleine und kleinste Hinweise an die Polizei weiterzugeben.

„Es besteht kein Grund zur Besorgnis“, versicherte der Bürgermeister. „Aber natürlich haben wir das Ganze ernst zu nehmen, vor allem unsere Polizei die Pflicht

Ob der Oberbürgermeister Dr. Klett seinen Bürgern empfehlen wird, die Bedingungen der Bande zu erfüllen und am Freitag die Straßen der Stadt zu meiden, ist noch nicht heraus. Gestern sagte er dazu: „Es ist noch verfrüht, zu einer solchen Frage Stellung zu nehmen.“

Stellvertretend für den „Krisenstab“, der sich um die Bombendrohung kümmert (ihm gehören unter anderen Landespolizeipräsident Kuhn, die Generalstaatsanwälte Schüle und Weimann sowie Kriminaldirektor Frey an), berichtete Stuttgarts Polizeichef Paul Rau über die sofort eingeleiteten Arbeiten der Strafverfolgungsbehörden.

Er sagte, es sei nicht sicher, ob die anonyme Bombendrohung tatsächlich von der Roten Armee Fraktion ausgesprochen worden sei. Beamte des Bundeskriminalamtes prüfen zur Zeit noch das aus Heidelberg stammende Schreiben. Wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist, ließ sich am Sonntag noch nicht sagen.

Ein Brief nach Frankfurt

Der „Frankfurter Rundschau“ ging — per Eilboten ein mit Schreibmaschine geschriebener zweiter Brief zu, in dem die Verfasser, die mit „Kommando 15. Juli, Rote Armee Fraktion“ unterzeichnen, ein Schreiben vom Donnerstag vergangener Woche an diese Zeitung als Fälschung bezeichnen. Wörtlich heißt es: „Der Brief in der FR vom 25. Mai 1972 — angeblich von der RAF — ist eine Fälschung.“ In...

13785

3459 / 235

Nie!

diesem Brief hatte ein „Kommando Thomas Weisbeck“ Bombenanschläge in der Bundesrepublik angekündigt. Dazu erklärte die Sonderkommission Baader-Meinhof im Frankfurter Polizeipräsidium, es bestünde ein hoher Wahrscheinlichkeitsgrad, daß ein dieses zweite Schreiben vom Sonntag echt sei.

Dem Vernehmen nach soll der Brief mit der Bombendrohung gegen Stuttgart von gleicher Machart sein, wie der mittlerweile als Fälschung bezeichnete erste Brief an die „Frankfurter Rundschau“. Eine Bestätigung für diese Aussage war aber bisher von der Polizei nicht zu erhalten.

Das hätte auch die Bücherverbrennung formallich schwer durcheinander gebracht!

Polizei ist vorbereitet

„Heute abend um 18.45 Uhr ist noch kein Anlaß, die Dinge als herannahende Katastrophe darzustellen“, mahnte Stuttgarts Polizeichef Paul Rau die Journalisten in der Pressekonferenz. „Wir sind fest an der Arbeit. Alle notwendigen Maßnahmen sind bereits angelaufen.“ Über Einzelheiten und die Taktik der Polizei wollte Paul Rau verständlicherweise keine Angaben machen. Er kündigte aber an: „Manches werden die Bürger auch merken. Dieses oder jenes polizeiliche Handeln wird den einen oder anderen irgendwann einmal berühren.“ Der Polizeipräsident versicherte: „Wir werden rechtzeitig die Bevölkerung unterrichten und die Verhaltensmaßregeln für den Freitag bekanntgeben.“

Aber es sei bis dahin „ja noch einige Zeit“. Und die werde man nicht nutzlos verstreichen lassen. „Schließlich schlafen wir nicht.“ Rau sagte: „Daß wir im Blickpunkt der ganzen deutschen Öffentlichkeit sein werden, ist klar.“ Er forderte die politischen Instanzen auf, dazu beizutragen, den Bürgern anderer Städte klarzumachen, daß sie sich mit der Situation von Stuttgart nicht identifizieren müßten „und Stuttgart ein Einzelfall bleibt“.

Die Polizei nimmt die Drohung ernst

Augen auf — Türen zu!

Präsident Paul Rau wendet sich an die Kraftfahrer

- keine Kfz-Papiere im Auto zurücklassen.
- Garage abschließen.
- nachsehen, ob Teile des Fahrzeugs entfernt wurden.

Das Personal in Parkhäusern und auf Parkplätzen wird von der Polizei um erhöhte Aufmerksamkeit gebeten. Wer am eigenen oder einem fremden Wagen Auffälliges entdeckt, wird aufgefordert, dies unverzüglich der Polizei mitzuteilen. Wird ein Auto gestohlen, so bittet die Polizei dringend um sofortige Anzeige.

Die Stuttgarter Polizei ist unter Telefon 29 91 41 zu erreichen.

Die Ankündigung der Rote Armee Fraktion, die Bomben in drei Autos explodieren zu lassen, ist Ausgangspunkt der Empfehlungen, die Polizeipräsident Paul Rau insbesondere an die Kraftfahrer herausgab:

- jedes Auto muß stets sicher verschlossen sein. Dabei ist auch auf Fenster, Kofferraum und Motorhaube zu achten.
- auf Veränderungen am Fahrzeug achten.

Wortlaut der Drohungen

Das Los ist auf Stuttgart gefallen

warnung! am 2. juni genau zwischen 13 und 14 uhr werden unsere raf pionier spreng experten in den straßen stuttgarts 3 autos als bomben autos explodieren lassen jedes mit einer sprengkraft von 30 kg tnt niemand soll dabei getötet werden die raf will beweisen daß sie wann und wo sie will zuschlagen kann und die menschen an den bombenkrieg der us imperialisten in vietnam erinnern

deshalb weg von den straßen in die häuser am 2. juni zwischen 13 und 14 uhr fenster öffnen und in die keller nur eine stunde das volk in hanoi und vielen anderen städten dort muß das jeden Tag viele stunden lang und stirbt trotzdem

keiner sage daß die stadt stuttgart nicht rechtzeitig gewarnt wurde

sorgen sie mit daß kein schwarzer freitag wird in stuttgart

springer lügt er wurde rechtzeitig informiert 31 std. zuvor

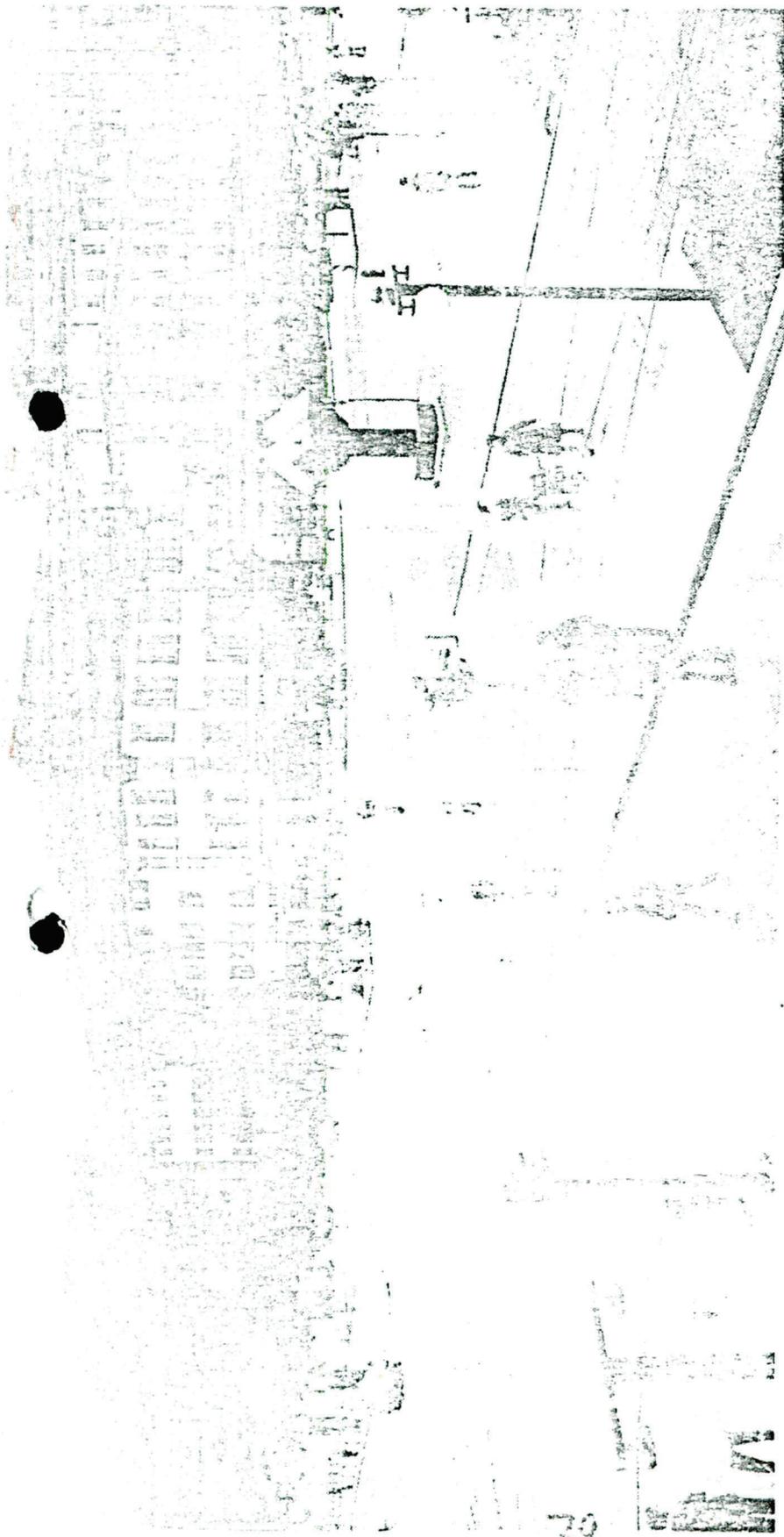
nieder mit dem usa-imperialismus sieg im volkswkrieg — klassenkampf im eigenen land habt mut zu siegen hier scheidet sich wirkliche solidarität von scheinheiligem bedauern. das bedeutet für uns dem wunsche ho-tsch-minhs nachzukommen: wollt ihr die indochinesische revolution unterstützen, so macht klassenkampf im eigenen land! lernen wir von der indochinesischen revolution, wie man die freunde von den feinden unterscheidet, wie sich das volk im kampf vereinen kann! trennen wir bei uns klar zwischen denen, die wirklich revolutionäre solidarität ausüben, und denen, die ein friedliches engelsgesicht machen, in wirklichkeit aber die mörder in indochina unterstützen, wie die spd-regierung

raf rote armee fraktion, baden-württemberg kommando 2. juni.

Siehe auch S. 86

Nicht die der RAF

Die Sprache der Faschisten



Blick vom Kleinen Schloßplatz hinunter um 13.20 Uhr: Wo sich sonst Autos und Fußgänger drängen, herrscht I

Kein schwarzer Freitag für Stuttgart

St 72 3.6.72

Leere Straßen, offene Fenster, geschlossene Ladentüren

Die Schwaben zitterten zwar nicht, gingen jedoch auf Nummer Sicher / Von Rainer Rheude und Rainer Wochele

Es ist keine Bombe explodiert, und Stuttgart hat Tag schwere, Geschlossene Geschäfte, geöffnete sich durch die Bombendrohung nicht mattsetzen Fenstertraben und kaum be- lassen. Aber ein Tag wie jeder andere war dieser setzte Straßenbahnzüge bewachen, daß die Bürger die 2. Juni nicht. Die „wackleren Schwaben“ zitterten Grenzen der polizeilichen Bemühungen durchaus er- keineswegs, hatte Oberbürgermeister Dr. Klett richtig kennt hatten. Der Terror fand zwar nicht statt, und vorausgesetzt. Auf Nummer Sicher sind sie nunmehr Panik und hysterie brach. Doch es ist andererseits nicht zu gegangen. In der Innenstadt sah man in der Zeit keiner Minute brach. Doch es ist andererseits nicht zu zwischen 13 und 14 Uhr, in der angeblich in drei Stunden, daß die „Robbing die Bevölkerung ver- Autos Sprengsätze detonieren sollten, vorwiegend unterteilt hat, was sich gegen Mittag in einer ge- jugendliche Schaulustige. Ansonsten schenkte alles Fremden und verwöhnt Atmosphäre bemerkbar an einen Samstagvormittag zwei Stunden nach Ge- machte.

Wie viele der Tag für die Stuttgarter begonnen? Wie viele der Tag für die Stuttgarter begonnen? schäftsfluß. Lediglich das stilles Polizeipatrouillen schäftsfluß. Lediglich das stilles Polizeipatrouillen dokumentierte die Gefährlichkeit der Situation wie immer vollere sich am Morgen der

Berufsverkehr in die Innenstadt, 180 000 bis 200 000 Fahrzeuge sind es, die täglich in den Morgenstunden auf den Straßen fahren. In drei Autos sollten angeb- lich Bomben gezündet werden. Sie zu finden — sind- geher unlösbarer Aufgabe für die Polizei. Die Öff- tagen zuvor: Der Zwang, Erfolgsmeldungen zu ver- öffentlichen, nahm teilweise grotesk anmutende, For- men an. So verkündete Polizeipräsident Rau, seit Sonntag habe man bereits 15 000 Fahrzeuge kontrol- liert, und die Kraftfahrzeugdiebstähle seien gering- flüchtig zurückgegangen. Dem aufgeschreckten Bürger in diesen Tagen das Gefühl der Sicherheit zu ver-...

... Ungewollte Sympathisanten sind zum Beispiel auch jene Journalisten, die in den letzten Wochen nichts anderes zu tun wußten als vor der Gefahr der Hexenjagd zu warnen, während nur eine wirklich akute Gefahr bestand — die Bomben der Baader-Meinhof-Bande. Und schließlich ist die Dosis Sympathie auch bei jenem Stuttgarter Kreis um den Schriftsteller Helmut Heissenbüttel zu finden, der jetzt in einem Brief an Minister Ehmke empfohlen hat, man solle mit Terroristen wie mit gegnerischen Staaten oder Parteien verhandeln.

Ideologische Entwicklungshilfe — wozu?

Die Sympathie in all diesen Schattierungen hat einiges dazu beigetragen, daß Linksradikale zu Aufwertungsfiguren wurden. Das heißt: Weil viele Zeitgenossen — und oft genug gescheite Leute — ihre gesellschaftspolitischen Ideen und Hoffnungen auf die Revolutionäre projizierten, haben sie diese auch unverhältnismäßig aufgewertet. Sie haben sie durch ihre Projektionen zu viel mehr gemacht, als sie eigentlich waren, und von diesem psychologischen Aufwind ließen sich Radikale und Anarchisten gerne tragen.

Eine Lernaufgabe der nächsten Zeit wird es sein, die psychologischen Folgen des Sympathisantentums zu ergründen. Klarer als bisher muß auch die Frage beantwortet werden, ob Radikale im öffentlichen Dienst wirklich tragbar sind und ob terroristische Handbücher tatsächlich in Buchhandlungen gehören. Es wird außerdem gut sein, Politiker wie den niedersächsischen Kultusminister von Oertzen lauter danach zu fragen, weshalb das Studium von Ernest Mandel an den Gymnasien notwendig ist.

Wir müssen fragen, wie lange und wie weit wir das Mißtrauen und die Absagen gegenüber unserer Staats- und Gesellschaftsform durch ideologische Entwicklungshilfe fördern wollen. Dieser Staat ist nicht brüchig und krank. Aber er hat auch schon gesündere und solidere Zeiten gesehen als heute beispielsweise im Bonner Parlament. Die Aufgabe ist, ihn vor Krankheiten zu schützen. Besonders vor dem Virus der Ideologie.

SAV / Aufatmen

Stuttgart kann aufatmen. Es explodierten glücklicherweise keine Bomben. Ob dies dem wirkungsvollen Polizeieinsatz zu verdanken war, das heißt, ob die Bombendrohung gegen Stuttgart wirklich von linksradikalen Terroristen stammte oder ob ein Verrückter oder ein Mutwilliger dahintersteckte, das läßt sich bis heute noch nicht sagen. Vielleicht kommt es nie heraus. Möglicherweise war die Ankündigung des Terrors ein taktisches Manöver zur allgemeinen Verunsicherung der Bevölkerung. Wenn dies das Ziel der Terroristen gewesen sein sollte, dann ging ihr Schuß ins Leere.

Stuttgart, seine Bürger und die Polizei haben eine schwere Prüfung gut bestanden. Die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung waren wohlüberlegt und geeignet, das Vertrauen in die Ordnungskräfte wieder zu festigen. Daß es da und dort zu übertriebener Hektik oder Angst gekommen ist, ist in einer so schwierigen Situation unvermeidlich.

Überall wurde, sehr wohl begriffen, daß es die Terroristen waren, die uns ein ungerne gesehenes Bild aufzwingen: eine von Polizei strotzende Stadt. Dennoch kann nach dem gestrigen Freitag niemand so tun, als sei nichts geschehen. Einfach zur Tagesordnung übergehen, hieße, sich leichtfertig einer noch nicht abgewendeten Gefahr aussetzen. Noch sind Terroristen auf freiem Fuß, die übermorgen mit ihren Drohungen Ernst machen könnten. Dessen muß sich die Bevölkerung bewußt bleiben, ohne deshalb in Panik zu geraten.

Joachim Schüller

Von Baader-Meinhof-Anhängern neue Gewaltakte befürchtet

Stuttgart (dpa) Der Präsident des baden-württembergischen Landeskriminalamtes (LKA), Kuno Bux, rechnet „mit Sicherheit“ mit einer „neuen Welle von Gewaltakten von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe“ bei Beginn des Prozesses gegen den „harten Kern“ der Organisation im kommenden Jahr. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks wies Bux auf die Sprengstoffanschläge gegen Richter und Gutachter in Kaiserslautern, Karlsruhe und Bad Homburg sowie auf „laufende Drohungen“ gegen Personengruppen hin, die mit der Aufklärung von Baader-Meinhof-Delikten in Zusammenhang stehen. Er kündigte eine intensive Fahndung nach den noch 20 gesuchten Mitgliedern der Gruppe an, um den „bundesdeutschen Anarchismus“ zu beenden. Unter Hinweis auf Gruppierungen zum Beispiel an Universitäten, die „mindestens“ mit der Ideologie der Baader-Meinhof-Gruppe sympathisierten, sagte Bux: „Wir haben Nachfolgeorganisationen entdeckt, die derzeit noch bestehen.“

Radikale planen Anschläge während der Fußball-WM

ASD, Bonn

Bundesinnenminister Genscher hat den Innenausschuß des Bundestages über neue Terrorpläne von Mitgliedern der Baader/Mein Hof-Bande informiert. Danach planen die Angehörigen der Roten-Armee-Fraktion (RAF) für die Zeit der am 13. Juni beginnenden Fußball-Weltmeisterschaft in der Bundesrepublik Entführungen und Attentate.

Wie am Donnerstag verlautete, rechnet die Bundesregierung noch mit zusätzlichen Gewaltakten ausländischer Terroristengruppen. Für die Weltmeisterschaften sind deshalb umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen geplant.

Aus dem Bundeskriminalamt verlautete, daß die Sicherheitsbehörden schon seit einiger Zeit Kenntnis von Terrorplänen anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft haben. Nach den vorliegenden Informationen werden von den Bandenmitgliedern unter anderem prominente Persönlichkeiten und deren Familienangehörige, die als mögliche Opfer in Frage kommen, beschattet.

Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden wird die Vorbereitung der Gewaltakte von den inhaftierten Führern der Baader/Mein Hof-Bande gesteuert. Festgestellt wurde in diesem Zusammenhang, daß sich die Besuche für die Terroristen in den Gefängnissen häufen.

So soll Ulrike Meinhof aus dem Gefängnis befreit werden

- In Stuttgart haben Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande Wohnungen gemietet.
 - Aus Depots der Bundeswehr wurden in letzter Zeit Maschinenpistolen und Munition gestohlen.
 - In Südbaden wurden hochwertige Funkgeräte des roten Kreuzzuges geraubt.
 - Ein Hubschrauber ohne polizeiliches Kennzeichen flog zweimal niedrig über Gefängnisse, in denen Mitglieder der Baader-Mein Hof-Bande saßen.
 - Auch Baden-Württembergs Innenminister Karl Schab zweifelt nicht daran, daß Mein Hof und Esslin befreit werden sollen: „Ich halte einen Ausbruchsvor-such der Anarchisten nicht für ausgeschlossen.“
- Von G.-F. Schiller
Stuttgart, 27. Mai
- Stuttgarter Polizeikreise befürchten, daß links Terroristen das Trinkwasser einer deutschen Großstadt mit Zyanid versetzen wollen, um die Freilassung der Bandenchefin Ulrike Mein Hof und ihrer Komplizin Gudrun Ensslin zu erzwingen.
- Beide warten im Gefängnis in Stuttgart auf ihren Prozeß.
- Nachdem in Bayern auf einem Transportwagen Zyanid gestohlen worden war, sagte ein Polizeibeamter: „Die Menge reicht aus, um das Trinkwasser einer Großstadt zu vergiften.“
- Für eine geplante Befreiungsaktion bet die Polizei weitere Hinweise:

zum Zeitpunkt der festlegung von stuttgart als prozessort + nach der verlegung von gudrun und ulrike nach stammheim

Europäische Justizminister konferieren in Wien

ag. Wien (Eigener Bericht)

Eine zweitägige Konferenz der Justizminister der Mitgliedsstaaten des Europarates und Finnlands wurde in Wien von dem österreichischen Ressortchef Christian Broda eröffnet. Zur Diskussion stehen unter anderem die Möglichkeiten zur Schaffung einheitlicher Rechtsgrundlagen für die Untersuchungshaft, die Führung von Zivilprozessen im Ausland, die Organverpflanzungen sowie für die Entschädigung von Verbrechenopfern.

In einem Bericht der britischen Regierung werden regelmäßige Haftprüfungstermine, die zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft und rasche Verfahren für Haftbeschwerden vorgeschlagen. Broda empfiehlt in einem Bericht eine Reihe von Maßnahmen, mit denen ausländischen Prozeßbeteiligten Verfahrenshilfen gewährt werden sollen. Belgien hob die Notwendigkeit hervor, daß bei gesetzlichen Regelungen für Organtransplantationen die Einwilligung von Spender und Empfänger ebenso verankert werden müsse, wie die Unverkäuflichkeit von Organen. Der holländische Justizminister sprach sich dafür aus, daß — wie schon in seinem Land, in Großbritannien und in Schweden — die Opfer von Verbrechen grundsätzlich ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit entschädigt werden.

Chaoten bedrohen die Weltmeisterschaft

Geheimdienste haben Hinweise / Bundesweiliger Sicherheitsausschuß / 1200 Polizisten überwachen Endspiel

Von unserem Redaktionsmitglied Robert Oberbélstein

Anonyme Drohungen und nachrichtendienstliche Hinweise über „gefährliche Aktivitäten“ halten die Sicherheitsexperten für die Fußball-Weltmeisterschaft in Spannung. In diesen Tagen tagt der bundesweit zuständige Ad-hoc-Ausschuß im Münchner Polizeipräsidium. Wir unterhielten uns mit Franz Haimert, dem Vorsitzenden des Ausschusses über aktuelle Probleme.

Franz Haimert, 49jähriger Oberpolizeidirektor und Vorsitzender des Ad-hoc-Sicherheitsausschusses, kennt die Grenzen politizistischer Aktivitäten sehr wohl: „Die Garantie, daß sich ein Messaker wie bei den Olympischen Spielen nicht wiederholt, können wir nicht geben.“ Dennoch erlaubt er: „Eine Weltmeisterschaft ist in Deutschland nicht gefährlicher als anderswo.“ Nur die „sehr freizeithliche Handhabung der Gesetze“ erschwere die polizeiliche Ermittlungsarbeit.

Mittlerweile liegen bereits Drohungen von dem verschafendsten. Seltten gegen WM-Stadion und Spieler vor. „Wir nehmen diese Hinweise sehr ernst und werten sie unter Zuhilfenahme nachrichtendienstlicher Erkenntnisse aus.“ So trat ein Brief ein, unterschrieben mit „RAF“ (rote Armee-Fraktion). Darin drohte die radikale Organisation einen Raketenüberfall auf das Hamburger Volksparkstadion an.

Es passiert etwas Furchtbares

Aus „zuverlässiger Quelle“ traf auch eine Information ein, die von nachrichtendienstlichen Quellen übermittelt wurde. Haimert erklärt, „daß hier es nur in München solle, etwas Furchtbares passieren“. Ob es sich um ein Bombenattentat oder um einen Anschlag auf Mannschaften handeln sollte, wußte der Informant nicht. Auch

über die eventuellen Täter gab er nicht Bescheid. Die Drohungen stammen häufig von Psychopathen, doch Haimert räumt ein: „Auch links-extreme Gruppen und Terroristenkreise sind mit dabei.“

Der Ad-hoc-Ausschuß setzt sich aus polizeilichen Vertretern der an der Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft beteiligten Bundesländer, einem Beamten des Bundesinnenministeriums und dem Sicherheitsbeauftragten des Deutschen Fußball-Bundes, Dr. Hans Rückert, zusammen. Er traf sich, so Haimert, seit einem dreiwertel Jahr zu periodischen Tagungen und ging eine „Checkliste“ über mögliche Sicherheitsstörungen

auf. Über diese Störungen werden dann polizeilichstellen informiert.

- Im wesentlichen sind es sechs Komplexe, die den Sicherheitskräften zu schaffen machen:
- Schutz der Mannschaften und Unterteile,
 - Betreuung der Delegationen und Ehrengäste,
 - Sicherheitsüberwachung bei Fahrten und Training,
 - Bewachung des Stadions,
 - Maßnahmen bei Katastrophenfällen und
 - Verkehrsmaßnahmen.

Spezialkommandos einsatzbereit

Für diese Aufgabe stehen beim Endspiel 1200 Polizeibeamte zur Verfügung. Auch die „Rangor“ des „Spezial-Eingriffskommandos“ und des „Mobilen Eingriffskommandos“ stehen auf Abruf bereit. Über dem Olympiastadion wird der Luftsperrbereich mit Radar und Polizeihubschraubern überwacht. Auch die modernsten kriminaltechnischen Hilfsmittel stehen bereit: Röntgenapparate zur Überprüfung verdächtiger Personen oder Gegenstände, Funkapparate und transportable Fernsehkameras. In sogenannten „De-laborierungsfahrzeugen“ können Bomben gefahrlos transportiert werden, da sie die Druckwirkung bei einer etwaigen Detonation ableiten.

Kopferbrechen bereitet dem Experten der Aberglaube der Fußballmannschaften: „Viele buchen die Quartiere noch nicht. Wir wissen also noch nicht, welche Hotels zu überwachen sind.“ Doch auch hier ging man auf „Nummer Sicher“, die einschlägigen Münchner Hotels wurden inspiziert und auf mögliche Gefahrenquellen hin untersucht. „Zusätzlich schlug der Deutsche Fußball-Bund den Teams nur solche Quartiere vor, die den Sicherheitsvorkehrungen entsprechen. Mitglieder des Weltfußballverbandes (FIFA) und des DFB werden von Sicherheitsbeamten in Zivil überwacht.

Kontakt zu Delegationen

Um im „Fall X“ nicht Vorwürfe von den Mannschaften einstecken zu müssen, stehen die Sicherheitsbeamten in ständigem Kontakt mit den Delegationen. „Wir nehmen Anregungen und Hinweise über mögliche Gefahrenquellen von ihnen sofort auf und gehen ihnen nach“, sagt

82.5.79

Haimert. Die Zusammenarbeit habe sich mittlerweile so günstig gestaltet, daß die Brasilianer „ihren“ Kriminalbeamten, der für das Trainingslager in Herzogenhorn im Schwarzwald über sie wacht, auch zum eventuellen Endspiel nach München mitnehmen wollen.

Zu den Vorichtsmaßnahmen zählt ebenso eine verschärfte Überwachung der Flughäfen während der Spiele und — jetzt schon — die „Überprüfung aller verdächtiger Personen“. Das geht so weit, daß „Leute, die etwas unternehmen könnten, schon unter Beobachtung“ stünden. Haimert demütherte allerdings, daß in München Anarchisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt „oberserviert“ würden.

Haimerts Alptraum

Bayerns Innenminister läßt sich über seinen Polizeireferenten ständig über die Arbeit des Sicherheitsausschusses informieren. Bruno Merk führt auch mit Franz Haimert intensive Gespräche. Er nimmt die Sicherheitsfragen für die Fußball-Weltmeisterschaft sehr ernst, sagt der Oberpolizeidirektor. Doch trotz all dieser Vorbereitungen hat Franz Haimert einen Alptraum: „Ich muß immer wieder an diese Bilder von dem Attentat an den israelischen Kindern und den Bombenanschlag in Rom denken. Hoffentlich bleibt uns so etwas erspart.“

Am letzten Tag seines Lebens erhielt Meins den Besuch seines Anwalts Haag aus Heidelberg. Meins richtete sich selbst von seinem Bett auf, zog seine Schuhe an und ließ sich von Beamten auf der Bahre in den Besuchsraum tragen. Dort war er von 13 bis 15.10 Uhr mit seinem Anwalt zusammen. Nach dem Fortgehen des Anwalts stellten die Bediensteten der Justizvollzugsanstalt eine bedeutende Änderung des Zustandes von Meins fest. Sie hatten diesen Zustand jedoch zunächst nicht als bedrohlich betrachtet. Meins habe, nachdem er wieder in seiner Zelle war, heißes Wasser verlangt, das ihm ausgehändigt wurde. Gleichzeitig wurde ihm gegen 16 Uhr eine Zeitung in die Zelle gereicht. Zu diesem Zeitpunkt schien der Zustand des Gefangenen derart verändert, daß nach Hinzuziehung des Sanitätsbeamten ein praktischer Arzt aus Wittlich gerufen wurde. Der Arzt traf um 17.15 Uhr ein und konnte nur noch den Tod feststellen. Daraufhin veranlaßte die Staatsanwaltschaft Trier die Überführung der Leiche ins Gerichtsmedizinische Institut der Universität Mainz, wo der Direktor des Instituts, Professor Leithoff, noch in der Nacht zum 10. November die Obduktion vornahm. Nach Auskunft von Theissen habe der Anstaltsarzt den gefährlichen Zustand, in dem sich Meins befand, bis 8. November 1974 nicht als gegeben angesehen. Einen Anlaß zur Überprüfung in einer Intensivstation des Krankenhauses hätten die Vollzugsbeamten nicht für notwendig gehalten. Damit ist freilich nicht die rapide Gewichtsabnahme des ohnehin sehr hageren Meins erklärt.

Der Justizminister setzte sich für gesetzgeberische Maßnahmen ein, beispielsweise für eine umfangreiche Regelung zum Ausschluß des Strafverteidigers bei dringendem Verdacht der Tatbeteiligung oder Begünstigung. Außerdem plädierte er für den Verteidigerausschluß bei „Verfahrenssabotage“. Schließlich seien genaue Regelungen über den Verkehr der Gefangenen mit ihren Verteidigern zu treffen.

Mordanzeige gegen Gefängnisarzt

Dortmund (ddp)

Das mutmaßliche Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe Lothar Gend hat gegen den Arzt

und den Leiter der Bochumer Strafvollzugsanstalt Strafanzeige wegen Mordversuchs erstattet. Wie sein Rechtsanwalt Hugo Brenzel weiter mitteilte, soll außerdem Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht werden, weil die Verantwortlichen „in größter Weise ihre Fürsorgepflicht verletzt“ hätten. Der Verteidiger forderte zudem die Einweisung Gends in eine Krankenanstalt, da dieser eigenen Angaben zufolge durch Hunger- und Durststreik 30 Pfund abgenommen habe und nur noch 64 Kilo wiege.

Häftling in Klinik verlegt

Zweibrücken (dpa)

Das angebliche Mitglied der Baader-Meinhof-Bande Wolfgang Grundmann, der sich seit dem 13. September in der Zweibrücker Haftanstalt im Hungerstreik befindet, ist in ein Krankenhaus in Zweibrücken verlegt worden. Der Untersuchungshäftling ist des Mordes an einem Polizisten und des Raubes angeklagt. Grundmann war ebenso wie Klaus Jünschke und Manfred Grashof von einem Arzt ihres Vertrauens untersucht worden. Dabei soll der Arzt Dr. Jakobs, wie in Frankfurt verlautete, die „unverzügliche Einlieferung“ Grundmanns in eine Klinik verlangt haben.

Anwalt Haag weist Vorwürfe zurück

Rechtsanwalt Haag bezeichnete in einem Anruf bei dpa in Hamburg die von der Staatsanwaltschaft aufgeworfene Frage nach einer möglichen „alkoholischen Beeinflussung“ von Meins als einen Versuch der Staatsanwaltschaft, mit „haltlosen Verdächtigungen“ und „Methoden der Diffamierung“ von sich selbst abzulenken und den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Zu indirekten Verdächtigungen, er habe nicht mit allen Mitteln den Tod von Meins zu verhindern versucht, erklärte Haag, er habe während seines Besuchs bei ihm eine sofortige ärztliche Untersuchung des seiner Meinung nach in Todesgefahr schwebenden Meins gefordert. Es seien jedoch weder der Leiter der Justizvollzugsanstalt noch der behandelnde Arzt zu erreichen gewesen. Auf seinen Hinweis, daß Meins im Sterben liege, habe ein Sicherheitsbeamter ihm gegenüber gesagt: „Das stimmt nicht.“

Der Baader/Meinhof-Dunstkreis reicht bis an die Weser

Die Bremer Bombe hat eine explosive Vorgeschichte

CLAUS-WERNER CARO, Bremen

Die gemessen an anderen Bundesländern noch heile Welt der Freien und Hansestadt Bremen hat einen Knacks wegbekommen. Seit Samstag nachmittag fühlt sich auch die Bevölkerung der Weserstadt verunsichert. Um 16.14 Uhr ging in einem Schließfach des Hauptbahnhofs eine Bombe hoch. Sie zerstörte Wände und Decken und den Glauben der Bevölkerung, daß in dieser politisch und wirtschaftlich so stabil erscheinenden Stadt selbst Anarchisten eine Bahnsteigkarte lösen müssen, ehe sie eine Revolution anzetteln könnten.

Die Bombe riß stählerne Schließfachtüren aus ihren massiven Angeln und schleuderte sie bis zu zwanzig Meter weit in die Menschenmenge. Sechs Personen wurden verletzt. Hunderte, die bis zu diesem Zeitpunkt die große Haupthalle des Bahnhofs bevölkert hatten, stürzten zu den Ausgängen. Sie waren mit der Bundesbahn gekommen, um in der Stadt den verkaufsoffenen Samstag für ihre Besorgungen von Weihnachtsgeschenken zu nutzen.

Es war nicht die erste Bombe, die in der Hansestadt hochging. Erst wenige Wochen zuvor war in einer Wohnung der Bremer Neustadt eine explodiert — selbstgebastelt von zwei Männern, von denen der eine verletzt und gefaßt wurde und der andere entkommen konnte. Aber niemand im Umkreis der Stadtmusikanten und des Rolands hatte im Ernst daran geglaubt, daß die in der Neustadt produzierten Sprengkörper dem Ziel dienen sollten, den Frieden in der eigenen Stadt zu stören. Bremen, so meinte man, und so sahen es wohl auch die Verantwortlichen in den demokratischen Parteien, Bremen kann nicht das Brackwasser sein, in dem Anarchisten schwimmen könnten. Ein Glaube, der wohl sehr sorglos gemacht hat.

In der Nacht nach Bekanntwerden des Hungertodes des Anarchisten Holger Meins wurden mit schwarzer Farbe aus Sprühdosen auf den gelben Grund eines den Dom umgebenden Bauzauns die drei Worte „Holger Meins ermordet“ geschrieben. An anderen Stellen der Stadt geschah gleiches. Der Bauzaun mit dem Satz der aus einem Selbstmord einen Mord machte, befindet sich genau dem Gebäude des Bremer Parlaments gegenüber. Tag für Tag konnten und können die Abgeordneten der drei Bürgerschaftsfraktionen ihn nachlesen. Entfernen ließen sie ihn nicht; nicht

dort und nicht an anderer Stelle der Stadt. Dabei gaben sich Sympathisanten der Anarchisten alle Mühe, den von Baader/Meinhof und ihren Komplizen erstrebten bewaffneten Kampf in das Bewußtsein des Volkes von Bremen zu tragen. So durften in einer der beliebtesten Einkaufsstraßen der Innenstadt auch nach der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann junge Lehrer ungehindert und lautstark die Notwendigkeit der Zerschlagung von Staat und Gesellschaft zur Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft auch unter Anwendung von Waffengewalt predigen. Daß sie Lehrer waren, gaben sie zu. Die Schulen jedoch, an denen sie lehrten, wollten sie nicht nennen, weil Schulen „bekanntlich die Brutstätten der Denunziation für den Staat sind“.

Wenige Minuten vor der Explosion im Hauptbahnhof teilte ein bislang Unbekannter der Bremer Feuerwehr telefonisch mit, daß in einem der großen Kaufhäuser der Innenstadt eine Bombe liege. Dort wohl sollten die Polizeikräfte gebunden werden. Vier Minuten später krachte es in der Schließfachanlage des Hauptbahnhofs. Weitere 46 Minuten danach erfolgte eine zweite telefonische Bombendrohung mit Hinweis auf ein anderes Kaufhaus der Innenstadt. Es war offenbar die Taktik der Anarchisten, den Staatsapparat lahmzulegen. In Bremen kennt man diese Taktik nun auch.

Der SPD-Senat und die mit Mehrheit im Parlament regierenden Sozialdemokraten werden sich überlegen müssen, ob sie im kommenden Wahljahr weiterhin dulden können, daß DKP-Professoren an der Reformuniversität ungehindert von der „Niederknüppelung des Streiks der Ford-Arbeiter durch die SPD-Regierung“ und über den notwendigen „Kampf gegen das Zusammenspiel von Kapital und Gewerkschaftsbonzen“ sprechen und daß Extremisten den Mord am Berliner Kammergerichtspräsidenten ebenso ungehindert als „notwendigen Akt im politischen Volkskampf“ und die Untersuchungshaft weiterhin als „Isolationsfolter der Klassenjustiz“ bezeichnen dürfen.

Die Bombe im Bahnhof hat bewiesen, wie anfällig auch die Hansestadt gegenüber Straftätern ist, die als Kriminelle zu bezeichnen man an eben jener Reformuniversität höchstens hinter vorgehaltener Hand und im Flüsterton wagen darf.

Bomben-Terror

in Bremer

Handschuh

Dans 8.12.44

Explosion im Schießfach — Fünf Verletzte — Hamburger Fußball-Schlachtenbummler betroffen — Neue Anschläge befürchtet

Von WERNER KAHL
Bremen, 8. Dezember
Sind die Bombenleger vom Bremer Hauptbahnhof in der neuen Hamburg-Bremer Bahn-Gebäude der revolutionären Linken zu suchen? Auf die Spur dieser Baader-Meinhof-Nachfolger war die Polizei bereits am 7. Oktober in Bremen gestossen. In einer 3-Zimmer-Wohnung in der Pappelstraße 60 (Bremer-Neustadt) exprodierte ein mit Sprengstoff gefüllter Benzinkanister.
Am gefährlichsten:

Der stechtrieflich gesuchte Rainer Hochstein (35) und der erst 18jährige Andreas Vogel, ein „Pistolenheld“.
Die Bande, die auch bei der jüngsten Großrazzia durch das Netz der Faldung schlüpfte, arbeitet erstmals nach einem Zeitplan — einem Kursbuch für Serien-Attentate in Bahnhöfen, Kaufhäusern, Banken, Polizeistationen, Zeitungsfräsen und Fabriken. Darin heißt es für den Monat Dezember:

„Herstellung von Bombenbehältern, Beendigung der Sprengstoffherstellung, Durchführung eines Bombenanschlags.“
Die Bande entwickelte ferner eine „Kleine Anschlagstrategie für Norddeutschland“, die ebenfalls noch druckfrisch in der Bremer Bomben-Wohnung gefunden worden war. Der Plan sah „irgendwann in diesem Herbst“ eine Serie von sterupelosen Bombenanschlägen vor.

Gab die Bande auch dafür jetzt den Startschuß?
Es heißt unter anderem darin (die Wochen tage sind noch ohne Datumsangabe, erst kurz vor dem Anschlag sollten vermutlich die genannten Termine eingesetzt werden):
I. Schritt:
a) Hamburg, Montag vormittag in den Kaufhäusern (die Namen sind der Redaktion unbekannt) jeweils zwei Brandsätze installieren.

Es müssen Taschenbrandsätze mit Säurezünder sein, die spätestens nach einer halben Stunde zünden...
2. Schritt:
a) Bremen, Dienstag vormittag in den Kaufhäusern... der Bremer Innenstadt jeweils zwei Brandsätze wie unter 1. Schritt verüben.
3. Schritt:
a) Hamburg; Mittwoch nach Brandanschläge, Ruhe. Nur Nervenkriof führen.
4. Schritt: Bremen.

Sprengsätze Bremer Blockland anbringen und explodieren lassen.
5. Schritt: Hamburg, Hannover, Bremen: Brandanschläge auf Busse verüben.
6. Schritt: a) Hamburg; Sprengstoffanschlag gegen Rundfunkübertragungs mast. b) Hannover: Sprengstoffanschläge auf einen Überlandleitungsmast. Zurückziehen aus der Gegend. Nichts mehr machen. Sich in Süddeutschland formieren.“
(Lesen Sie Bitte auch auf Seite 16: Wer stoppt endlich den Terror?)

Sind hier die Täter zu suchen?

Die 6 Schritte der neuen Baader-Meinhof-Bande

20/21

Deutsche Terroristen drohen der schwedischen Königsfamilie mit Tod

„Kommando Siegfried Hausner“ fordert zwei Millionen Mark und Amnestie für Baader-Meinhof-Mitglieder – Auch Raketenüberfall auf Stuttgart angedroht

Von unserem Korrespondenten/Nachrichtendienst

rpf. Stockholm / ru. Heidelberg / Köln. Eine deutsche Anarchistengruppe, die sich „Kommando Siegfried Hausner“ nennt, hat der Schwester des schwedischen Königs Karl XVI. Gustav, Prinzessin Christina, deren Mann Tord Magnusson sowie der schwedischen Ministerin ohne Geschäftsbereich, Anna-Greta Leijon, mit dem Tod gedroht, wenn nicht zwei Millionen Mark an die „Rote Armee Fraktion“ in der Bundesrepublik überwiesen werden. Gefordert wird auch die Amnestie für alle Mitglieder der „Rote Armee Fraktion“. Das Kommando droht ferner, Raketen auf Stuttgart zu schießen, wo in Kürze der große Baader-Meinhof-Prozess beginnen soll.

Ministerin Leijon, die für die schnelle Ausweisung der deutschen Terroristen aus Schweden verantwortlich ist, wurden erhöhte Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Prinzessin Christina, die im 6. Monat schwanger ist, und ihr Mann halten sich gegenwärtig im Ausland auf.

Baader-Anwalt wieder frei

Nach vierstündiger Verhandlung hat der zuständige Richter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe am Wochenende den Erlaß eines Haftbefehls gegen den Baader-Anwalt Haag (Heidelberg) abgelehnt. Haag wurde wieder freigelassen. Nach Angaben (Fortsetzung auf Seite 2)

Die Drohung war in einem am Donnerstag in Hamburg aufgegebenen Brief an die Stockholmer Zeitung „Expressen“ enthalten. Siegfried Hausner gehörte zu der Terroristen-Bande, die am 24. April die Deutsche Botschaft in Stockholm überfallen hatte. Er starb an den Folgen seiner Verletzungen. In diesem Zusammenhang verlautete in Stockholm, daß die vorzeitige Detonation einer Handgranate bei dem Überfall auf die Botschaft vermutlich zu der Explosion einer großen Sprengladung und Zerstörung des 3. Stockwerks des Botschaftsgebäudes geführt habe. Die Obduk-

tion des bei dem Überfall getöteten Terroristen Ulrich Wessel habe ergeben, daß er durch eine Handgranaten-Explosion ums Leben gekommen sei. Wessel habe den Sprengkörper auf die Straße werfen wollen.

Das „Kommando Siegfried Hausner“ beschuldigt Ministerin Leijon, den an dem Stockholmer Überfall beteiligten Terroristen durch Ausweisung zum Tode verurteilt zu haben. Ein solcher Akt könne nicht „ungestraft“ bleiben, hieß es in dem Brief, in dem die Anarchisten drohen, sieben sowjetische SM-Raketen auf Stuttgart abzuschießen. Eine solche Drohung hatten die Anarchisten der „Rote Armee Fraktion“ bereits vor der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 gemacht. Die Verfasser des Briefes drohen auch mit Flammenwerfern, Senfgas und Bomben, um die Amnestie für die Baader-Meinhof-Häftlinge zu erreichen. Außerdem wollten sie eine schwedische Kirche in die Luft sprengen. In dieser Kirche könnten die Gläubigen schon jetzt singen „Näher mein Gott zu dir“, heißt es in dem Drohbrief weiter. Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) sind in Stockholm in die Ermittlungen eingeschaltet. Für die

Terroristen drohen...

(Fortsetzung von Seite 1)

des Sprechers der Bundesanwaltschaft ist Haag jedoch weiterhin verdächtig, Waffen für eine kriminelle Vereinigung aus der Schweiz übernommen zu haben. Es bestehe jedoch keine Fluchtgefahr. Die Festnahme Haags stütze sich auf die Aussage eines anonymgebliebenen Zeugen. Haag selbst nannte gestern seine Festnahme einen „fehlgeschlagenen Versuch“, den letzten Wahlverteidiger von Baader von der Verteidigung auszuschließen.

Wie das Anwaltskollektiv in Heidelberg gestern ferner mitteilte, mußte sich die Heidelberger Rechtsanwältin Marie-Luise Becker in der Bremer Haftanstalt, wo sie am Freitag die Stockholmer Terroristin Hanna Krabbe besuchte, angeblich auf Anweisung aus Karlsruhe nackt ausziehen und einer Leibesvisitation unterziehen.

Die Ermittlungen über die Schießerei zwischen Anarchisten und Polizisten in Köln haben ergeben, daß sich der erschossene Anarchist Werner Sauber seit über einem Jahr unter dem Tarnnamen Tangermann in Köln verborgen hielt, dort eine Wohnung in der Remscheider Straße 77 hatte und als Blechstanzler bei der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz arbeitete. Der festgenommene Anarchist Roland Otto hatte bei Sauber unter dem Tarnnamen Wolfgang Marquardt als Untermieter gewohnt.

Therapiefeld
12. 5. 75

FR 26.4.75
Nach Mitteilung Maihofers hatte die schwedische Polizei in Absprache mit dem Bundeskriminalamt einen Überwachungsbeschluss auf die Botschaft vorbereitet, dem die Terroristen, nachdem sie aus dem Konzept geraten waren, deren die Sprengung zu...

zu prozeasbeginn

Hat die Bande Giftgas?

Berlin/Hamburg, 2. Mai
Nach drei Bombenanschlägen der Terroristen in Berlin, Mainz und Ludwigshafen droht möglicherweise neue Gefahr: Deutsche Sicherheitsbeamte befürchten, daß die Baader-Meinhof-Banda 53 Stahlflaschen mit tödlichem Senigas besitzt — und damit Attentate plant.

Die Senigas-Flaschen warrens vor einigen Ta-

gen aus einem Bunker des Bundeswehr-Depots Munsterlager (Niedersachsen) gestohlen worden.

Ein hoher deutscher Geheimdienstbeamter: „Schon vor Jahren hat die BM-Banda geplant, das Depot auszurauben. 1972 hatte sie es schon einmal versucht, waren aber gestört worden.“

Staatsanwaltschaft fordert Kampfgas-Dieben Straffreiheit zu

Lüneburg (dpa)
Wegen der besonderen Gefährlichkeit des, am Wochenende aus einem Depot der Bundeswehr in Munster (Landkreis Soltau) gestohlenen 53 Liter hochgiftigen Kampfstoffes aus dem Zweiten Weltkrieg hat die Lüneburger Staatsanwaltschaft den Tätern Straffreiheit zugesichert, falls diese den Aufbewahrungsort melden. Die Behörde begründete ihren Entschluß mit dem Vorrang des Schutzes der Bürger vor einer Strafverfolgung. Nach Kenntnis der Gefährlichkeit dieser Kampfstoffe britischer Herkunft, die in Munster zentral gesammelt und zur Vernichtung eingelagert waren, könnten die Täter nach Auffassung der Staatsanwaltschaft, und des zuständigen Gerichts versucht sein, sich des Diebesgutes zu entledigen und es irgendwo wild abzulagern. Die Staatsanwaltschaft betonte, die Ermittlungen würden sofort eingestellt, sobald die Behälter aufgefunden seien. Es genüge auch ein anonymes Anruf bei jeder Polizeidienststelle.

Obwohl der Oberstaatsanwalt die Version verflücht, daß man nach beiden Tätergruppen — Schrottdiebe und Terroristen — Ausschau halte, deuten die Umstände mehr in die Richtung von Extremisten, zumal aus der Aussage des damaligen Baader-Meinhof-Kronzeugen Ruhland hervorging, daß die Anarchisten den Truppenübungsplatz Munster als wichtiges Nachschubdepot für ihren Waffenbedarf betrachteten. Die Täter — es kann sich nur um eine mit einem Kraftfahrzeug ausgestattete Gruppe gehandelt haben — gingen äußerst raffiniert vor. Das Depot, mehrere Erdunker in einem Geviert von rund 100 Hektar, ist ringsum mit einem hohen Maschendrahtzaun umgeben und liegt nur 700 Meter abseits eines öffentlichen Weges. Die Täter schnitten mit Drahtschere in den Zaun eine „Tür“, die sie nach oben aufrollten, nach Verlassen des Geländes wieder herunterbogen und zusammenbanden, so daß von dem Einbruch kaum mehr etwas zu sehen war. 99 Flaschen lagerten, wie Reifenberg sagt, in dem Erdunker, der von Zeit zu Zeit gelüftet werden muß und daher nicht immer verschlossen ist, und zwar jeweils drei Flaschen in einer Blechkiste. Beim Abtransport verloren die Täter zwei Flaschen, und nur deshalb konnte der Diebstahl bereits am nächsten Tag entdeckt werden.

Einbruch im Giftlager

Kaum haben wir die Kritik amerikanischer Experten über die unzureichende Sicherung der in Europa lagernden US-Atomwaffen zur Kenntnis genommen, da wird in der Bundesrepublik ein potentiell ähnlich gefährliches Betätigungsfeld für politische und kriminelle Erpresser sichtbar. Seit dem „sehr gekonnten“ Einbruch in ein Bundeswehrdepot im Kreis Soltau sind nämlich 53 Liter Lost auf dem Markt, ein zwar altmodischer, aber nach wie vor tödlicher „Hautkampfstoff“. Es ist nicht auszudenken, was alles geschehen kann, wenn diese Giftmengen in falsche Hände geraten.

Ähnlich scheint auch die Staatsanwaltschaft Lüneburg zu argumentieren, da sie den Tätern Straffreiheit zusichert, wenn jene nur das schreckliche Gift wieder sicherstellen helfen. Dieses Entgegenkommen könnte sich freilich als unrealistisch herausstellen, denn wer klaut schon gleichsam aus Versehen über fünfzig Liter Lost. Die Bundeswehr muß sich nun aber nicht nur die übliche Frage stellen lassen, wie denn so

etwas passieren konnte. Sie wird auch plausibel machen müssen, warum noch immer solche Mengen von Weltkrieg-II-Kampfstoffen (noch dazu aus britischen Beständen) in der Bundesrepublik lagern und warum man sie nicht beseitigte, obwohl sie ja eigens zur Vernichtung eingelagert wurden. Oder handelt es sich bei diesen Beständen eben letztlich doch um Potentiale zur eigenen Kriegführung mit chemischen Waffen? Ihre Existenz wurde bisher offiziell zwar nicht geleugnet, aber man betonte immer, daß es sich nur um kleine Mengen handle, die man für rein defensive Zwecke (zum Über von C-Abwehr) brauche.

Der Lost-Diebstahl von Soltau mit seiner möglichen Gefährdung der Zivilbevölkerung demonstriert einmal mehr den Widersinn der C-Waffen (entsprechendes gilt für biologische Kampfstoffe) und unterstreicht die Notwendigkeit ihrer internationalen Ächtung. So lange die Giftlager aber noch bestehen, müssen sie wenigstens ausreichend gesichert sein.

14. Sept. 1975
Print. in Hamburg
*
22. Jahr
Nr. 37
1,20 DM
C 1775 G

13797

8.10.75
**Drei Kilo Sprengstoff im
Schließfach entdeckt**

NÜRNBERG (dpa). Ein Paket mit etwa dreieinhalb Kilogramm Sprengstoff und einem Zündmechanismus ist am Montagabend in einem Schließfach des Nürnberger Hauptbahnhofs entdeckt worden. Am Nachmittag hatte eine „RAF Kampfgruppe Süd“ in einem Schreiben an das Nürnberger Polizeipräsidium „Ueberraschungen für Bullen im Hauptbahnhof“ angekündigt. Einer von den zwei Schlüsseln, die dem Brief beilagen, paßte zu dem Schließfach mit dem rotverpackten Sprengstoffpaket. „Alles für den Volkskrieg. Alles gegen den Volksfeind. Freiheit für die politischen Gefangenen der BRD. Ueberraschungen für die Bullen im Hauptbahnhof. RAF Kampfgruppe Süd“, lautete das Schreiben. Sprengstoffexperten hörten das Paket noch im Schließfach ab und röntgten es. Das Paket wurde in einem Spezialfahrzeug zum Truppenübungsplatz Tennenlohe bei Erlangen gebracht und gesprengt. Vor acht Tagen hatte ein anonymes Anrufer auf ein verdächtiges Paket in einem Schließfach aufmerksam gemacht. Es war ein rotverpackter Stein.

3459 / 241
Blamage für St. Pauli: Nur 1:1
BERICHTE IM SPORTEIL
LOTTOZAHLEN LETZTE SEITE



Zwei Feuerwehrleute mußten diese Frau vom Explosionsort führen

Terror-



Terrorist Ralf Reinders

Anschlag

im Hamburger

Hauptbahnhof

Täter: Rote Armee Fraktion – Warnung kam viel zu spät! 11 Verletzte – Weitere Bombendrohungen

Bericht Seiten 2–3 und letzte Seite

im Telefon: „Kommando Ralf Reinders“ 14. Sept

WELT AM SONNTAG

Anschlag in Hamburg Bombe explodierte in Hauptbahnhofs-Halle

P.B./sc Hamburg, 13. September

Vier Tage nach der Festnahme des Terroristen Ralf Reinders ist am Samstag auf dem Hamburger Hauptbahnhof in einem Schließfach auf dem Wandelgang eine Bombe explodiert. Elf Menschen, Männer und Frauen wurden leicht verletzt ins St.-Georg-Krankenhaus gebracht. Genau um 16.28 Uhr hatte sich ein anonymer Anrufer bei der Zentrale der Feuerwehr am Berliner Tor telefonisch gemeldet: „Hier ist das Kommando Ralf Reinders der Roten Armee Fraktion, auf einem Bahnhof geht eine Bombe los!“

Bombenanschlag auf Kölner Hauptbahnhof

DW. Köln

Auf dem Kölner Hauptbahnhof ist in der Nacht zum Mittwoch ein Bombenanschlag verübt worden. Nach Angaben der Polizei entstand schwerer Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Nach Angaben der Kölner Polizei war der Sprengsatz im Schließfach 1211 in der Querhalle des Kölner Hauptbahnhofs deponiert worden. Bei seiner Detonation um 1.41 Uhr war die Bahnhofshalle fast leer. Nur drei Bahnpolizisten hielten sich in der Nähe der Schließfächer auf.

Durch die Druckwelle der Explosion wurden etwa 100 Schließfächer aus den Verankerungen gerissen. Das dort untergebrachte Gepäck wurde erheblich beschädigt, Schalterscheiben gingen zu Bruch.

Die Polizei ließ durch einen Feuerwerker sämtliche übrigen Schließfächer überprüfen. Weitere Sprengladungen wurden aber nicht gefunden. Aus Sicherheitsgründen wurde der Zugverkehr — bis auf ein Gleis — vorübergehend umgeleitet. Kurz nach 5.30 Uhr wurde, nachdem die Bahnpolizei keine Schäden an tragenden Gebäudeteilen und an der Gleisanlage festgestellt hatte, der Zugverkehr und der Hauptbahnhof wieder freigegeben. Nur die beschädigte Halle blieb gesperrt.

Bereits Mitte September war in einem Gepäckschließfach des Hamburger Hauptbahnhofs eine Bombe explodiert. Dabei waren elf Personen verletzt worden. Eine linksgerichtete Gruppe hatte sich mit dem Attentat in einem Flugblatt gebrüht.

Anfang Oktober war im Nürnberger Hauptbahnhof ein in einem Schließfach deponierter Sprengsatz entdeckt worden. Dieser Sprengsatz war jedoch rechtzeitig gefunden worden und von einem Feuerwerker der Polizei entschärft worden.



Genau zwei Minuten später zündete der Sprengsatz. Die Explosion war im Umkreis von 500 Metern zu hören.

Besatzungen von 30 Peterwagen riegelten alle Zufahrtsstraßen zum Bahnhof ab. Um 16.40 Uhr meldete sich der Anrufer erneut bei der Feuerwehrzentrale. Seine Worte: „Es liegen noch zwei Bomben in Schließfächern, sie werden ebenfalls explodieren.“

Bei der Bundesbahnverwaltung trat ein Krisenstab zusammen. Ein Sprengstoffsachverständiger der Hamburger Kripo überprüfte die Schließfächernanlagen innerhalb des Bahnhofs. Von einer Öffnung aller rund 600 Schließfächer wurde jedoch abgesehen. Der Grund: Die Kripoüberwachung schien der Bundesbahn ausreichend.

Der Zugverkehr wurde nicht unterbrochen. Für die Fahrgäste gab es lediglich die Behinderung, daß sie nur einen Eingang des Hauptbahnhofs benutzen durften und unter Umständen mit Gepäck das Gebäude umlauten mußten.

Der schwedische Journalist Greger Sellberg von der Stockholmer Nachrichtenagentur „Tidningarnas Telegrambyrå (TT), der Augenzeuge der Explosion am Hauptbahnhof war: „Ich stand auf der Straße vor dem Bahnhof, als ich aus der Halle einen mächtigen Knall hörte. Obwohl ich vor dem Gebäude stand und etwa 100 Meter vom eigentlichen Explosionsherd entfernt war, spürte ich noch die Druckwelle. Aus beiden Ausgängen kamen Männer und

Frauen schreiend herausgestürzt. In Nähe der Explosionsstelle lagen mehrere Menschen verletzt auf dem Boden, zwischen Koffern, Mauerbrocken und Ziegeln.“

Unmittelbar nachdem der Sprengsatz gezündet hatte, fahndeten Hamburger Kriminalpolizisten in dem Restaurant „Lafayette“ nach zwei Mitgliedern der Baader/Meinhof-Bande. Ein Polizeisprecher: „Aber es war ein Schlag ins Wasser.“

Die Hamburger Kripo sucht eine etwa 50 bis 55 Jahre alte Dame mit brauner Schirmmütze und braunem Übergangsmantel, die zur Tatzeit in der Bahnhofshalle gestimmt hat. Die Frau könnte eine wichtige Zeugin sein, da sie möglicherweise Hinweise auf ihrem Filmmaterial besitzt.

Am Freitag hatte sich ein anonymer Anrufer, der sich als Mitglied der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) ausgab, bei einer Hamburger Geschäftsfrau gemeldet, die in den Bahnhöfen die sogenannten grünen Wunschschatullen (An- und Verkaufsanzeigen) besitzt. Seine Forderung: „Ich will 1000 Mark, sonst geht im Bahnhof eine Bombe los.“ Auch am Samstag meldete er sich wieder bei der Frau, verlangte aber inzwischen 3000 Mark.

Seit der Bombenexplosion im Hamburger Hauptbahnhof werden andere Bahnhöfe in der Bundesrepublik verschärft überwacht.

„Wir rechnen mit dem Schlimmsten“

Wams 14.9.75

Experten befürchten: Uns droht ein spektakuläres Ereignis!

Fortsetzung von Seite 2

Die Großfahndung der Hamburger Polizei nach den Bombenlegern im Hauptbahnhof konzentrierte sich gestern Abend auf die Person des Anrufers, der den Anschlag angekündigt hatte. Das zweite Programm des Norddeutschen Rundfunks und schließlich auch das Fernsehen sendeten die anonyme Stimme, die von der Feuerwehr mitgeschnitten worden war. Die Bevölkerung wurde zur Mitfahndung aufgefordert.

Hinweise gingen ein. Eine erste Spur betraf einen Personwagen, dessen Insassen sich verdächtig gemacht hatten. Die Polizei teilte jedoch mit, es gebe sich allerdings kein Zusammenhang mit dem Anschlag ergeben. Im Verlaufe des späten Abends gingen noch drei weitere Bombendrohungen ein.

Der Bombenterror im Hamburger Hauptbahnhof ist nicht der erste, der Passanten und Reisende verletzte:

Am 7. Dezember vorigen

Jahres wurden ein Mensch schwer und fünf andere leicht verletzt, als in einem Schließfach des Bremer Hauptbahnhofs eine Bombe explodierte.

Als Metallmantel für den Sprengkörper diente ein ein Kilogramm fassender Autofeuerlöscher. Den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes Wiesbaden (BKA) zufolge handelte es sich bei der Bombe um das gleiche Modell, wie es bei versuchten Anschlägen auf das Sheil-Hochhaus in Frankfurt und das Haus des Hamburger Richters Geert Ziegler verwendet worden war.

So war es in Bremen

Am 26. Februar dieses Jahres verhaftete die Polizei in Hamburg die Eheleute Rainer (36) und Inga Hochstein (28). Die Behörden verdächtigten das Paar, an den Anschlägen auf dem Bremer Hauptbahnhof, den Hamburger Justizsenator Ulrich Klug und einen Gefängnisarzt (beide Attentate

im Oktober 1974) beteiligt gewesen zu sein.

Unmittelbar nach dem Bremer Anschlag hatte der Innenminister der Hansestadt, Helmut Fröhlich, erklärt, die Täter seien „im Bereich Baader-Meinhof“ zu suchen.

Die Sicherheitsbehörden rechnen vor allem jetzt mit stärkerem Terror. Denn die RAF und auch die Bewegung 2. Juni sind durch die Festnahmen in der vergangenen Woche erheblich geschwächt und müssen mit neuen spektakulären Ereignissen wieder Unruhe stiften.

Zur Zeit arbeiten die Banden in Zweier- und Dreiergruppen, um an mehreren wichtigen Punkten Verwirrung auszulösen, um dann entscheidend loszuschlagen. „Wir rechnen mit dem Schlimmsten“, sagte gestern ein Fahndungsbeamter gegenüber BILD am SONNTAG.

Bekannt wurde jetzt auch eine Anweisung Baaders aus dem Knast. Wörtlich stand in dem Kassiber: „... sollt ihr gleichzeitig die Besetzung ir-

gendeiner Institution — mindestens 20 bis 30 Geiseln — vorbereiten...“ Beginnt nun der große Schlag in Hamburg? Die Polizei in Hamburg jedenfalls ist fest davon überzeugt, daß es sich beim ersten Anruf nicht um einen Psychopathen, sondern um einen Terroristen handelt. Nur ein professioneller Bombenleger könne die Explosion so genau voraussagen, sagen die Beamten.

Sie glauben allerdings nicht, daß der zweite Anrufer, der zwei weitere Explosionen im Hauptbahnhof ankündigte, etwas mit den Terroristen zu tun hat. Denn wie alle anderen auch, wurden diese Anrufe auf einem Tonbandgerät mitgeschnitten. Ein Vergleich der Stimmen hat gestern Abend ergeben, daß sie keineswegs identisch sind.

Trotzdem wurden die Polizeistreifen im Hamburger Hauptbahnhof verstärkt. Auch die Polizei in München setzte auf allen Bahnhöfen der bayrischen Großstädte zusätzliche Streifenbeamte ein, um weitere Attentate zu verhindern.

Die Warnung, die eine Phrase war

Um 16.25 Uhr hörte der Feuerwehrmann am Alarmtelefon die kalte Männerstimme: „Um 16.30 Uhr geht im Bahnhof eine Bombe hoch — Kommando Ralf Reinders — Rote Armee!“

Um 16.28 Uhr ging die Bombe hoch — im Hamburger Hauptbahnhof, in der prallvollen Wandelhalle, zwischen arbeitsmüden Männern, zwischen scherzenden Liebespaaren, zwischen

Frauen und Kindern: 11 Verletzte!

Eine Warnung, die nichts nützen konnte und niemand genutzt hat — wie gehabt! Eine Phrase, die die äußerste Brutalität gegen Unschuldige bewirken sollte — wie gehabt!

Bomben, die zur Ideologie geworden sind, Fanatismus jenseits aller Grenzen!

Was wollen die Bombenleger aus dem Untergrundschngal erreichen?

Chaos, Angst, Panik, die Zerrüttung des Staates.

Was werden sie erreichen?

Nichts!

Was bleibt?

Nackter Terror — gegen uns alle!

Sti

23.5.76 Hgl. N. + Hgl. 2tg.

POLI

Meinhof-Papiere offenbaren Differenzen mit den Mitgefangenen

stuttgart, 12. mai 76 (ddp).- zwischen der anarchistin ulrike meinhof und ihren mitgefangenen, vor allem gudrun ensslin, si haben nach ansicht der stuttgarter staatsanwaltschaft "meinungsver-schiedenheiten ideologischer, moeglicherweise auch persoenlicher art" bestanden. nach den worten eines sprechers der staatsanwaltschaft sind in der zelle ulrike meinhofs, die sich in der nacht zum sonntag in der haftanstalt in stammheim erhaengt hatte, papiere sichergestellt worden, die dafuer "anhaltspunkte ergeben". es seien jedoch keine aufzeichnungen gefunden worden, die "unmittelbare hinweise oder gar eine erklaerung der verstorbenen im zusammenhang mit ihrem ableben" enthalten haetten.

wie der sprecher weiter mitteilte, ist ein teil der papiere am mittwoch vom amtsrichter beschlagnahmt worden. es beduerfe ihrer "sorgfaeltigen schrifttechnischen und inhaltlichen auswertung". ausserdem wolle man versuchen, sie zeitlich einander zuzuordnen. erst nach abschluss dieser "zeitraubenden untersuchungen" koenne die aussagekraft dieser schriftstuecke, die teils mit der hand, teils mit der maschine geschrieben wurden und zahlreiche abkuerzungen enthalten, beurteilt werden. die weiteren untersuchungen einschliesslich der medizinischen seien noch im gange.

Timond Nachfolger von Thorpe

(ttw)

Stf. N. „Ich halte das nicht mehr aus“ 10.6.

Die schweren Spannungen mit Gudrun Ensslin treten offen zutage — Motiv für den Selbstmord?

STUTTGART (snd) — Die Aufzeichnungen, die bei dem Nachlaß Ulrike Meinhofs gefunden, aber von der Justiz bisher zurückgehalten wurden, lassen deutlich erkennen, daß zwischen ihr und den anderen in Stuttgart inhaftierten Bandenmitgliedern schwere Spannungen bestanden. Vor allem mit Gudrun Ensslin lag Ulrike Meinhof im Konflikt, da die Ensslin zusammen mit Andreas Baader offensichtlich die Führungsposition innerhalb der vier Angeklagten anstrebte, soweit das die Prozedurstrategie betraf. Ein Licht auf diese Spannungen wirft auch der rüde Jargon, in dem der Baader-Meinhof-Kern miteinander verkehrte, wobei aus den Aufzeichnungen allerdings nicht immer die jeweils strittigen Sachverhalte deutlich werden. Möglicherweise waren es diese Spannungen, die Ulrike Meinhof zum Selbstmord trieben.

In einer Aufzeichnung von Ulrike Meinhof heißt es wörtlich: „Das einzige, was mich schon ziemlich lange hindert vorzuschlagen, daß Jan (Raspe, d. Red.) statt G (Gudrun Ensslin, d. Red.) mein Zeug kontrolliert, ist Angst. Nur, die Struktur zwischen G und mir muß aufhören. Ich glaube nicht, daß sie sie besser aushält als ich. Ich blick da nicht durch, oder will da nicht durchblicken — es geht mich nichts an — aber ich halte es nicht aus.“

An anderer Stelle heißt es: „Es war ja anders, du sagtest ja nicht nur, warum hast du nicht geschrieben was Andreas gesagt hat? Als ich antwortete, sagst du, ich wollte Geld und ich wollte dich kippen (Randbemerkung Gudrun Ensslins: „Ich habe gesagt, du willst, daß ich kippe“). Es geht nicht. Entweder du würgst mir, wenn ich mal Luft kriege, was rein, was tage- und wochenlang wirkt oder — so kommt es mir vor — du erstickst. Das ist die Struktur, in der wir hier nach wie vor zappeln und in der ich dauernd am Rand bin, ihr

Provokateur zu sein, was ich bin, wenn ich ein Kretin ist ein Provokateur. Das ist objektiv. So geht es auch nicht um einen Vorwurf, eben nicht um Schuld, aber das alles schreit nach Lösung.“

Weiter steht in dieser Aufzeichnung: „Das ist nicht mystisch, wenn ich sage, ich halte das nicht mehr aus. Was ich nicht aushalte, ist, daß ich mich nicht wehren kann. Also es laufen einfach 'n Haufen Sachen durch, ich sage nichts, aber ich knalle an die Decke, über ihre Gemeinheit und Hinterhältigkeit. G. weiß, daß ich nichts sage, wenn sie lügt (handschriftliche Bemerkung Gudrun Ensslins: „Wo, wann?“). Es bleibt auch dabei — aber — ich halte es nicht aus. Soll ich je zu mir kommen, wenn ich gleichzeitig gezwungen bin, mit dem Schweinebild, das sie von mir im Kopf hat, zu koexistieren?“

Zu dieser Aufzeichnung machte Gudrun Ensslin folgende handschriftliche Randbemerkung: „Projektion Paranoiaschwein“. Unter den Text schrieb Gudrun Ensslin: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er auch die Wahrheit spricht — das ist was du meinst — aber für die Wahrheit ist nicht zu kämpfen.“

In einer anderen Niederschrift sagt Ulrike Meinhof zu Gudrun Ensslin: „Ich weiß nicht, warum du das machst. Dich auf Fehler von mir stürzen und davon immer wieder anfangen. (Randbemerkung Gudrun Ensslins: „Wo und wann mache ich das — seit Wochen?“). Ulrike Meinhof fährt fort: „So kommen wir nie zusammen, weil es nicht darum geht, den anderen als Kämpfer anzuerkennen, sondern darum, zusammen zu kämpfen, eben nicht um 'nen Status, sondern darum, daß die Sachen gemacht werden.“

In dem Nachlaß der Meinhof befinden sich auch Aufzeichnungen Gudrun Ensslins und Jan-Carl Raspes, die zum Teil handschriftlich sind. In einer Niederschrift Gudrun Ensslins heißt es: „... ohne das Abgetippte Ulr. gezeigt zu haben, gebe ich es raus und sage hinterher zu Ulr., daß ich es abgetippt und was weggelassen habe und warum. Der Punkt: Wozu/warum mache ich das? Völlig funktionlos, denn der Zug war nicht nur abgefahren, sondern ich wußte auch, daß ich's richtig gemacht hatte. So war der Zweck meines Erzählens: U. zu quälen, indem ich ihr Quälerei zurückgebe — „Auge um Auge.“

Meinhof-Aufzeichnungen?

dpa, Stuttgart

Berichte über angeblich von den Justizbehörden in Baden-Württemberg zurückgehaltene handschriftliche Aufzeichnungen von Ulrike Meinhof sind am Mittwoch von der Staatsanwaltschaft Stuttgart „mit Erlaubnis“ zur Kenntnis genommen worden. Ein Sprecher kündigte eine Stellungnahme „auch zu diesem Punkt“ nach Abschluß der Ermittlungen über den Tod der Anarchistin an. Das könne „möglicherweise noch in dieser Woche“ sein. In den Berichten war von Dokumenten die Rede, aus denen Auseinandersetzungen zwischen Ulrike Meinhof und den mitgefangenen Gudrun Ensslin und Andreas Baader hervorgehen sollten.

Delt, 10.6.

9.1.1976

13802

-- terrorists may be aiming for own atom bomb --

by robert musel (1976)

London, (Jan. 9 (UPI)) -- the man described to a U.S. senate committee as one of the foremost western experts on political crimes says that terrorism has by no means reached its peak.

+one of these days,+ said brian crozier, director of the institute for the study of conflict, someone is going to make a home-made atom bomb. there are already thefts of fissile nuclear material. no doubt about it. +

crozier appeared at a hearing of the senate judiciary committee on internal security some months ago and since then has been tapping his formidable sources for clues to the direction terrorism may take as it seeks ever more sensational targets.

+opec shows that nothing is really impossible,+ he said, referring to the kidnaping of arab and other oil ministers in Austria.

+targets which are spectacular but at the same time soft are easily available. some high-risk targets require technical expertise and the kind of inside knowledge that few terrorist groups appear to possess but this could be supplied by foreign backers, Russia, for example. +

more

UPI 01-09 01:13 aes nnnn

1st add terror London xxx example. +

or, he said, some of it could be supplied by a relative newcomer on the scene -- the free-lance mercenary who offers his services to political terrorists although he himself is not politically motivated. this could add an even more dangerous dimension of expertise to some groups whose exploits have been somewhat amateur. even when violent and successful.

even before the opec coup, the terrorist underground, crozier said in an interview, was discussing the possibility of attacking nuclear power stations, or stealing nuclear or chemical and biological warfare materials. they were exploring the possibility of poisoning the water supply of a major city= hijacking large passenger liners or oil tankers= sabotaging communications centers= destroying railway centers, oil refineries or offshore rigs. (...)

a RAND corporation study introduced at the senate hearing showed that a kidnaping team had a 79 per cent chance of escaping punishment and death and a 100 per cent probability of major publicity -- usually one of the goals of the exercise.

UPI 01-09 01:24 aes nnnn

Welt 20.5.76, S. 1

Planen Terroristen Anschläge auf deutsche Atomkraftwerke?

Die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik sind vor einem Anschlag einer internationalen terroristischen Gruppe auf ein deutsches Atomkraftwerk gewarnt worden. Unter strenger Geheimhaltung wurden zu Beginn dieser Woche die Kontrollen in den Kernkraftwerken verstärkt. Die angeblich aus dem

Ausland gesteuerte Aktion soll möglicherweise der Befreiung der Mitangeklagten Ulrike Meinhofs, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe dienen. In Bonn tagte gestern die Reaktor-Sicherheitskommission. Ihr gehören die führenden Atom-sicherheitsbeauftragten der Bundesrepublik an.

W. KAHL/D. G., Bonn

Die Wachen in den Atomkraftwerken und kernphysikalischen Forschungslabors erhielten zu Beginn der Woche Weisung, scharfe Ausweiskontrollen vorzunehmen und die ein- und ausgehenden Transporte genauestens zu kontrollieren. Bei Stichproben hatten Sicherheitsbeamte unlängst festgestellt, dass es Fremden möglich ist, ohne Schwierigkeiten das Gelände zu betreten und in die Büros zu gelangen.

Ein Sprecher der Sicherheitsbehörden erklärte, die Polizei rechne seit längerem mit einem „Befreiungsschlag“ der noch im Untergrund operierenden B/M-Spitzenleute für die in Stuttgart-Stammheim inhaftierten Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe, die in Düsseldorf angeklagten überlebenden vier Stockholmer Geiseltäter und die in Berlin gefaßten Entführer des CDU-Politikers Peter Lorenz. Konkrete Anhaltspunkte für Zeitpunkt und Art des Gewaltaktes hätte die Polizei bisher nicht.

Nach dem Scheitern des vorerst letzten Befreiungsversuches von Terrori-

sten, der Geiselnahme in Stockholm am 24. April 1975, gingen die Sicherheitsbehörden davon aus, daß sich die Akteure eines neuen Unternehmens des Risikos bewußt seien und „ganz oben“ ansetzen würden. Die Atomkraftwerke gehörten zu den möglicherweise ins Visier genommenen Angriffspunkten. Nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs hätte sich die Stimmung in der Anarcho-Szenerie verstärkt, unverzüglich die „Genossen im Knast“ zu befreien, „ehe der nächste ermordet wird“.

Nach Meinung technischer Experten haben Terroristen keine Chance, eine Reaktorkatastrophe auszulösen. Die Bauausführung biete hinreichend Schutz gegen Sabotageakte. Wie Wolfgang Hawickhorst vom Laboratorium für Reaktorregelung und Anlagensicherung in München-Garching der WELT auf Anfrage mitteilte, gibt es nur zwei Wege, auf denen Saboteure an die gefährlichen Spaltprodukte im Reaktorkern gelangen könnten:

1. durch Sprengladungen von außen,
2. durch Unterbindung der Energieabfuhr aus dem Kern, was den Kern schmelzen lassen und den schlimmsten

anzunehmenden Unfall auslösen würde. Beide Wege sind nach Hawickhorst für einzelne Terroristen ungangbar.

Der Reaktorkern ist durch eine Umhüllung von „Zwiebelschalen“ geschützt, die praktisch nur durch Kanonen, panzerbrechende Waffen oder Atombomben zu „knacken“ sei. Die äußerste Schicht, das eigentliche Gebäude, besteht aus ein bis zwei Meter starken Stahlbetonwänden. Dann folgt die Stahlsicherheitskugel mit einer drei Zentimeter starken Schale. In diese Kugel eingekapselt ist das Primärsystem. Der eigentliche Reaktordruckbehälter versteckt sich hinter weiteren dicken Betonwänden und -abschottungen, dem sogenannten „Thermischen Schild“. Dieser Behälter birgt den Reaktorkern mit den Spaltprodukten.

Nach Hawickhorst ist die prinzipielle Gefährdung von Reaktoranlagen durch Sabotageanschläge in der Bundesrepublik als Problem erkannt. Gestern tagte in Bonn die Reaktorsicherheitskommission der Bundesrepublik. Ihr gehören alle führenden Atom- und Sicherheitsexperten der Bundesrepublik an.

20.5.76 Welt

Passivseite in der Godesberger TE-Buchhaltung sind Prominente (Lang, Proll) wie beinahe Namenlose (Kornelia Ebbefeld, Vera Berzel) aus der westdeutschen Stadtguerilla, die mitunter schon seit drei Jahren im Untergrund leben.

Manche machen nahezu regelmäßig von sich reden, so

- ▷ Angela Luther, 35 und mit Vorrang gesucht, die nach Augenzeugen-Urteil Anfang September am Steuer eines grünen VW-Käfers vor der deutschen Botschaft in Oslo mit norwegischen Polizisten flirtete,
- ▷ Siegfried Haag, 30, untergetauchter Baader-Anwalt, der nach Geheimdienstberichten mal in Skandinavien, mal in Südfrankreich Spuren hinterließ,
- ▷ Andreas Vogel, 19, Mitglied des Reinders-Kommandos und nach Einschätzung der Polizei mit dem jüngsten Sprengstoff-Anschlag (11 Verletzte) im Hamburger Hauptbahnhof in Verbindung oder

Anwalt Lang, zuletzt in Holland gesichtet, der beim Rotwein bisweilen Kerniges sagt: „Nukleares Material in den Bodensee — das sind die Terror-Anschläge der Zukunft.“

Verbindung zu „Roten Armeen“ und „Roten Brigaden“.

Manche sind verschollen — möglicherweise tot und verscharrt wie Ingeborg Barz (SPIEGEL 32/1975), sind „in einem fernen Land“ (ein Eingeweihter) wie der Berliner Michael Baumann, oder sie leben „unter neuem Namen in einer neuen Legalität“ (RAF-Devise), wie es Fahnder den einstigen Mitgliedern des Heidelberger „Sozialistischen Patienten-Kollektivs“ (SPK) Ewald Goerlich und Susanne Herminghaus oder der Kölner Studentin Rosemarie Keser zutrauen.

Manche ortete „Bild“ in einem Steinbruch im Südjemen: die bei dem Lorenz-Coup befreiten Häftlinge Rolf Heißler, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Rolf Pohle, Verena Becker und Ingrid Siepmann. Doch amtliche Tokioter Quellen verweisen auf ein Ausbildungslager der militanten japanischen „Roten Armee“ im unwegsamen jemenitischen Hinterland.

Westdeutschlands Anarcho-Szene, lange im Halbdunkel, hellt sich für die Fahnder nach der Verhaftung von Reinders und Teufel mehr und mehr auf. Zahlreiche sichergestellte Beweismstücke bieten in der Sicht der Kriminaler Ansatzpunkte für neue, erfolgversprechende Fahndungsmaßnahmen. Eine Reihe von Hauptakteuren freilich sitzt nach wie vor „im Loch“ (RAF-Befehl) und wartet ab.

In der Vergangenheit fingen regionale Fahndungskommandos in den Län-

zeitpunkt: kurz vor der aussage von margit schiller in stammheim, die beweist, dass müller schmidt erschossen hat

Das Verbrechen galt vermutlich dem Pflichtverteidiger der Anarchistin Margrit Schiller

Sechs Menschen bei schwerem Brandanschlag auf Anwaltsbüro in den Colonnaden verletzt

19.6.76 Welt

Klaus Jürgen Langner, der gestern mittig bei einem Brandanschlag verletzter Pflichtverteidiger der Anarchistin Margrit Schiller, stand unter Polizeischutz. Das erfuhre die WELT gestern von der Staatsschutzabteilung der Hamburger Kriminalpolizei (K 4). Ein Beamter: "Wir haben Langners Wohnung bewacht, das Büro aber nicht."

Daß es zu dem Anschlag kommen konnte, wird von der Polizei jetzt nicht als Panne gewertet. Denn den Entschluß, nur die Wohnung zu schützen, hatte die Polizei nach Absprache mit dem Rechtsanwalt getroffen. Ein K-4-Angelöbter gestern: "Ein Polizist vor dem Büroeingang ist tödlich für einen Rechtsanwalt. Zu dessen Klientel gehören schließlich auch Ganoven."

Die Polizei hatte Langner schützen lassen, nachdem der Rechtsanwalt zweimal bedroht worden war. Am 2. Juni, drei Tage nach dem fehlgeschlagenen Bombenattentat auf den Hamburger

Richter Dr. Werner Schmidt, war Langner von einem anonymen Anrufer gewarnt worden: "Paß auf! Du legst das Mandat nieder. Denke an Dr. Schmidt. Einen von euch trifft es!" Am vergangenen Mittwoch drohte wiederum ein anonymes Anrufen, in Langners Büro könne jeden Moment eine Bombe hochgehen. Der Anwalt rief die Polizei, mehrere Beamte durchsuchten das Büro nach verdächtigen Gegenständen. Gefunden wurde nichts.

Und so spielte sich gestern der Anschlag ab:

Um 12.45 Uhr müssen die unbekanntenen Täter den fünfgeschossigen Altbau an den Colonnaden 49 betreten haben. Sie steigen in den zweiten Stock, betreten den unverschlossenen Vorflur zu Langners Büro und zünden den Brandsatz. Eine Minute später erhält die Polizeizentrale den Notruf: "Feuer in den Colonnaden. Menschenleben in Gefahr!"

Als Polizei und Feuerwehr am Brandort eintrafen, stichen Langner und ein Mitarbeiter auf der Brüstung vor den geöffneten Bürofenstern. "Hilfe, wir verbrennen", rufen sie auf die Straße. Aus den Fenstern dringt dichter Qualm ins Freie.

Minuten später sind alle Menschen über Drehleitern aus den Büroräumen befreit — fünf Personen, darunter die Anwältin Langner und Heino Heiden, haben Rauchvergiftungen erlitten und kommen ins Krankenhaus St. Georg; fähliche Verbrennungen in einem Krankenwagen weggeführt.

Erst vor wenigen Wochen hatte sich Klaus Jürgen Langner gegenüber der WELT über die "schizoide Situation" eines Anarchisten-Pflichtverteidigers geäußert. Er nannte zwei Beispiele für die "Zusammenarbeit" mit seiner Mandantin Margrit Schiller:

Als Langner vor Gericht eine Erklärung abgeben wollte, gab Margrit Schiller auf ihn zu, schaltete kurzzeitig sein Mikrofon ab und rief: "Ich habe keinen Verteidiger."

Ein anderes Mal legte Langner seiner Mandantin schweigend einen Schriftsatz auf den Tisch — einen Schriftsatz den Langner in Margrit Schillers Interesse verfaßt hatte. Doch die Angeklagte drückte einfach ihre Zigarette auf dem Papier aus.

Kurz vor Weihnachten war Langner von der Staatsschutzkammer des Hamburger Landgerichts befragt worden, ob er die Pflichtverteidigung von Margrit Schiller übernehmen würde. Langner nahm damals an, weil er sich einem sozialen Zwang unterworfen fühlte. Außerdem gab er als Grund an: "In einem Mannuprozess dieser Art erfährt man eine Schulung an sich selbst."

r w/k v b/b b/d/p



Wütend wirft sie den Kopf: Margrit Schiller auf dem Weg ins Gericht



Völlig erschöpft liegt Anwalt Langner auf einer Feuerwehr-Trage. Bei dem Feuer hat er sich eine Rauchvergiftung und eine Handverletzung zugezogen



Engagiert: Klaus Jürgen Langner am 9. März bei einem WELT-Interview

London warnt vor den Terroristen mit der Atombombe

Der Bau von sogenannten „schnellen Brütern“ kann die Gefahr eines Atombomben-Attentats durch Terroristen erhöhen. Diese Warnung hat eine britische königliche Untersuchungskommission geäußert, der führende Atomwissenschaftler angehören. Anlaß ihrer Sorge ist der Bau einer neuen Generation von kommerziellen Atom-Kraftwerken, den sogenannten „schnellen Brütern“ mit einer Leistung von 1200 Megawatt.

FRITZ WIRTH, London

Die Kommission plädiert dafür, das Sicherheitsrisiko und die Umweltprobleme genauer zu studieren, bevor das Projekt in Angriff genommen wird. Diese Bedenken haben eine erhebliche Kontroverse mit der britischen Atomenergiebehörde ausgelöst. Sir John Hill, der Präsident der Behörde, erklärte: „Wir müssen an diesem Reaktorprogramm weiterarbeiten und versuchen, die Bedenken der Untersuchungskommission aus der Welt zu schaffen. Wenn wir diese schnellen Brüter nicht bauen, kann es in 25 Jahren eine schwere Energielücke in Großbritannien geben.“

Die Untersuchungskommission begründet ihre Bedenken damit, daß „schnelle Brüter“ beträchtliche Mengen Plutonium produzieren. Das würde dazu führen, daß beispielsweise in 15 bis 20 Jahren erhebliche Mengen an Plutonium im Umlauf seien. Das aber wäre ein ungeheures Sicherheitsproblem.

Einer bis zum letzten entschlossenen Gruppe von Terroristen könnte es nämlich gelingen, in Besitz von Plutonium zu kommen und damit eine zwar technisch imperfekte, aber dennoch hinreichend wirksame Bombe zu produzieren, mit der beträchtliche politische und kriminelle Erpressungen möglich wären.

Die Untersuchungskommission bezweifelt, daß die Regierung hinreichende Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung derartiger Risiken getroffen habe. Sir Brian Flowers, der Vorsitzende der Untersuchungskommission und einst Nachfolger des Atomspions Klaus Fuchs als Chef der Abteilung für theoretische Physik an der Atomenergie-Forschungszentrale in Harwell, warf der Regierung in dieser Hinsicht Nachlässigkeit vor. „Es war bisher Regierungspolitik, derartige Fragen herunterzuspielen oder zu unterdrücken. Es mag zuweilen richtig sein, gewisse kurzfristige Risiken der Öffentlichkeit zu verbergen. Über langfristige Risiken, mit denen Generationen von Menschen zu tun haben werden, sollte die Öffentlichkeit jedoch so umfangreich wie möglich informiert werden.“

Die Entscheidung der Regierung über den Bau eines „schnellen Brüters“ in Großbritannien ist durch die Warnungen der königlichen Untersuchungskommission zunächst einmal verschoben worden. In Regierungskreisen rechnet man mit einer endgültigen Entscheidung im Frühjahr nächsten Jahres.

FAZ 18.2.77

„Wir werden die Pflichtverteidiger liquidieren“

Erkenntnisse über die Brandanschläge auf den Entebbe-Film / Neuer Terrorakt in Düsseldorf

L. B. DÜSSELDORF, 17. Februar. Die Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf hat am Donnerstag zum ersten Mal Ergebnisse ihrer Ermittlungen wegen der Brandanschläge auf zwei Kinos in Aachen und Düsseldorf bekanntgegeben. Die Anfang Januar gegen den amerikanischen Spielfilm „Unternehmen Entebbe“ unternommen worden waren. Die Strafverfolgungsbehörde glaubt nunmehr sicher zu sein, daß die seinerzeit verhafteten Täter einer „revolutionären Zelle“ angehören, die weitere Gewaltakte plante. Beiden Tätern wird wegen der bei ihnen sichergestellten Waffen und Munition eine hohe Gefährlichkeit zugeschrieben. Unter diesen ist es in Düsseldorf zu einem Brandanschlag auf das Auto eines Pflichtverteidigers im sogenannten Stockholm-Prozeß gekommen, für den ebenfalls eine „revolutionäre Zelle“ die Täterschaft beansprucht, die sich als „Kommando Siegfried Hausner“ bezeichnet.

Bei den Kino-Brandstiftern, die seit dem 6. Januar in Untersuchungshaft sind, handelt es sich um den Kölner Soziologen Enno B. und den Dortmunder Hauptschullehrer Gerhard A. Sie sind 26 und 27 Jahre alt und waren vor ihrer Festnahme arbeitslos. Nach Darstellung des leitenden Oberstaatsanwalts Kraft sind sie Mitglieder einer „revolutionären Zelle“, was die Vermutung zuläßt, daß sie mit weiteren Anarchisten zusammengearbeitet haben. Die deutsche Gruppe, der die beiden genannten Untersuchungshäftlinge angehören, hatte sich seinerzeit in den üblichen, an Agenturen und Zeitungsredaktionen versandten Bekennerbriefen als „Kämpfer für ein freies Palästina“ bezeichnet. Die Sprengbrandsätze, die im Januar in den Kinos gelegt worden waren, hatten Zündvorrichtungen mit einem 60-Minuten-Uhrwerk. Wegen technischen Versagens zündeten sie jedoch nicht.

Wegen der bei diesen Tätern gefundenen Materialien und nach der Auswertung weiterer Spuren behauptet die Staatsanwaltschaft, daß beide einen schon bis ins Detail ausgearbeiteten

Plan für eine Geiselnahme mit Banküberfall im Raum Bochum hatten. Dabei sollte ein Bankdirektor aus seiner Wohnung entführt werden, um so die Herausgabe des Bargeldes der Bank zu erpressen. Der Kölner Soziologe besaß einen großkalibrigen Colt mit besonders schwere Verletzungen hervorrufernder Hohlspitzmunition, zu der ein Schnellladegerät gehörte. Er besaß ferner gefälschte Ausweispapiere, die zum Teil aus einem Einbruch im Juli 1976 in die Stadtverwaltung Jöllenbeck bei Bielefeld stammen. Damals waren dort etwa 500 Ausweise entwendet worden. Bei diesem Täter wurden auch Waffenbesitzkarten gefunden, die bei einem Einbruch in das Landratsamt von Hепенheim an der Bergstraße erbeutet wurden.

Inzwischen sind bei Düsseldorfer Zei-

tungsredaktionen neue Bekennerbriefe eingegangen, in denen ein „Kommando Siegfried Hausner“ sich den in der Nacht zum Mittwoch verübten Brandanschlag auf einen Wagen der Familie des Rechtsanwalts Heinz Peters zuschreibt. Peters ist Pflichtverteidiger des angeklagten Karl-Heinz Dellwo, der sich mit den Terroristen Krabbe, Tauffer und Roessner wegen des Anschlags auf die deutsche Botschaft in Stockholm vom April 1975 seit vielen Monaten vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zu verantworten hat. Der Wagen, der auf einen Sohn des Anwalts zugelassen war und von dem Verteidiger nur gelegentlich benutzt wurde, brannte aus. Die noch unbekanntenen Attentäter hatten mit einem Hammer ein Seitenfenster eingeschlagen, Benzin in das Auto geschüttet und es dann mit einer Zündfackel — einer mit einem Lappen umwickelten Holzlatte — in Brand gesteckt.

Die Bezeichnung „Kommando Siegfried Hausner“ weist auf den Anführer der Stockholmer Terroristengruppe hin, die sich ihrerseits als „Kommando Holger Meins“ bezeichnet. Hausner war bei den Explosionen in Stockholm schwer verletzt worden und nach seiner Abschiebung wenig später in Deutschland gestorben. In den Bekennerbriefen heißt es jetzt, wenn die vier im Düsseldorfer Stockholm-Prozeß tätigen Pflichtverteidiger Peters, Herdegen, Paashaus und Münstermann „nicht sofort ihre Bullenfunktion beenden, werden wir sie liquidieren — während der Prozeß läuft oder später — den Zeitpunkt bestimmen wir“. Die Pflichtverteidiger, heißt es weiter, verrichteten in diesem Prozeß die „Arbeit des Staatsschutzes“. Dies ist eine Argumentation, die auch der Wahlverteidiger Klaus Croissant aus Stuttgart in diesem Verfahren wiederholt gegen das Gericht, die Ankläger und die Pflichtverteidiger vorgetragen hat. Die Anwälte haben seit Mittwoch Personenschutz erhalten, der für die Richter schon seit Prozeßbeginn im Mai vergangenen Jahres verfügt worden war.

Gespräche zwischen Verteidigern und Baader-Meinhof-Häftlingen abgehört

Stammheimer Prozeß ausgesetzt – Die Minister Schiess und Bender übernehmen die Verantwortung

Von unserem Redaktionsmitglied

Stuttg. STUTTGART. Die beiden baden-württembergischen Minister Traugott Bender (Justiz) und Karl Schiess (Inneres) haben am Donnerstag Berichte bestätigt, wonach in der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Gespräche zwischen Mitgliedern der Baader-Meinhof-Bande und deren Anwälten abgehört worden seien. Die beiden Minister rechtfertigten diese, wie sie betonten, „rein polizeirechtliche Maßnahme“ mit dem Hinweis auf den Paragraphen 34 des Strafgesetzbuches, der den sogenannten „rechtferti-

genden Notstand“ regelt. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Abhöraktion wurde der Stuttgarter Baader-Meinhof-Prozeß unterbrochen und auf Dienstag kommender Woche vertagt. Das Gericht gab damit einem Antrag aller Verteidiger im BM-Prozeß statt. Die Berichte aus Stuttgart waren am Abend auch Gegenstand eines überraschenden Gesprächs zwischen Bundeskanzler Schmidt, Innenminister Maihofer, Justizminister Vogel und den Fraktionsvorsitzenden Wehner und Mischnick.

Nähere Auskünfte darüber, wie viele Personen abgehört worden sind und welche Dienststellen an der Aktion beteiligt waren, lehnten die Minister Schiess und Bender ab. Über die Aktion sei weder das Bundesinnenministerium noch die Bundesanwaltschaft informiert worden. Anlaß für die Entscheidung, Gespräche zwischen den führenden Köpfen der Baader-Meinhof-Bande und deren Anwälten abzuhören, sei die „letztlich auf andere Weise nicht abzu-

wendende Gefahr“ gewesen, daß zur Befreiung der Häftlinge „durch Geiselnahme oder Terroranschläge“ das Leben unschuldiger Bürger „konkret“ gefährdet gewesen sei. Man habe beispielsweise gewußt, daß Andreas Baader in einem Zirkular an die Terroristenszene schon Ende 1973 „fünf konkrete Pläne zu seiner Befreiung sowie zu Geiselnahmen“ entwickelt habe.

Im März 1975 hätten Justizminister Bender und Innenminister Schiess festgelegt, daß erst nach persönlicher Zustimmung beider Minister abgehört werden dürfe. Weiter habe man vereinbart, daß Erkenntnisse aus einer solchen Abhörung den Instanzen, die mit dem Baader-Meinhof-Prozeß befaßt sind, nicht zugänglich gemacht werden dürften. Aufzeichnungen, aus denen keine Erkenntnisse über schwerste Verbrechen (Mord, Geiselnahme) hervorgingen, sollten sofort vernichtet werden.

In der Folgezeit haben die Minister nach ihren eigenen Angaben zweimal einer Abhöraktion zugestimmt. Zum ersten Mal wurde am Tage nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm vom 24.

April 1975 abgehört. Dabei habe man nach fünf Tagen Hinweise auf einen Kinderspielplatz und eine möglicherweise dort geplante Geiselnahme erlangt. Diese erste Aktion dauerte nach Angaben von Innenminister Schiess zehn Tage.

Die zweite Aktion fand im November 1976 nach der Festnahme von Rechtsanwalt Siegfried Haag und von Roland Mayer statt und dauerte zwölf Tage. Auch in diesem Fall habe man eine nahe bevorstehende Geiselnahme befürchten müssen. Aus den bei der Festnahme von Haag und Mayer sichergestellten Unterlagen sei hervorgegangen, daß die Festgenommenen Teil einer organisierten Terrorbande gewesen seien, „deren konkretes Nahziel die Befreiung inhaftierter Gewalttäter, auch in Stuttgart-Stammheim“, gewesen sei. Bei der am gleichen Tag erfolgten Festnahme von Elisabeth von Dyck seien überdies Fotografien aus der siebten Etage der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, wo die Baader-Meinhof-Häftlinge untergebracht sind, gefunden worden. (Fortsetzung auf Seite 2.)

Die hartnäckigen Fragen von Journalisten, wieviele Personen abgehört worden seien, wie die beiden Aktionen abgelaufen seien, ob eventuell angebrachte Mikrofone noch installiert seien, von wem die Aktionen initiiert worden seien und welche Behörden beteiligt gewesen seien, wurden von den beiden Ministern unter Hinweis auf Sicherheits-Erwägungen nicht beantwortet. Die beiden Minister betonten, daß sie auf Grund des Paragraphen 34 die volle Verantwortung für die Aktionen übernehmen. Die abgehörten Personen seien auch nach den Aktionen nicht informiert worden. Auch auf die Frage, ob die Abhöraktionen konkrete Hinweise erbracht hätten, wurde von den beiden Ministern — abgesehen vom Hinweis auf den Kinderspielplatz — nicht beantwortet. „Wenn wir strafrechtlich verwertbare Hinweise erhalten hätten, wäre ein Verfahren eröffnet worden“, sagte Innenminister Schiess dazu. Dies sei bisher nicht geschehen. Man dürfe aus dieser Antwort allerdings nicht schließen, sagte der Minister auf Fragen, daß es überhaupt keine strafrechtlich verwertbaren Erkenntnisse gegeben hat.“

Weitere Abhöraktionen habe es — soweit wir das nach unserem Wissensstand garantieren können — in Baden-Württemberg nicht gegeben. Eine Genehmigung der Aktionen durch einen Richter oder einen Staatsanwalt sei nicht notwendig gewesen, da es sich um „eine polizeiliche Maßnahme“ gehandelt habe. „Die im Paragraphen 201 des Strafgesetzbuches garantierte Vertraulichkeit des nichtöffentlich gesprochenen Wortes hat einen hohen Rang“, versicherte Justizminister Bender. „Noch höheren Rang hat aber der Schutz des Lebens unschuldiger Bürger. Ihm mußte bei der erforderlichen Güterabwegung der Vorrang zukommen.“

Mit der Pressekonferenz der beiden Landesminister wurde ein schon lange schwelender Verdacht bestätigt, der unter anderem durch Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Herbert Wehner, genährt worden war. Wehner hatte in Interviews zitiert, der Abhörfall Traube sei einmalig, und es gebe in keiner Wohnung und in keiner Strafanstalt eine „Wanze“.

Telefongespräch mit dem Vorstand der Justizvollzugsanstalt
Stammheim am Donnerstag, den 24.4.1975 zwischen 19 und 20 Uhr

Nach Rückkehr von einer Strafverteidigung ins Büro habe ich
um 13,30 Uhr von den Geschehnissen in Stockholm erfahren.

Um 15 Uhr rief ein Herr Wickert vom Westdeutschen Rundfunk an
und fragte, ob ich bereit sei, am gleichen Abend im Anschluß
an die Tagesschau in einer Sendung zu sprechen, in der ver-
schiedene Personen über die Ereignisse in Stockholm befragt
werden sollten, so unter anderem Peter Lorenz. Er wolle mich
fragen, wie ich die Situation und die Ereignisse bewerte, und
was ich meinen Mandanten, falls ich sie sprechen könnte, bezüg-
lich ihres Verhaltens raten würde.

Ich habe Herrn Wickert erklärt, daß es praktisch einem Himmels-
fahrtkommando gleichkomme, wenn ein Anwalt in dieser Situation
entsprechende Fragen beantworte, ob er etwa wolle, daß ich dem
Fernsehpublikum sage, daß es sich um eine exemplarische Aktion
der Metropolenguerilla handle? Er müsse bedenken, daß ich Ver-
teidiger sei. Ich hätte allerdings ein Anliegen, und soweit sei
ich auch grundsätzlich bereit, etwas zu sagen. Aufgrund einer
telefonischen Mitteilung, die ich von einem entlassenen Ge-
fangenen von der JVA Stammheim vor etwa 3 Wochen erhalten hätte,
müsse befürchtet werden, daß aufgehetzte Vollzugsbeamte einen
Austausch von Gefangenen - jedenfalls von bestimmten Gefangenen -
eigenmächtig mit dem äußersten Mittel verhindern könnten. Der
entlassene Gefangene habe mir am Telefon seinerzeit durchaus
glaubhaft erklärt, ein bestimmter Vollzugsbeamter, dessen Namen
er genannt habe, hätte in der Justizvollzugsanstalt davon ge-
sprochen, daß er im Falle einer Befreiungsaktion für die vier
Gefangenen in Stuttgart mit seiner Pistole in die Zelle Baaders
gehen und ihn abknallen würde. Er würde sich dann 6 Wochen in die
Psychiatrie nach Tübingen schicken lassen. Nach 6 Monaten sei er
dann wieder draußen. Das sei ihm die Sache wert.

- 2 -

Der betreffende Beamte soll diese Äußerungen während oder kurz nach der Lorenz-Entführung von sich gegeben haben.

Später rief Herr Wickert an und erklärte, die Fernsehsendung werde wohl nicht zustandekommen, weil eine Leitung von Stuttgart aus nach Köln nicht zustandekomme, es scheitere an technischen Fragen. Falls ich noch das Flugzeug geschafft hätte (Abflug 15,45 Uhr in Stuttgart) oder es noch mit dem Pkw zeitlich erreicht hätte, sei er dafür, mich in die Sendung einzubeziehen, weil auch diese Äußerung wichtig sei.

Ich habe danach versucht, den Anstaltsvorstand, Herrn Nusser, oder seinen Stellvertreter, Herrn Schreitmüller, telefonisch zu erreichen. Dies ist jedoch erst zwischen 19 und 20 Uhr gelungen, angeblich deshalb, weil sämtliche leitenden Herren der Anstalt sich außerhalb aufhalten würden. Ich habe Herrn Nusser über meine Information unterrichtet und ihn daraufhingewiesen, daß er im Falle eines Austausches der Gefangenen dafür Sorge tragen ~~müsse~~ möge, daß es zu einem derartigen Zwischenfall nicht komme. Nach der aufgesetzten Stimmung könne derartiges nicht ausgeschlossen werden. Ich habe Herrn Nusser auf seine Bitte den Namen des Vollzugsbeamten, der mir seinerzeit von dem entlassenen Gefangenen mit Oberverwalter Fleischer genannt wurde, mitgeteilt, nicht jedoch den Namen des Informanten.

Rechtsanwalt

(Dr.Croissant)

BRIGITTE TILGNER
RECHTSANWÄLTIN

7000 STUTTGART 1
HEUSTEIGSTRASSE 64
TELEFON (0711) 642318/642325

Pressemitteilung

Namens und im Auftrag von Rechtsanwalt Klaus Croissant, 7000 Stuttgart 1, Langestr. 3, habe ich gegen den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Herrn Dr. Dieter Wagner, sowie einen namentlich noch nicht bekannten Mitarbeiter dieser Behörde Strafanzeige wegen des Verdachts der Anstiftung zum Bruch des Anwaltsgeheimnisses in Tateinheit mit versuchter Nötigung bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart erstattet.

Die in der Anwaltskanzlei von Rechtsanwalt Croissant beschäftigte Sekretärin, Frau D., wurde am 3. 12. 1976 nachmittags vor ihrer Wohnung von einem Agenten des Verfassungsschutzes angesprochen, der ihr von der Anwaltskanzlei bis zu ihrer Wohnung mit dem PKW WN-JS 259 nachgefahren war.

Der Agent erklärte Frau D., sie seien interessiert, immerwieder Leute zu gewinnen, die ihnen Nachrichten bringen. Er wisse, daß Frau D. zum Schweigen verpflichtet sei. Es gehe aber nicht um Anwaltsangelegenheiten, sondern um Notizen, die irgendwo liegenbleiben und um Namen, die irgendwie fallen. Einige Tausend DM könnten schon für sie "rausspringen."

Als Frau D. die ihr angesonnene Spitzeltätigkeit ablehnte, erklärte der Agent, sie brauche ihm nicht erzählen, daß sie in einer normalen Arbeitsstelle tätig sei. Sie solle sich einmal überlegen, was ihre Nachbarn darüber denken, daß sie bei Rechtsanwalt Croissant arbeite. Wenn sie es nicht wegen des Geldes tun wolle, solle sie als Staatsbürgerin dazu bereit sein. Sie solle sich doch in die Situation versetzen,

- 2 -

daß eines ihrer Kinder entführt werde.

Frau D. hat die Anwaltskanzlei von Rechtsanwalt Croissant noch am gleichen Tag über den Vorgang unterrichtet.

Brigitte Tilgner
Rechtsanwältin

zu punkt 13 c

forschungsprogramme zu sensorischer deprivation
sfb 115 gan gross
in hamburg

Das Interesse des Militärs an der Aggressionsforschung

Die Aggressionsforscher in Eppendorf arbeiten mit der Bundeswehr zusammen. Seit einiger Zeit werden für die Versuche in der Camera Silens Soldaten aus verschiedenen Kasernen herangezogen.

"Etwa ein halbes Jahr vor Beginn der Untersuchung wird an einem Jahrgang von Rekruten ein Pretest im Gruppenversuch durchgeführt, der alle relevanten Persönlichkeitsvariablen.....insbesondere die Aggressivität dieser Versuchspersonen erfasst." (SFB 115)

Die Bundeswehr hat ein notwendiges Interesse, die Aggressivität von Soldaten zu erfassen, weil die Aggressivität in Verbindung mit Isolation bei der Bundeswehr eine große Rolle spielt, und zwar dort wo der einzelne Soldat isoliert in Panzern, U-Booten oder Pilotenkanzeln ist. Hier muß herausgefunden werden, wann der Soldat in der Lage ist, seine Hemmungen zu überwinden und seine Aggressionen die durch Isolation gesteigert werden gegen den Feind zu richten. Das makaberste Beispiel sind die Bombenteppiche auf Vietnam. Von Gross und Kempe besteht ein direkter Kontakt zur Bundeswehr; die Ergebnisse aus der Forschung werden erst von der Bundeswehr zensiert ehe sie in die Öffentlichkeit kommen.

In den USA bezeichnen hohe Beamte des Pentagon die Universitäten bereits als vierte Streitmacht der amerikanischen Armee. Die Tendenz zeigt sich auch in der BRD, zumal sie Bündnispartner der Yankees und militärisch besetztes Gebiet von ihnen ist: dass Gross und Kempe Vernichtungs-forschung an der Universitätsklinik machen, heißt, daß Kriegs- und Vernichtungswissenschaft unter dem Deckmantel der "Wissenschaft für den Menschen" gemacht wird. Der Charakter der Wissenschaft wird zunächst dadurch verschleiert, da der Grundsatz "Freiheit der Forschung und Lehre" an den Universitäten für viele Menschen noch zu bestehen scheint.

Der Rahmen der Universität ist wichtig auch für die Wirksamkeit der Durchführung der Versuche, denn die Versuchspersonen, manipuliert durch die scheinbare Objektivität der Forschung, erkennen nicht das wirkliche Ziel. Der zweite Grund die Versuche an der Universität durchzuführen sind die qualifizierten Wissenschaftler (Professoren, Assistenten, Studenten), die es bei der Bundeswehr nicht gibt. Die Folterforschung in Eppendorf ist durch unsere Denunziation gefährdet worden. Wir haben die Forscher gezwungen, die Öffentlichkeit über die Versuche in Eppendorf zu informieren, mit dem Ziel, die Forschung wieder zu legitimieren und alle entstandenen Zweifel auszuräumen. Durch die Information über die Versuche, ist die Uninformiertheit der Versuchspersonen nicht mehr gewährleistet, d.h. daß die Versuche an dieser Universität nicht mehr weiter durchgeführt werden können. Die Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der Forschung bleiben in der Öffentlichkeit bestehen, auch wenn die Medien, die über die Versuche berichten, mit den Forschern gleichgeschaltet sind.

Diese Übung hat 1964 stattgefunden. Deutlich ist der Zusammenhang mit der Sensorischen Deprivation. Hier werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die in den USA gewonnen wurden eingesetzt, also die "psychische Verunsicherung", nicht die "physische Schmerzzufügung": dunkel, Kapuze über den Kopf, Einzelhaft, Unterbringen des Gefangenen in einen Schrank oder einen hölzernen Kasten; Übertragen von unangenehmen, störenden Geräuschen in die Zelle, Wachhalten in der Zelle, Beschränkung des Trinkwassers und der Nahrung; Versprechen von Geld, Speise, sofortiges Freilassen bei Verrat von bevorstehenden Bandensprengungen.

Hier werden die Ziele der Forschung mit sensorischer Deprivation ganz deutlich: es sind militärische Ziele, die den Widerstand ausrotten soll, die politischen Gefangenen vernichten soll. Beim Bundesgrenzschutz existieren Pläne, die für bestimmte Aufgaben eine Unterstellung von Beamten des BKA unter die Befehlsgewalt des BGS vorsehen. Der Bundesgrenzschutz begründet das mit der angeblichen Notwendigkeit, bestehende Lücken zwischen kriminalpolizeilichen, schutzpolizeilichen und - neuerdings- militärischen (kriegsähnlichen) Lagen zu schließen bei denen es um die Vernichtung, nicht die Lähmung des Gegners gehe. Als Beispiel wird die "Überwältigung von Baader-Heinhof und der Fall Mc Loid" genannt.

Weil der Faschismus in der BRD angegriffen worden ist, hat er seinen scheinbaren Frieden aufgeben müssen und ist offen übergegangen zur Bekämpfung derjenigen, die sich der Vernichtung widersetzen. Die wissenschaftliche Grundlage ist notwendig, um die Vernichtungsmaschinerie zu effektivieren und um den Schein der Rechtsstaatlichkeit aufrecht zu halten - was nicht möglich ist.

Bei der Bundeswehr sind bereits zwei Camera Silens vorhanden, eine in Kiel, die andere in Fürstentfeldbruck. Die Folterforschung wird dorthin verlegt werden müssen, wenn die Forschung an der Universität nicht mehr möglich ist. Die Einheitlichkeit von Militarisierung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung des Militärs wird dann deutlich sichtbar werden.

Professor Meyer war im Juli 1973 auf einer NATO-Tagung in Monte Carlo zu dem Thema: Bedingungen und Ursprünge aggressiven Verhaltens. Die Spesen wurden aus dem Etat des SFB 115 gezahlt. Es trafen sich Referenten aus den USA, Kanada, England (Ländern, die sich schon seit über 20 Jahren mit Aggressionsforschung befassen), aus Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Irland, Türkei, Griechenland, Dänemark, Schweden, Polen. Auf dieser Tagung wurden Referate gehalten über aggressives Verhalten bei Kindern Jugendlichen und Erwachsenen. Welche Medikamente beeinflussen das Aggressionsverhalten bei Ratten? Welche Farbe beeinflusst das Verhalten von Menschen, wenn sie einen Versuchspartner mit vermeintlichen Elektroshocks bestrafen sollen? Wie kann man die Sprache trainieren damit ein Mensch mehr oder weniger Aggressiv reagiert? Wie beeinflusst das aggressive Verhalten eines Gruppenmitglieds die ganze Gruppe?

Amnesty International macht über 60 Ländern der Erde, den Vorwurf, daß sie Gefangene foltern. Die Britische Wochenzeitschrift "New Scientist" geht weiter und sagt: "... und in steigendem Maße werden Ärzte, Verhaltenpsychologen, Pharmazeuten und Techniker hierzu herangezogen." Folter ist regulärer Bestandteil der imperialistischen Regierungspolitik. Der Effizienz wegen, wird auch dieser Teil der Vernichtungsstrategie verwissenschaftlicht und das weltweit, d.h. dass ein reger Im- und Export von Foltertechniken stattfindet. Der New Scientist veröffentlicht dazu folgendes: "... das Techniken von Gehirnwäsche derart, wie sie bereits in Nordirland Anwendung fanden in jüngster Zeit zum allgemeinen Ausbildungsprogramm britischer Streitkräfte gehören. Desweiteren gäbe es verbindliche Hinweise dafür, daß einige NATO-Einheiten, darunter auch die Deutsche, durch britische Spezialisten in der Anwendung ausgefeilter Verhörtechniken unterrichtet worden seien. Folterungen sind nicht nur lokale Ereignisse - sie werden durch Militärbündnisse und Polizeischulen exportiert."

In der BRD läßt der BGS seine Einheiten durch US-Spezialisten in Sachen Folter ausbilden. Durch die Veröffentlichung einer Dokumentation der Gewerkschaft der Polizei "In Sachen Bundesgrenzschutz" ist die Ausbildung des BGS speziell zur "Bandenbekämpfung" bekannt geworden. In dem US-Vernichtungszentrum Lenggries/Oberbayern müssen sich Angehörige des BGS einem kontrollierten Härte-Training unterziehen. Die Ausbilder sind US-Streitkräfte. Das Ziel dieser Übung ist Gefangene aussagebereit zu machen. Durch Maßnahmen, "die auf Demütigung, Erschöpfung und psychische Verunsicherung der Gefangenen abzielen, um sie so aussagebereit zu machen. Das Schlagen von Gefangenen oder andere Formen der physischen Schmerzzufügung wurden in dieser amerikanischen Richtlinie ausgeschlossen." (siehe Dokument)

Projekt A. 8:
=====

"Soziale Interaktion in einer modellhaften, inkompatiblen Gruppensituation unter besonderer Berücksichtigung der Aggressivität!"

Leiter:

Prof. Dr. med. J. Gross
Psychiatrische u. Nervenlinik d.
2000 Hamburg 20
Martinistraße 52
Tel.: 0411/468410

Dieses Teilprojekt stellt die Weiterführung von Arbeiten dar, die unter BU 237/6 begonnen wurden und z.T. in GR 37/2 enthalten sind.

Wie schon bei Projekt A 7 ausgeführt, steht der Antrag GR 437/ als Einzelprojekt gerade bei der DFG zur Bewilligung an.

Beteiligte
Wissenschaftler:

1. P. Kempe
Dipl.-Psychologe, Exp. Psychologie
im SFB tätig ab: 2. Halbjahr 1972
2. W. Spehr
Dr. med., Facharzt f. Psychiatrie u.
Nervenheilkunde, EEG-Labor, im SFB
tätig ab: 1.1.1973
3. G. Burzig
Dr. med., Facharzt f. Psychiatrie u.
Nervenheilkunde im SFB tätig ab:
1.1.1974

6.2. Darstellung des Teilprojektes:

Während das Projekt A 5 dazu dienen soll, die Wirkung einschränkender Bedingungen unter verschiedenen weiteren situativen sowie Persönlichkeits-Variablen auf die Auslösung aggressiver Verhaltensweisen zu untersuchen, wenn ihnen ein einzelnes Individuum ausgesetzt ist, soll mit dem Projekt A 8 eine Situation modelliert werden, in denen 2 Individuen derartigen Bedingungen ausgesetzt sind.

Als Analogiesituation können zwei oder mehr Patienten gedacht werden, die in einem Zimmer zusammen liegen, immobilisiert sind, oder wie z.B. nach Herzinfarkt oder schwerwiegenden operativen Eingriffen, strikten Verhaltensmaßregeln unterliegen.

Die Modellsituation ist für die Vp derart strukturiert, daß diese sich, sobald sie die erste Äußerung tut oder sich in von der Instruktion abweichendem Ausmaß bewegt, zwangsläufig im Nachteil gegenüber der anderen, vermeintlichen Vp befindet.

Diese Konkurrenzsituation modelliert also eine Konstellation in welcher der oder die anderen Patienten in der Lage sind sich besser an die vorgeschriebenen Reglementierungen zu halten.

Während für die Vpn in der Modellsituation das Einhalten der Instruktion durch die angekündigte Vergabe von Gratifikationen für optimales Befolgen der Verhaltensmaßregel gewichtet wird, hat der Patient die Vorstellung, daß der Heilungseffekt bei Einhaltung der Reglementierung verbessert wird.

In der geschilderten psychischen Lage sind von den Vpn aggressive Äußerungen gegen den Versuchsleiter (entsprechend: Arzt, Krankenschwester etc.), jedoch auch gegen den "fiktiven Partner" (entsprechend: der andere Patient) zu erwarten.

In der geschilderten Anordnung soll nun geprüft werden, welchen Effekt eine hohe gegenüber einer niedrigen Aggressionsbereitschaft (Trait-Aspekt) auf die Äußerungen aggressiver Inhalte hat, und in welcher Form zwei Stufen der Reglementierung der Verbalisierung damit interferieren.

Vom Konzept der Modellsituation her wäre die Abstufung der Reglementierung im Versuchsplan nicht unbedingt notwendig, jedoch sind diese beiden Stufen in bezug auf das Projekt "Reizsuche-Verhalten" (GR 437/2) von Bedeutung.

Versuchsplan:
=====

a) Stichprobe:

Es soll versucht werden, für diese Untersuchung ebenfalls Soldaten heranzuziehen (N = 80), wobei die Aufteilung für die einzelnen Vpn-Gruppen (gemäß folgendem Schema/vorge-nommen werden sollte.

	N	Verbalisation durch Instruk. eingeschränkt	Verbalisation durch Instruk. frei
Ausmaß der Aggressivität (trait)	A+	20	20
	A-	20	20
		40	40

b) Versuchsbedingungen und Durchführung der Untersuchung:

Zunächst hat die Vp eine Reihe von Tests auszufüllen.

Während sie damit beschäftigt ist, verläßt der Versuchsleiter von Zeit zu Zeit für längere Perioden den Versuchsraum, um angeblich nach der anderen Vp zu schauen.

Kurz vor der Beendigung des Fragebogensausfüllens schaut ein männlicher Mitarbeiter als "Versuchsperson" herein und sagt dem Versuchsleiter, er sei fertig mit dem Ausfüllen der Fragebögen und bereit zum Kammer-Experiment.

Daraufhin verläßt der Versuchsleiter den Raum und präpariert angeblich den "Partner" für das Kammer-Experiment (Anlegen von Elektroden etc.) und bringt diesen angeblich in die Kammer.

Zu Beginn der Untersuchung, während des Fragebogensausfüllens hat der Versuchsleiter nebenbei auf die Zielsetzung des Experimentes hingewiesen, indem er sagte:

In dem Experiment, an dem Sie teilnehmen werden, soll geprüft werden, wie lange Vpn die Bedingungen Stille, Dunkelheit und ruhige Lage aushalten können,

und wie Sie darauf reagieren, wenn Sie nicht allein sondern gemeinsam mit einer anderen Vp diese Untersuchung absolvieren.

Nachdem nun der "fiktive Partner" versorgt ist, kommt der Versuchsleiter zurück zur Vp und sagt ihr:

Ihr Partner sitzt nun schon im Versuchsraum; ich möchte Ihnen nun noch die Elektroden anlegen und dann führe ich Sie auch hinein.

Je nachdem welcher Gruppe die Vpn zugeteilt wurden, bekommen sie kurz vor Betreten der Kammer noch folgende Instruktion:

- a) Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit anderen Untersuchungen möchte ich Sie bitten, während des Experimentes so wenig als möglich zu sprechen.
- b) Es ist Ihnen und Ihrem Partner freigestellt, ob Sie während des Versuches sprechen wollen, oder ob Sie lieber schweigen.

Alle Vpn bekommen noch diesen weiteren Hinweis:

Jeder von Ihnen hat auf der rechten Armlehne einen Panik-Knopf, damit er den Versuch abbrechen kann, wenn er es nicht mehr aushält.

Derjenige von beiden jedoch, der abbricht, bekommt nur den Anteil der Versuchsentlohnung, der dem 3/4-Anteil entspricht; welcher vom Versuchsbeginn bis zu dem Zeitpunkt des Abbruches verstrichen ist.

Derjenige von beiden, der nicht geklingelt hat, bekommt immer die volle Entlohnung, egal wie lange der Versuch tatsächlich dauerte.

Zusätzlich wird bei der Entlohnung berücksichtigt, wie gut sich jeder von Ihnen an die Ihnen gegebenen Instruktionen hält.

Denken Sie bitte daran, daß durch Bewegungen unsere Meßwerte gestört werden, so daß ein Abweichen von unserer Instruktion, sich möglichst ruhig zu verhalten, sofort von uns registriert werden kann.

Dies gilt vor allem für Bewegungen mit der linken Hand bzw. den Fingern, wo, wie Sie wissen, verschiedene Ableitungs-Elektroden befestigt sind.

Sobald die Vp die Camera Silens betritt, wird über ein Tonband ein leises, kaum wahrnehmbares Atmen in die Kammer gespielt das den "fiktiven Partner in Ruhe" darstellen soll.

Vorversuche haben ergeben, daß bei Verwendung nur eines Lautsprechers, der eine Richtungs-Lokalisation ermöglicht, und geringer Lautstärke eine realistische Darstellung des "fiktiven Partners" möglich ist.

In weiteren Vorversuchen soll geklärt werden, ob diese Situation auch bei Verwendung von Kopfhörern in Kombination mit Kehlkopf-Mikrofonen so naturgetreu dargestellt werden kann.

Damit würde sich die Möglichkeit eröffnen, bei späteren Versuchsgruppen verbale Interaktionen zu simulieren.

Es handelt sich bei diesem Versuch um ein offenes Experiment d.h. eines mit nicht festliegendem Ende.

Das Experiment wird entweder durch den Tastendruck der Versuchsperson auf den Panik-Knopf, oder aber nach Ablauf der Maximal-Zeit (voraussichtlich 30 min.) beendet.

c) Meßwerte:

I. Screening-Test:

Hier sollte mit der gleichen Test-Batterie wie bei A 5 gearbeitet werden, nur sollte die bis dahin voraussichtlich weiterentwickelte Aggressions-Meßmethodik (Trait-Aspekt) verwendet werden.

II. Kammer-Pre-Tests:

M.E.L., M.A.C.L.

III. Kammer-Meßwerte:

1. Latenz bis zum ersten (2., 3., 4., etc.) Ansprechen des "fiktiven Partners".

2. Wie oft wird der "nicht reagierende Partner" angesprochen?

3. Wieviele Worte werden an ihn gerichtet?

4. Skalierungs-Maße des Inhaltes:

a) Welchen Aufforderungscharakter haben diese verbalen Zuwendungen?

b) Beurteilung dieser Inhalte nach den Sprach-Inhalts-Analysen-Skalen von GOTTSCHALCK und GLESER.

5. Abbruch-Kriterien (Zeit vom Beginn der Untersuchung bis zum Drücken der Panik-Taste).

6. Polyphysiographische Maße:

- a) EEG (8 Kanäle),
- b) PGR,
- c) Puls,
- d) Atmung,
- e) Plethismographie.

7. Maße der Motorik und des Verhaltens:
(s. Projekt A 5).

IV. Kammer-Post-Tests:

M.E.L., M.A.C.L. sowie standardisiertes Interview zu
Kammer-Versuch.

d) Auswertung und Analyse:

Bei einem Teil der in der Kammer erhobenen Meßwerte sind
wertungs-Verfahren erst noch zu entwickeln, d.h. es müssen
Beurteilungs-Kriterien gefunden und auf ihre Objektivität
geprüft werden.
In bezug auf die statistische Auswertung ist auch bei die-
Experiment, soweit es die Meßwerte erlauben, an eine mult-
variate varianzanalytische Verarbeitung gedacht.

6.3. Voraussichtliche Bearbeitungsdauer:

Die Vorbereitungsphase dieses Teilprojektes wird in dem
2. Halbjahr 1973 liegen, die Datenerhebung 1974 abdecken
und die Berichtphase Anfang 1975 abgeschlossen werden können.

6.4. Erwartete Bedeutung:

Im Teilprojekt A 8 werden insoweit neue Wege beschritten,
bisher zwar das Verhalten von Kleingruppen unter einschrän-
den Bedingungen (s. dazu Vorbemerkungen zu A 7) untersucht
wurde und in einer Studie (DAVIS et al. (1964)) mit
Stufen der Vertrautheit zwischen den Vpn (Verheiratete/ire
experimentiert wurde, in keiner der uns bekannten Untersuc-
aber ein "fiktiver Partner" eingefügt wurde.

Mittels des "fiktiven Partners" läßt sich die "2. Versuchs-
person" in ihrem Verhalten entweder konstant halten (wie in
dem hier beschriebenen Projekt) oder in gezielter Weise mo-
dulieren, indem der Versuchsleiter im Kontrollraum die Rol-
der 2. Versuchsperson spielt.

Damit eröffnet sich ein neuer Weg zur Untersuchung einer V-
zahl von Variablen der sozialen Interaktion einerseits und
der Modellierung verschiedener interpersonaler Beziehungen.

6.5. Stellung des Teilprojektes im Gesamtprojekt:

Zu dieser Frage wurde in der Darstellung des Teilprojektes
schon Stellung genommen, es ergibt sich daraus, daß es sich
hier um einen Teilaspekt des Teilbereiches A "Aggressivität
in Abhängigkeit von Krankheit und therapeutischen Maßnahmen
handelt.

Eine entsprechende klinisch-empirische Fragestellung ist zur Zeit noch nicht ausgearbeitet, Beziehungen bestehen jedoch zum den Projekten A.2 und besonders A.3, in denen ähnliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen.

6.6. Gegenwärtiger Erkenntnisstand und eigene Vorarbeiten:

Es ist zu verweisen auf die allgemeinen Vorbemerkungen zu den Projekten der Arbeitsgruppe "Experimentelle Psychiatrie" besonders auf die Variable "Persönlichkeits-Kompatibilität" wobei hier die Unverträglichkeit dadurch bedingt ist, daß der "fiktive Partner" keinerlei Reaktionen zeigt, und die Vp sich durch ihre Äußerungen zwangsläufig in die Rolle des Verlierers manipuliert.

Andererseits ist auf Voruntersuchungen mit einer von uns übersetzten Fassung der Sensation-Seeking-Scale von ZUCKERMAN zu verweisen, deren Fragestellungen durch die hier beschriebene Versuchsanordnung weiter aufgeklärt werden können (s. dazu auch Arbeitspapier "Stimulushunger" sowie eine frühere Veröffentlichung und ein Vortrag der Arbeitsgruppe).

Die Art der an verschiedenen Patientengruppen gefundenen Unterschiede in dieser Skala legt nahe, daß mit ihr ein Faktor gemessen wird, der als Fähigkeit zur Schaffung von Sozialkontakten beschrieben werden kann.

Falls dies der Fall ist, sollten die im Fragebogen erreichten Sensation-Seeking-Scores Prediktionen erlauben in bezug auf das Ausmaß und die Art der sozialen Kontakt-Bemühungen, welche die Vpn unter den verschiedenen Restriktionen verwirklichen.

LITERATUR:

1. DAVIS, J.M.; McCOURT, W.F. und SOLOMON, P.:
"Sensory Deprivation, the Role of Social Isolation"
Arch. Gen. Psychiat. 5, S. 84-90, 1961

Zusätzlich Anlagen:

1. "Experience with the Sensation Seeking Scale by ZUCKERMAN in Speech Disorders".
2. "Stimulushunger"



Teilprojekt A 10

6.1. Bezeichnung: Experimentell-klinische Untersuchungen zur Auswirkung aggressiven/nichtaggressiven Verhaltens von Ärzten auf spezifische Vorschulkindergruppen in simulierten Standardsituationen.

Leiter: Prof. Dr. H. Wallis, Dipl. Psych. G. Schröder

Dienstanschrift: Psychosomatische Abteilung der Universitäts-Kinderklinik, 2000 Hamburg Martinistr. 52, Vorwahl-Tel.: 0411/46830

D Dieses Teilprojekt wird aus keinem anderen Forschungsförderungsverfahren finanziert. Ein entsprechender Antrag ist nicht gestellt.

Beteiligte wissenschaftliche Mitarbeiter: Siehe Aufzählung auf der nächsten Seite.

6.2 Darstellung des Teilprojekts

6.2.1 Ziel:

Unter der Annahme, daß aggressives Verhalten von Ärzten zu unmittelbaren Veränderungen im Verhalten des Kindes führt, die diagnostische und/oder therapeutische Maßnahmen ungünstig beeinflussen, sollen kindliche Verhaltensänderungen und ihre physiologischen Korrelate systematisch erfaßt und ausgewertet werden.

Art, Ausmaß, Regelmäßigkeit sowie begrenzte Beeinflussbarkeit solcher provozierter Verhaltensänderungen und ihre physiologischen Korrelate sollen unter experimentellen Bedingungen in simulierten Standardsituationen untersucht und analysiert werden.

Die Untersuchungen sollen sich auf Vorschulkinder (7 Jahre) beziehen, weil für diese Altersgruppe am wenigsten systematische Befunde vorliegen, sie dagegen am meisten gefährdet erscheint, iatrogen gesetzte psychogene Störungen zu entwickeln (s. 6.6).

6.2.2 Ansatz:

Als Versuchspersonen sollen Kinder aus folgenden Stichproben genommen werden:

1. Psychisch unauffällige, körperlich gesunde Impflinge.
2. Extrem ängstliche, aber körperlich gesunde Kinder gemäß den Auswahlkriterien einer z.Zt. laufenden Untersuchung (s. 6.6).
3. Krankheitsverdächtige Kinder als Erstüberweisungen an die Poliklinik.
4. Chronisch Kranke, von ärztlicher Dauerbetreuung abhängige Kinder aus Spezial-Sprechstunden (Hämophilie, Diabetiker - vorbereitende Untersuchung s. Projekt A

Jede Stichprobe soll 50 Kinder umfassen. Die Versuchsbedingungen setzen sich zusammen aus (a) simulierten und standardisierten Wartezimmer- und Untersuchung-

chungszimmer-Situationen, (b) Ärzten mit einem hohen/niedrigen Aggressivitäts-Score und der Anweisung, sich in spezifischer Weise aggressiv/nichtaggressiv zu verhalten. Die experimentelle Durchführung erfolgt so, daß nach angemessener Eingewöhnungszeit in die Standard-situationen das Verhalten und die physiologischen Reaktionen der Kinder gemessen werden. Diese Daten unter nicht-stimulierenden Bedingungen gelten als Ausgangswerte. Dann werden die Ärzte als unabhängige Stimulus-Variable in die Ausgangssituation eingeführt und die davon abhängigen Verhaltensänderungen und physiologischen Korrelate der Kinder erneut gemessen. Ausgangsdaten und Enddaten werden mit statistischen Methoden aufbereitet, verglichen und analysiert.

Es wird angenommen, daß Ärzte mit einem hohen Aggressivitäts-Score (Bestimmung durch die im Projekt C 1 entwickelten Verfahren) bei Kindern stärkere Verhaltensänderungen hervorrufen, als Ärzte mit einem niedrigen Aggressivitäts-Score, unabhängig von ihrem Verhalten. Es wird ferner angenommen, daß die Verhaltensänderungen der Kinder in Richtung stärkerer Angstreaktionen gehen und daß sich die einzelnen Stichproben in Art und Ausmaß der Angstreaktionen ihrer Versuchspersonen voneinander unterscheiden. Die so erzeugten Ängste werden auf ihre Stabilität kontrolliert und für den Fall, daß sie nach einer zeitlich begrenzten Kontrollperiode nicht abgeklungen sind, mit Hilfe bereits entwickelter verhaltenstherapeutischer Verfahren abgebaut (s. 6.6).

6.2.3 Methoden:

Da der erlebnispsychologische Zugang zur Messung von Konstrukten, wie Angst und Aggressivität, bei Kindern unter 8 Jahren aus entwicklungspsychologischen Gründen sehr unbefriedigend ist und somit keine psychodiagnostischen Tests in Form von Fragebögen, projektiven Tests etc. sinnvoll eingesetzt werden können, ergibt sich die Notwendigkeit, auf verhaltenspsychologische Maße und ihre physiologischen Korrelate zurückzugreifen. Unter dem Aspekt der Quantifizierung sollen zwei meßmethodische Ansätze für die spezielle Fragestellung adaptiert und eingesetzt werden:

- (1) Die direkte Beobachtung und Messung von Verhalten nach HURT and RUT (s. 6.6). Dieser ethologisch orientierte Ansatz zur Verhaltensanalyse hat die systematische Unterteilung von Verhaltensmustern und -verhalten in einzelne Kategorien und Komponenten zum Ziel, wobei auch biologisch-organismische Variablen (z.B. Hunger und Müdigkeit) berücksichtigt werden. Die Erstellung der Kategorien erfolgt durch systematische, längerdauernde Beobachtungsreihen, in denen die beobachteten Verhaltensabläufe unter morphologischen und funktionalen Gesichtspunkten in quantifizierbare Verhaltenselemente aufgegliedert werden. Diese Gliederung ergibt einen brauchbaren Rahmen für eine klassifizierte Verhaltensmessung, bei der z.B. Dauer, Häufigkeit und Ausmaß eines definierten Verhaltenselementes als Kenngrößen verwandt werden. Die bei diesen methodischen

starke
Ergebnisse
2.3.

Vorgehen eingesetzte Registrier- und Meßtechnik besteht aus Tonbandgeräten, Check-Listen, Eventrecorder, Filmaufzeichnungen und Video-Geräten.

Zur Erstellung beschreibbarer und definierter Verhaltenskategorien werden Kinder in simulierten Situationen direkt und systematisch beobachtet. Die Beobachtungen werden simultan auf Band gesprochen (mehrere Beobachter). Die Transkripte der Bänder werden analysiert und kategorisiert.

Die daraus gewonnenen Verhaltenskategorien können durch Check-Listen und/oder Eventrecorder erfaßt und registriert werden. Das kann durch time-samp procedures und/oder event-sampling-procedures erfolgen. Die Check-Listen und Eventrecorder können von unterschiedlicher Zeitaufgliederung und Kapazität sein.

Für bestimmte Fragestellung lassen sich spezifisch kategorisierte Aktivitätskataloge und -vokabular erstellen, die mehrfach an den realen Beobachtungssituationen überprüft und modifiziert werden. Alle wesentlichen Verhaltenskategorien unter einer bestimmten Fragestellung befriedigend erfassen (Beispiel: MCGREW, FESHBACH, s. 6.6). Nach bisherigen Untersuchungen kommt man nach mehrfachen Überarbeitungen, z.B. mit ca. 60 Verhaltensmerkmalen, motorischen Verhalten von Kindern aus.

- (2) Die polyphysiologische Messung über telemetrische Systeme in simulierten Situationen (a) unter nichtstimulierenden (b) unter stimulierenden Bedingungen mit unterschiedlichen Stimuli. (Anzahl und Art abzugreifender physiologischer Variablen muß geändert und in Übereinstimmung mit den anderen polyphysiographisch angelegten Projekten erarbeitet)

- (3) Der anamnestischen Gesichtspunkten werden in Symptomenlisten eingesetzt, die Verhaltensstörungen und neurotische Symptome der Kinder erfassen. Dafür wird 1. eine Angst-Liste für Kinder benutzt, die in der laufenden Untersuchung von uns entwickelt worden und sich als brauchbar erwiesen hat (6.6); 2. Symptomenliste wird eingesetzt, welche dem in Projekt A 4 benutzten Fragenkatalog entspricht. Mittels Angst- und Symptomenlisten sollen Informationen gewonnen werden, ob eine Beziehung besteht zwischen anamnestisch erfaßten Störsymptomen und Störanfälligkeit gegenüber aggressivem Verhalten von Ärzten.

Die Auswertungsmethoden richten sich nach dem Skalenniveau der verhaltensanalytischen und telemetrischen Daten und umfassen nichtparametrische, Rang- und parametrische Verfahren.

6.2

S.2.1

Die ~~erhobenen~~ Daten sollen über die Gruppen variancesanalytisch und innerhalb der Gruppen korrelationsanalytisch geprüft werden.

6.3. Voraussichtliche Bearbeitungsdauer:

Das Projekt soll ab 1.1.1973 beginnen. Als Anlaufzeit für Beschaffung, Erprobung und Anpassung der Technik sowie Einübung in die Registrier- und Meßmethoden sowie erste Versuchsdurchgänge rechnen wir mit 6 Monaten. Die Untersuchungen selbst können etwa ab 1.7.1973 beginnen. Veranschlagte Dauer für das Gesamt-Projekt 2 bis 3 Jahre.

6.4. Erwartete Bedeutung:

Die bisherigen Untersuchungen über psychische Traumatisierung von Kindern durch kurz- oder längerfristige Krankenhausaufenthalte, ärztliche Maßnahmen und Pflegebedingungen sind fast ausschließlich unter dem Aspekt der Spätfolgen in Form von neurotischen Symptomen und Verhaltensstörungen angelegt worden.

Die unmittelbaren Auswirkungen ärztlichen Verhaltens auf das unmittelbare Verhalten von Kindern sind dagegen noch nicht systematisch und unter experimentell variierbaren Bedingungen untersucht worden. Andererseits sind junge, gesunde Kinder in zunehmendem Maße ärztlichen Maßnahmen ausgesetzt (Vorsorgeuntersuchungen, Impfprogramme, kornigierende Behandlung relativ geringfügiger Anomalien). Die Bedeutung des Projekts liegt darin, festzustellen, welche in einer aktuellen klinischen Standardsituation ablaufenden Prozesse verhaltenspsychologischer und psychophysiologischer Art von unmittelbarer Bedeutung für die Entwicklung späterer, psychischer Störungen sein können.

6.5. Stellung innerhalb des Programmes des SPB:

Aus der thematischen Zielsetzung des Gesamtprojektes ist die Stellung dieses Teilprojektes unmittelbar ersichtlich. Es handelt sich um eine Erweiterung der Untersuchungen im Arzt-Patienten-Verhältnis auf spezielle Vorschulkinder-Gruppen. Für die Messung der Aggressivität der erwachsenen Versuchspersonen (Ärzte) wurden die gleichen Instrumente benutzt, welche auch die anderen Arbeitsgruppen anwenden (s. Projekt C 1). Daraus ergibt sich die Möglichkeit, in Projekt A 10 und A 11 und etwaigen späteren Projekten psychotische Patienten in ihrer Funktion als Eltern mit psychosomatisch kranken/maunfälligen Eltern sowie aggressiv/nicht-aggressiven Ärzten (Ärztinnen) zu vergleichen.

Unter dem Aspekt polyphysiographischer Messungen wird das Messinstrumentarium mit der Projektgruppe "Experimentelle Psychiatrie" entwickelte Instrumentarium eingesetzt und für unsere Projekte gegebenenfalls modifiziert.

Darüber hinaus werden unsere Kinderstichproben für die Grundlagenforschung (Projekt C 1) Vergleichsdaten liefern können.

6.6. Gegenwärtiger Erkenntnisstand, eigene Vorarbeiten:

Über die Bedeutung traumatisierender Auswirkungen durch Krankenhausaufenthalte und Pflegebedingungen auf Kinder liegen zahlreiche, vorwiegend psychoanalytisch orientierte

Arbeiten vor (Literaturübersicht bei v. TROSCHEE, 1966)
Über die unmittelbare Auswirkung aggressiven Verhalten
von Ärzten auf Vorschulkinder scheint es bisher noch
keine systematischen Untersuchungen unter experimentellen
Bedingungen zu geben.

Eigene Vorarbeiten unter dem Aspekt der Angstreaktion
bei Kindern als Folge aggressiver ärztlicher Maßnahmen
(z.B. Injektionen) sind von uns bereits in systematischer
Form durchgeführt worden. Zur Zeit läuft eine klinische
experimentelle Untersuchung an ca. 150 kindlichen Patien-
ten, bei der das Schwergewicht auf der Anwendung vorhin
entwickelter verhaltenstherapeutischer Behandlungsnetze
der iatrogen erzeugten Ängste liegt (SCHRODER 1970,
SCHRODER und DAIWERTS 1970, SCHRODER 1971 a und b,
SCHRODER 1972, unveröffentlicht).

Weitere Vorarbeiten liegen in der Weise vor, daß Kind-
persönlichkeitsvariablen untersucht wurden und als Sti-
probe für das Projekt zur Verfügung stehen (s. auch
Teilprojekt A 4).

zu punkt 21

~~stgter bombendrohung~~

June 72

stgt.ztg., 30.5.72

' amerikanische militärpolizisten kontrollierten auto-
fahrer mit einem baader-meinhor-fahndungsblatt in der
hand + (foto)

stgt.ztg., 3.6.

' ausserdem hatten die amerikanischen streitkräfte materielle
und personelle hilfe angeboten. so entdeckte die besatzung
eines am. hubschraubers...einen kleinbus...

stgt.n., 3.6.

' ein roter alfa und ein commodore sollten dort angeblich
...von einer patrouille der amerikanischen militärpolizei
und des cid verfolgt worden sein. als sich ein "bussard"
einschaltete, war lediglich die mp-streife an der ausfahrt
zuffenhausen zu sehen...stuttgarts kripo-chef kurt frey
fand eine erklärung: "die amerikaner haben tatsächlich auf
der autobahn heilbrom - stuttgart fahrzeuge der marken
bmw, alfa romeo, porsche und commodore überprüft."

stgt.n., 5.6.

' dann aber platzte über "uran" eine ^{Polizeipräsident}meldung in die funk-
zentrale...zweimal richtete paul rau rückfragen an die
landespolizeizentrale, dann stand fest : der amerikanische
sicherheitsdienst cid und die militärpolizei hatten in
eligenreie die autobahn beobachtet.

17
 krisenstab : filbinger +

↳ vertreter des staats -, innen + justizministeriums,
 des lka, des landesamts für vs, der staatsanwalt-
 schaft, der oberpostdirektion + der stgt polizei
 + koordination mit bundesbehörden ' (stgt.n., 30.5.)

Koban

die sonderkommission der stgt polizei 'arbeitet
 eng zusammen mit den zuständigen stellen des lka,
 des bka, ass mad und der sg bonn' (stgt.n., 30.5.)

→
 genscher in panorama :

nachrichtenagenturen, zeitungen, funk und fernsehen sollen
 sich vor der veröffentlichung von bombendrohungen mit der
 polizei beraten - absprachen über das oh und wie der veröffent-
 lichungen stellten keine zensur dar..

es besteht ein interesse daran, dass die massenmedien die
 bevölkerung über die gefährlichkeit der bm-bande aufklären.

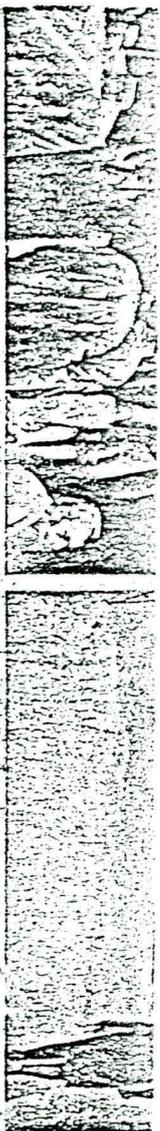
maselberg, vors. des presserats in derselben sendung : für
 freiwillige zurückhaltung der massenmedien
 (stgt.n., 30.5.)

damm (cdu, bundestagsabg.):

brief an brandt wegen möglichem einsatz der bundeswehr

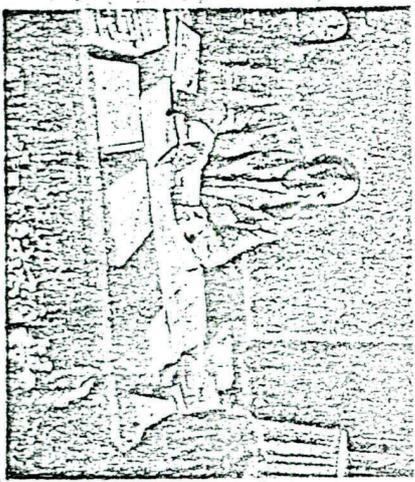
*C. A. Sauer
 (Sauer)*

Quick n. 14. 6. 72



DIE STUNDE X IN STUTTGART: „STADT IM ANGST“

Stuttgarts Einkaufszentrum Schulstraße um 10 Uhr 27 (links) und um 13 Uhr 27 (rechts). Viele Stuttgarter blieben in der Stunde X am Freitag, dem 2. Juni, zwischen 13 Uhr und 14 Uhr zu Hause. Terroristen hatten für diese Stunde drei Bombenexplosionen in der schwäbischen Metropole angekündigt. Mehr als 2000 Polizisten schützten die Stadt. Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger um 13 Uhr 10 zu QUICK-Autor Harvey T. Rowe: „Die Terroristen wollen den Staat zerstören.“



22 QUICK

Fortsetzung von Seite 20

der Halle. Die drei Japaner risschlug Koffer auf, holten die Waffen heraus und schossen wahl- und ziellos um sich.

Bei diesem Anschlag wurden zwei Deutsche verletzt: Die 30-jährige Doris Winterlis und ihr 32-jähriger Freund Klaus Peter Dörr. Doris Winterlis berichtet der QUICK: „Es begann furchterlich zu knallen. Peter riss mich zu Boden, im selben Augenblick spürte ich einen entsetzlichen Schmerz auf meinem Oberschenkel. Ich stand Todesangst aus, denn ich hörte nur Schüsse und schreckliche Schreie. Als ich mich umschaute, sah ich Peter – sein Gesicht war blutverschmiert. Ich wollte ihm helfen, aber da knallte es wieder.“

Eine weitere Augenzeugin, Rachel Braunlein, berichtet: „Plötzlich hatte einer der Terroristen eine Handgranate in der Hand. Er warf sie zwischen die schreienden Menschen. Ich habe Leichter gesehen, denen die Gliedmaßen durch die Explosionen der Granaten abgerissen wurden. Einer Frau wurde buchstäblich der Kopf vom Leib gerissen. Überall war Blut.“

Nach dem Blutbad sprengte sich einer der Attentäter, Tarojo Ken, selbst in die Luft. Der zweite Attentäter, Sagisaki Kiyo, wurde von Kozo Okamoto versehentlich erschossen. Alle drei hatten den Auftrag, ihrem Leben

Während der kurzen Nacht des Bundesinnenministers beginnt der von ihm am Nachmittag beschlossene Countdown. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Stadtpolizeien wird die Alarmstufe 2 für das gesamte Bundesgebiet angeordnet. Während in Stuttgart die Polizeikräfte verdoppelt wurden, rüsteten sich die Beamten der Sicherungsgruppe Bonn vor dem Frankfurter Versteck Andreas Baader für die letzten entscheidenden 24 Stunden. Zur gleichen Zeit lief eine Aktion weiter, von der die deutsche Öffentlichkeit bisher überhaupt nichts und die deutschen Sicherheitsbehörden nur sehr wenig wußten: seit Pfingsten befindet sich ein 40köpfiges Spezialistenteam der amerikanischen Bundeskriminalpolizei (FBI) in Deutschland und recherchiert auf eigene Faust. Die Anschläge auf amerikanische Armeeinrichtungen haben die US-Regierung veranlaßt, amerikanisches Eigentum in Deutschland durch FBI-Agenten schützen zu lassen. Bisher hat das FBI-Kommando zwei verdächtige Italiener in

Während der kurzen Nacht des Bundesinnenministers beginnt der von ihm am Nachmittag beschlossene Countdown. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Stadtpolizeien wird die Alarmstufe 2 für das gesamte Bundesgebiet angeordnet. Während in Stuttgart die Polizeikräfte verdoppelt wurden, rüsteten sich die Beamten der Sicherungsgruppe Bonn vor dem Frankfurter Versteck Andreas Baader für die letzten entscheidenden 24 Stunden. Zur gleichen Zeit lief eine Aktion weiter, von der die deutsche Öffentlichkeit bisher überhaupt nichts und die deutschen Sicherheitsbehörden nur sehr wenig wußten: seit Pfingsten befindet sich ein 40köpfiges Spezialistenteam der amerikanischen Bundeskriminalpolizei (FBI) in Deutschland und recherchiert auf eigene Faust. Die Anschläge auf amerikanische Armeeinrichtungen haben die US-Regierung veranlaßt, amerikanisches Eigentum in Deutschland durch FBI-Agenten schützen zu lassen. Bisher hat das FBI-Kommando zwei verdächtige Italiener in

Handwritten notes and scribbles at the bottom of the page, including the word "Angst" and other illegible markings.

kriegt, konnten in jedem Augenblick unsere Gesellschaft von neuem bedrohen. Baader, Meins und Raspe wurden in Bochum, Düsseldorf und Köln hinter Schloß und Riegel gebracht. Aber die Angst in der Bevölkerung der Bundesrepublik blieb.

Die bürgerkriegsähnliche Stimmung, die weite Teile unseres Landes in der vergangenen Woche erfaßt hatte, wurde am Sonntag, dem 28. Mai, um 10.25 Uhr aufgelöst. Zu dieser Minute ging ein aus Zeitungsbuchstaben zusammengeklebter anonymer Brief bei der Deutschen-Press-Agentur in Hamburg ein. Die Absender kündigten an, daß sie am kommenden Freitag, 2. Juni, zwischen 13 und 14 Uhr in der Stuttgarter Innenstadt drei mit Sprengstoff beladene Wagen hochjagen würden. Um 16 Uhr trafen unter Vorsitz von Ministerpräsident Filbinger Vertreter aller mit der Fahndung befaßten Behörden zu einer großen Sicherheitskonferenz zusammen. Die Beschlüsse dieser Konferenz mündeten zunächst in die Alltagsroutine einer Großfahndung.

Während am späten Abend in den Redaktionen vieler deutscher Zeitungen der anonyme Drohbrief angedruckt wurde und einige Redakteure die Geschichte dazu mit Schlagzeilen wie „Stuttgart - Stadt in Angst“ garnierten, mahnte Stuttgarts 67jähriger Oberbürgermeister, Dr. Arnulf Klett, die Bürger seiner Stadt zur Besonnenheit. Kein Zweifel: Panikstimmung lag in der Luft. Die Reaktion der Bevölkerung war nicht voraus-

zusehen.

Als die Masse der Bundesbürger erst jetzt

die Gefahr erkannte, hatten die Sicherheitsbehörden allen Anlaß zur Hoffnung, daß ihre monatelange Arbeit innerhalb der nächsten 72 Stunden zu einem entscheidenden Erfolg führen würde. Am frühen Nachmittag dieses Dienstag sagte ein leitender Agentenchef des Bundesnachrichtendienstes zu zwei QUICK-Redakteuren in der Lobby eines Bonner Hotels: „Das Netz zieht sich zu. Bis Freitag sitzt der Kern der Bande hinter Schloß und Riegel.“

Diese Zuversicht bezog der Geheimdienstmann aus seinem Wissen über den Stand der Ermittlungen, die die Sonderkommission der Sicherungsgruppe Bonn in Frankfurt an- gestellt hatte. Der Unterschluß von Andreas Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe im Appartementhaus Hofeckweg 2-4 stand seit neun Tagen unter Beobachtung.

Als an diesem Dienstag die drei Polit-



Die deutschen Überlebenden Doris Winterlis und Klaus Peter Dörr zu QUICK-Reporter Hans Böck (l.): „Die Halle gleich einem Schlachthof.“

block explodiert, war damit gebannt. Die Verhaftung der drei Terroristen zu diesem Zeitpunkt wäre ein Kinderspiel gewesen. Doch die Sicherungsgruppe rechnete sich eine größere Erfolgchance aus: Für die zum 2. Juni mittlerweile nicht nur für Stuttgart, sondern auch für andere deutsche Städte angedrohten Bombenattentate könnte sich, so vermuteten die Fahndungsexperten, die ganze Baader-Meinhof-Bande im Hofeckweg 2-4 versammeln. Die einmalige Möglichkeit, die ganze Bande fassen zu können, war nicht auszuschließen.

Ein Waffenschmied in den Koffern

Die internationalen Komplizen der Baader-Meinhof-Bande waren es, die noch am Abend desselben Tages auf die bisher grausamste und verbrecherischste Art von sich reden machten. Als die Boeing 707 der Air France, Flug Nr. 132, mit vierzig Minuten Verspätung um 18.50 Uhr italienischer Zeit, aus Paris kommend, auf dem Flughafen Rom landete, machten sich dort drei Japaner zum Einsteigen für den Weiterflug nach Tel Aviv fertig:

Der 23jährige Tōryo Ken, der 23jährige Sagisaki Kiuro und der 24jährige Kozo Okamoto. In ihren Koffern hatten sie sowie- fische Maschinenpistolen, normale Pistolen und Handgranaten. Um 19.30 Uhr Ortszeit startete der Air-France-Flug 132 nach Tel Aviv, wo er um 22.30 Uhr Ortszeit landete. Und das ist der Zeitplan des Attentats:

Als das Gepäck in der Ankunftshalle eintraf, befanden sich etwa 300 Menschen in

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 22

Quick 14.6.72